



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

10. Mai 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Elmar Krautkrämer

Der israelisch-palästinensische Konflikt

14 Yoav Gelber

**Ist Frieden zwischen Israelis
und Palästinensern möglich?**

21 Moty Cristal

**Das Unvorhersehbare vorhersagen:
Der künftige Weg des israelisch-
palästinensischen Systems**

29 David Witzthum

**Die israelisch-palästinensische Konfrontation
und ihre Widerspiegelung in der öffentlichen
Meinung Israels**

38 Hisham H. Ahmed

**Die Al-Aqsa-Intifada
und das Genfer Abkommen**

46 Isabel Schäfer

Die Europäische Union und der Nahostkonflikt

B 20/2004



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ In Israel und Palästina bestimmen Gewalt und Gegengewalt das Leben der Menschen. Eine der Ursachen dieser dauerhaften Konfrontation liegt in der israelischen Besetzung palästinensischen Landes, eine weitere sind die Terroranschläge militanter palästinensischer Gruppen, auf die das israelische Militär mit aller Härte antwortet. Die traurige Bilanz seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada vom September 2000 sind 2921 tote Palästinenser und 963 tote Israelis. Die israelische Regierung macht Palästinenserpräsident Yassir Arafat für die Terroranschläge verantwortlich. Ministerpräsident Ariel Sharon hat kürzlich in einem Fernsehinterview erklärt, dass er sich nicht mehr an die US-Präsident George W. Bush gegebene Zusage gebunden fühle, die Unversehrtheit Arafats zu garantieren. Dessen Deportation in den Gaza-Streifen oder sogar die Tötung des PLO-Chefs werden seitens der Regierung als mögliche Optionen genannt. Diese Politik der „gezielten Tötungen“ wie zuletzt von Hamas-Gründer Scheich Ahmed Yassin und seinem Nachfolger Abdel Asis Rantisi ist im Westen auf Kritik gestoßen. Trotz zahlreicher Friedenspläne scheint dieser älteste Regionalkonflikt in den internationalen Beziehungen von einer dauerhaften Lösung meilenweit entfernt zu sein.

■ Einen historisch-deskriptiven Überblick zum Nahostkonflikt gibt *Elmar Krautkrämer*. Er schildert die Ereignisse bis zur Staatsgründung Israels im Mai 1948, die Kriege, die das Land führen musste, und die Suche nach Frieden. So werden die zentralen Punkte der verschiedenen Initiativen und Abkommen wie die Oslo-Verträge, die Camp-David-Verhandlungen, die Road Map und die „Genfer Initiative“ beschrieben. Für *Yoav Gelber* ist der arabisch-jüdische Konflikt einzigartig und beispiellos. Zentrale Ursache sei die arabische Weigerung, Israels Existenzrecht anzuer-

kennen und sich mit dem Land auszusöhnen. Der Autor weist die These zurück, dass Zionismus Kolonialismus sei. Der Erfolg des Zionismus sei zwar spektakulär gewesen, aber unvollständig geblieben. Israel kämpfe immer noch ums Überleben. Ein Modell, wie sich das Überleben dauerhaft sichern und der Konflikt lösen ließe, stellt *Moty Cristal* vor. Er benennt die Einflussfaktoren im israelisch-palästinensischen System und diskutiert verschiedene Entwicklungsrichtungen wie Konflikt-Lösung und Konflikt-Management. Bei beiden Optionen spielen die Faktoren Macht und Vertrauen eine bedeutende Rolle. Wie wichtig die öffentliche Meinung in Israel für eine mögliche Richtungsänderung in den bilateralen Beziehungen ist, macht *David Witzthum* anhand von Umfragen deutlich. Der Autor teilt nicht die Ansicht, dass die Kontrahenten des Kampfes müde seien. Einige Studien zeigten, dass Solidarität und Entschlossenheit im Kampf zu einer nicht unbedeutenden öffentlichen, psychologischen Kraft in Israel geworden seien.

■ Von palästinensischer Seite wird der Konflikt naturgemäß anders gesehen als von israelischer Warte. *Hisham H. Ahmed* beschreibt die Eskalation des Konfliktes in den vergangenen Jahren und unterzieht die „Genfer Initiative“ einer kritischen Würdigung. Sie habe den Palästinensern geschadet und ihre Opposition geschwächt, indem sie den Zwiespalt innerhalb der Gesellschaft verstärkt habe. Überraschend ist, dass auch die drei israelischen Autoren diesem Dokument ablehnend gegenüberstehen. Es scheint, als sei diese Initiative nur in Europa – und hier besonders in Deutschland – begeistert aufgenommen worden. Wie sich die Nahostpolitik der Europäischen Union in der Region auswirkt und ob das Gewicht der EU seit den neunziger Jahren zugenommen hat, diskutiert der Beitrag von *Isabel Schäfer*.

Ludwig Watzal

Der israelisch-palästinensische Konflikt

Programmierung des Konflikts

Das Erbe des Osmanischen Reiches

Ein Ziel Großbritanniens und Frankreichs im Ersten Weltkrieg war es, nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches den Vorderen Orient unter ihre Kontrolle zu bringen. Nach einem Geheimabkommen zwischen London und Paris von 1916 sollte Frankreich Syrien mit dem Libanon, Großbritannien das Zweistromland sowie Palästina mit Jordanien erhalten. Sherif Ibn al Hussein, Haupt der haschemitischen Dynastie und Herrscher des Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina, ging eine Allianz mit Großbritannien ein, um nach dem Krieg ein arabisches Großreich errichten zu können. Er setzte 1917 seinen Sohn Feisal in Damaskus als König ein. Die Pariser Friedenskonferenz stellte 1919 die ehemals türkischen Gebiete des Nahen Ostens vorerst unter das Mandat des Völkerbundes, doch im April 1920 übertrug die Konferenz von San Remo Großbritannien das Mandat über Mesopotamien und Palästina, Frankreich über Syrien mit dem Libanon. Als die Franzosen 1920 Syrien übernahmen, vertrieben sie den in Damaskus residierenden Feisal, der dafür mit britischer Hilfe König des neuen Landes Irak wurde. Husseins jüngster Sohn Abdullah erhielt Transjordanien, das man 1928 zu einem unabhängigen Königreich machte. Das restliche, bereits konfliktreiche Palästina blieb Mandatsgebiet ohne Staatscharakter unter dem britischen Kolonialministerium, das hier einen Hochkommissar einsetzte.

Der Zionismus und die Balfour-Deklaration

Für Palästina war bereits der Zionismus von Bedeutung. Der Begriff wurde Ende des 19. Jahrhunderts geprägt und bezeichnete den Wunsch der in vielen Ländern verfolgten Juden, nach Zion in das Land der Väter zurückzukehren. 1897 konnte in Basel der erste internationale Zionistenkongress zusammentreten und ein Grundsatzprogramm verabschieden, in dem die jüdische Besiedlung Palästinas gefordert wurde. Initiator war der österreichische Jude Theodor Herzl, der in seinem 1896 erschienenen Buch „Der Judenstaat“¹ organisatorische Vorschläge dafür dargelegt hatte. Herzl gilt

daher als Vater der jüdischen Heimstätte in Palästina und somit des Staates Israel.

1897 war bereits die erste Alija (Einwanderungswelle) im Gang, in der von 1882 bis 1903 30 000 Juden nach Palästina kamen. Damals lebten dort bereits 350 000 Menschen, größtenteils Araber. Die lange in der Historiographie vertretene Auffassung, Herzl und seine Anhänger hätten ein nahezu unbewohntes Palästina vor Augen gehabt, ist nicht mehr haltbar. Vielmehr ist Herzl auf den wirklichen Sachverhalt aufmerksam gemacht worden,² dachte aber nicht an gewaltsames Vorgehen. Mit der zweiten Alija bis 1914 konnte die jüdische Bevölkerung Palästinas auf 85 000 ansteigen.

Palästina war für Londons Kolonialpolitik von zentraler Bedeutung. Damit war der Suezkanal vom Osten abzusichern und der Landweg von Ägypten nach Indien frei. Als 1917 die Führung der britischen Zionisten von der Londoner Regierung die Anerkennung Palästinas als Heim des jüdischen Volkes wünschte, versprach der britische Kolonialminister Lord Balfour dem Vorsitzenden der Vereinigung jüdischer Gemeinden in England, Lord Rothschild, dieses Vorhaben zu erleichtern, jedoch mit der Einschränkung, dass nichts getan werden dürfe, „was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Land beeinträchtigen könnte“. Auf diese „Balfour-Deklaration“ haben sich die Zionisten Palästinas lange berufen. Lord Rothschild war mit Chaim Weizmann (1874–1952) befreundet. Dieser sollte für die Verwirklichung der zionistischen Idee von größter Bedeutung werden. 1918 wurde Weizmann nach Palästina entsandt, wo er alsbald als Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Interessen der wachsenden jüdischen Bevölkerung fungierte. 1928 wurde er Präsident der „Jewish Agency“ und setzte sich immer wieder für eine enge arabisch-jüdische Zusammenarbeit ein.

Arabischer Terror 1920/21 und 1929

Als die dritte Alija eingesetzt hatte, wurden viele Araber von der Furcht ergriffen, dass die Einwan-

1 Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, Augsburg 1996.

2 Vgl. Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1989²; Ludwig Watzal, *Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern*, Berlin 2002², S. 13 f.

derung eines Tages zur jüdischen Majorität führen könnte. Das schürte den schon länger wachsenden Antizionismus, der in blutigen Ausschreitungen 1920 und 1921 seinen Ausdruck fand. Eine britische Untersuchungskommission gab der Balfour-Deklaration und der zionistischen Propaganda die Mitschuld an den Vorfällen. Das „Churchill White Paper“ vom Mai 1922 nannte die Errichtung der jüdischen Heimstätte rechtmäßig, sprach sich aber auch gegen den extremen Zionismus aus.

Inzwischen hatten die gut 600 jüdischen Siedlungen miteinander Kontakt aufgenommen und bildeten zusammen ein Gemeinwesen, den Jischuv mit der Jewish Agency an der Spitze. Die Araber versäumten es, eine vergleichbare Institution zu gründen. Mit der zweiten Alija waren ungefähr 40 000 Juden ins Land gekommen, von denen ein großer Teil Palästina wieder verließ. Doch gerade jene, die blieben, waren von dem Willen beseelt, den Jischuv zu einem Staatswesen auszubauen. Unter ihnen war David Gruen, der sich bald David Ben Gurion nannte und 1948 Israels erster Ministerpräsident werden sollte.

Der erste britische Hochkommissar Sir Samuel (1920–1925) wollte die einflussreichen Jerusalemer Clans versöhnen und ernannte den aus dem bedeutendsten Clan kommenden Hadj Amin el-Husseini zum Großmufti von Jerusalem. Dieser wurde überdies Vorsitzender des Obersten Islamischen Rates und damit Sprecher der arabischen Nationalisten. Im August 1929 kam es zu einem heftigen arabisch-jüdischen Zusammenstoß in Jerusalem, hinter dem die Agitation des Großmufti stand. Die Unruhen griffen auf andere Städte über. Am schlimmsten waren die arabischen Massaker in Hebron und Safed. Die Ereignisse leiteten eine tiefe Feindschaft zwischen den beiden ethnischen Gruppen und Religionen ein. Die britische Regierung kündigte 1930 eine Reduzierung oder gar vorübergehende Einstellung der Einwanderung an, doch Chaim Weizmann konnte die Durchsetzung verhindern. Mit der fünften Alija 1931 bis 1939 erreichte die Einwanderung mit 265 000 Personen einen ersten Höhepunkt, bedingt durch den Nationalsozialismus in Deutschland.

Der Weg zum Staat Israel

Von Peels Teilungsplan zum Zweiten Weltkrieg

Im April 1936 bildeten die arabischen Nationalisten ein „Arab Higher Committee“ (AHC) unter dem Vorsitz des Mufti. Eine britische Kommission

unter Earl William Peel kam zu dem Ergebnis, dass die Teilung Palästinas ein Weg zum Frieden sei. Danach sollte die Küstenebene bis zur libanesischen Grenze sowie die fruchtbare Ebene im Nordwesten zu einem jüdischen Staatsgebiet zusammengefasst und der Araberstaat mit den Häfen Tel Aviv und Jaffa mit Transjordanien vereinigt werden. Die Araber lehnten den Plan kompromisslos ab, während sich in der Jewish Agency Weizmann für eine Annahme mit Änderungsvorbehalten aussprach. Für ihn war mit der Gründung eines wenn auch noch kleinen jüdischen Staates ein erstes Ziel erreicht. Nach Veröffentlichung des Planes flammte eine arabische Rebellion auf, die nicht nur antijüdisch, sondern auch antibritisch war. Ab Herbst 1938 konnte der neue Hochkommissar Sir Wauchope die Rebellion in wenigen Monaten mit Truppen aus dem Mutterland und aus Ägypten unterdrücken. Das AHC hatte er zuvor aufgelöst und seine Spitze verhaften lassen. Dem Großmufti gelang die Flucht in den Libanon, und er galt fortan als des Landes verwiesen. 1941 konnte er Hitler besuchen, der ihm die Vernichtung der Juden auch im arabischen Raum versprach.³

1939 war Großbritannien angesichts des bevorstehenden Krieges auf die Gunst der Araber bedacht. Dem trug ein neues Weißbuch der britischen Regierung, das „MacDonald White Paper“ vom Mai 1939, Rechnung, das die jüdische Einwanderung für die nächsten fünf Jahre auf 75 000 Personen begrenzte. Danach sollte sie nur mit arabischer Zustimmung möglich sein. Die Juden reagierten verbittert. Bei Protestkundgebungen und Zusammenstößen mit der britischen Polizei trat die geheime Kampfgruppe „Irgun“ in Erscheinung. Nach Kriegsausbruch 1939 erklärte Ben Gurion: „Wir werden gemeinsam mit England gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und wir werden gegen das Weißbuch kämpfen, als gäbe es keinen Krieg.“ Die Juden leisteten in der britischen Armee Kriegsdienst, wenngleich sie erst ab 1944 an Operationen teilnehmen konnten, und der Jischuv stellte seine technischen Einrichtungen zur Verfügung. Die jüdische Streitmacht „Hagana“ konnte sich nun offen zeigen, und aus ihrer Eliteeinheit „Palmach“ gingen der spätere Verteidigungsminister Moshe Dajan und Ministerpräsident Yitzhak Rabin hervor. Recht selbstständig handelten die Kampfgruppen „Lehi“, nach ihrem Gründer auch „Sternbande“ genannt, und die nationale Militärorganisation „Etzel“.

Im Mai 1942 fand im New Yorker Biltmore Hotel eine Konferenz der amerikanischen zionistischen

³ Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd XIII, Nr. 515.

Organisationen statt, an der auch Ben Gurion und Weizmann teilnehmen konnten. Eine Resolution, das „Biltmore-Programm“⁴, forderte die Realisierung der Balfour-Deklaration und die totale Öffnung des Landes für die Einwanderung. Von nun an erhielt der Jischuv die propagandistische und finanzielle Unterstützung der USA und konnte sich zu einer Institution mit vorstaatlichem Charakter entwickeln. Das Biltmore-Programm bestritt dem britischen Weißbuch seine moralische und rechtliche Gültigkeit. Doch da die britische Regierung das ignorierte, nahm bei den Zionisten die Verbitterung zu. Die Kampfgruppen „Irgun“ und „Lehi“ verübten Attentate gegen britische Verwaltungseinrichtungen und Politiker. Die Spannungen hielten auch in den ersten Nachkriegsjahren an. Dem Jischuv ging es darum, Juden, die den Holocaust in Europa überlebt hatten und nun mit Schiffen nach Palästina kamen, die Einwanderung zu ermöglichen. Eine weltweit beachtete Tragödie ereignete sich noch im Sommer 1947 mit der „Exodus“.

Gründung und Behauptung Israels

Der britische Premierminister Clement Attlee übertrug den Vereinten Nationen im April 1946 die Regelung der Palästinafrage. Ein Plan des „United Nations Special Committee on Palestine“ (UNSCOP) sah die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat aus 56 Prozent des Territoriums und einen arabischen Staat aus 43 Prozent vor. Ein Prozent entfiel auf das internationale Gebiet von Jerusalem. Die Jewish Agency akzeptierte den Plan, und im April 1947 wurden ein provisorischer Volksrat (Parlament) und eine provisorische Regierung gebildet. Die Zionisten nahmen die Ortschaften des ihnen zugesprochenen Gebietes militärisch in Besitz, drängten aber über die von UNSCOP vorgesehenen Grenzen hinaus. Bei diesen Operationen kam es am 8. Mai 1948 zu dem bekannten Blutbad in Deir Yassin, in dem von „Irgun“ und der „Sternbande“ 250 Menschen, die meisten Frauen und Kinder, ermordet wurden.⁵ Ähnliche Massaker folgten, und es kam zu einer Fluchtwelle der arabischen Bevölkerung aus den künftig jüdischen Gebieten. Die Frage, ob die Massaker eine Zwangsumsiedlung auslösen sollten, ist heute nicht mehr umstritten. Vielmehr ist belegt, dass die Araber durch verschiedene Methoden zur Auswanderung getrieben wurden,⁶ wozu auch Vertreibungen gehörten wie

in Ramle und Lydda. Bis Ende 1948 sind zwischen 600 000 und 750 000 Araber aus dem israelischen Gebiet geflohen bzw. wurden vertrieben, was später von israelischen Politikern begrüßt worden ist.

Am 14. Mai 1948 verließ der letzte britische Hochkommissar, Sir Alan Cunningham, Palästina, und wenige Stunden später trat der jüdische Volksrat zu einer Sitzung zusammen, in der Ben Gurion die Staatsproklamation verlas. In der folgenden Nacht eröffneten die Armeen Ägyptens, Transjordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak den Krieg gegen Israel. Die Ägypter drangen an der Küste bis 30 km südlich von Tel Aviv vor, die Jordanische Legion nahm die Altstadt von Jerusalem ein. Eine vom UN-Sicherheitsrat festgelegte Waffenruhe nutzten die Israelis zum Kauf von Kriegsmaterialien im Ausland, und als die Kämpfe im Spätsommer wieder aufflammten, war die israelische Armee mit Panzern, Bombern und Jagdflugzeugen den Arabern bald weit überlegen. Die Hagana war inzwischen zur „Israelischen Verteidigungsarmee“ umgebildet worden, in die die Palmach und die Irgun-Bataillone eingegliedert wurden; sie erhielt eine straffe Organisation und Operationsleitung.

Der von der UNO zur Vermittlung eingesetzte Graf Bernadotte wurde im September in Jerusalem, wahrscheinlich von Mitgliedern der Sternbande, ermordet. Die von seinem Nachfolger Ralph Bunche in Rhodos geführten Verhandlungen führten 1949 zu Waffenstillstandsverträgen. Israel hatte sein Territorium gegenüber dem UNSCOP-Plan um 21 Prozent erweitern können. Transjordanien konnte bei dieser Gelegenheit mit israelischem Konsens Westjordanien annektieren und aus beiden Teilen das Königreich Jordanien schaffen. Jerusalem wurde, da die Altstadt zur jordanischen Westbank gerechnet wurde, zu einer geteilten Stadt. Israel wurde schnell von den Großmächten und vielen Regierungen, jedoch nicht von den arabischen, anerkannt. Die UN-Vollversammlung verabschiedete im Dezember 1948 einen Beschluss, der Israel die Wiederaufnahme der Flüchtlinge auferlegte, doch der wurde nicht umgesetzt. 1967 flohen erneut etwa 550 000 Palästinenser aus den im Sechstagekrieg eroberten Gebieten. Gegenwärtig kann von 3,5 bis 4 Millionen Flüchtlingen in den Nachbarstaaten Israels ausgegangen werden.

S. 106–167. Eine Relativierung der Vertreibungsthese hat Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*, Cambridge 2004², vorgenommen.

4 Wortlaut in: Elmar Krautkrämer, *Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser. Geschichte eines Konflikts*, Darmstadt 2003, Anhang: Dok. 6.

5 Vgl. Christopher Sykes, *Kreuzwege nach Israel*, München 1967, S. 385 ff.

6 Vgl. Norman G. Finkelstein, *Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Mythos und Realität*, München 2002,

Vom Suezkrieg zur Intifada

Der Suezkrieg und Sechstagekrieg

Nach dem Sieg über die arabischen Nachbarn rüstete Israel mit amerikanischer Unterstützung verstärkt auf. Seine Grenzregionen musste es gegen Guerillas aus Syrien, Jordanien und dem zu Ägypten gehörenden Gaza-Streifen schützen. Ägypten unter Staatspräsident Gamal Abdul Nasser rüstete ebenfalls ab 1954 mit sowjetischer Hilfe auf. Da die USA und die Weltbank die Kredite für das Projekt des Assuan Staudamms verweigerten, verkündete Nasser am 26. Juli 1956 die Nationalisierung des Suezkanals. England und Frankreich, die hierdurch beachtliche Einnahmen verloren, planten zusammen mit Israel die militärische Besetzung der Kanalzone, und im Oktober griffen israelische Truppen unter Moshe Dajan im Süden an. In wenigen Tagen waren der Gazastreifen und der größte Teil des Sinai eingenommen. Großbritannien und Frankreich bombardierten Port Said und setzten Luftlandetruppen ab. Durch massiven Druck seitens der USA erzwang die UNO den Abzug aller Invasionstruppen. Eine UN-Sicherheitstruppe übernahm die Kontrolle der ägyptisch-israelischen Grenze auf dem Sinai. Die USA waren nun bestrebt, den sowjetischen Einfluss im Nahen Osten einzudämmen. Mit der „Eisenhower-Doktrin“⁷ von 1957 wurde er zur amerikanischen Interessen- und Sicherheitszone erklärt. Damit waren die Fronten des Kalten Krieges auf die Region ausgedehnt.

Die Jahre der Ruhe nach dem Suezkrieg nutzte Israel zur wirtschaftlichen Konsolidierung und weiteren militärischen Aufrüstung mit Waffenkäufen aus den USA, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Grundlagen für eine Nuklearrüstung wurden in diesen Jahren gelegt. Anfang der sechziger Jahre kam es zu arabisch-israelischen Spannungen, die durch den Streit um das Jordanwasser eskalierten. Als Israel 1964 den Bau eines Systems zur Ableitung von Wasser aus dem See Genezareth in die Negev-Wüste abgeschlossen hatte, beschloss die Arabische Liga, die Quellflüsse des Jordan in Syrien und dem Libanon umzuleiten. Israel verhinderte das gewaltsam, worauf sich Zwischenfälle an seinen Grenzen zu Jordanien und Syrien häuften. Anfang Mai zog Nasser die Zustimmung zur Stationierung von UN-Friedenstruppen entlang der israelischen Grenze auf dem Sinai zurück, und die aufgegebenen Stellen wurden von ägyptischen

Truppen besetzt. Kurz darauf sperrte er den Golf von Akaba für israelische Schiffe, was Israel als Aggression empfand. König Hussein von Jordanien unterzeichnete mit Ägypten ein Verteidigungsabkommen und gestattete irakischen Truppen den Durchmarsch zur israelischen Grenze. Zugleich rief PLO-Chef Ahmed Shukeiri die Palästinenser zum Heiligen Krieg gegen Israel auf. Dieses sah sich von allen Seiten bedroht und machte mobil. Durch eine Regierungsumbildung unter Ministerpräsident Levi Eschkol wurde Moshe Dajan Verteidigungsminister.

Am Morgen des 5. Juni 1967 führte die israelische Luftwaffe einen Überraschungsschlag gegen Ägypten, das in wenigen Stunden drei Viertel seiner Luftstreitkräfte, zum größten Teil noch am Boden, verlor. Im Norden eroberten israelische Truppen die Golanhöhen. Syrien verlor fast die Hälfte seiner Luftstreitkräfte. Jordanische Truppen waren zunächst nach Jerusalem vorgestoßen, das jedoch am 7. Juni ganz unter israelische Kontrolle kam. Moshe Dajan erklärte, dass Jerusalem wieder vereinigt und die Hauptstadt Israels sei und bleibe. Es wurde später auch formell annektiert (1980). Am 10. Juni war Israel zu der von den Vereinten Nationen geforderten Feuereinstellung bereit. Innerhalb von sechs Tagen hatte seine Armee die Streitkräfte Ägyptens, Syriens und Jordaniens kampfunfähig gemacht, den Gaza-Streifen, die Westbank, den gesamten Sinai und im Norden die Golanhöhen eingenommen. Drei Brücken über den Jordan sicherten die Kontrolle über beide Ufer. Am 22. November 1967 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 242, deren Realisierung bis heute Voraussetzung für Frieden im Nahen Osten ist. Darin wurde der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des Junikrieges besetzten Gebieten im Gegenzug für eine arabische Anerkennung des Existenzrechts Israels gefordert. Doch die Resolution war ein Kompromiss und blieb wirkungslos. Indem sie das Recht jedes Staates betonte, „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohung und Akten der Gewalt in Frieden zu leben“, konnte Israel sich darauf berufen, dass seine Vorkriegsgrenzen diese Sicherheit nicht gewährleisten und ein Rückzug auf diese nicht gefordert werden könne. Die arabischen Staaten und auch die PLO lehnten die Resolution ab, da sie die Anerkennung Israels bedeutet hätte. Bemühungen des UNO-Gesandten Gunnar Jarring sowie des US-Außenministers William Rogers, Ägypten zum Frieden mit Israel zu bewegen, waren erfolglos. Nasser hob den Waffenstillstand 1968 auf und begann einen Abnutzungskrieg, mit dem er Israel zum Rückzug aus dem Sinai zwingen wollte. Sowjetische Spezialeinheiten stärkten die

⁷ Ermächtigung des Präsidenten vom 9. März 1957, in: Europa-Archiv, (1957), S. 9785 f.

ägyptische Schlagkraft, was Israel mit Luftangriffen beantwortete. Im August 1970 wurde durch Vermittlung von Rogers das Feuer eingestellt.

Arafat, die PLO und die Fedajin

Nasser beauftragte 1964 den Vertreter der Palästinenser in der Arabischen Liga, Ahmed Shukeiri, eine politische Organisation zur Befreiung Palästinas zu bilden. Shukeiri gehörte zur traditionellen arabischen Oberschicht, hatte in Cambridge promoviert und in diplomatischen Diensten Syriens und Saudi-Arabiens gestanden. Er berief den Palästinensischen Nationalkongress (PNC) nach Jerusalem ein, der hier die „Palestine Liberation Organisation“ (PLO) gründete. Diese verabschiedete das „Palästinensische Manifest“ als Charta der Bewegung, die mit ihrer zweiten, radikaleren Fassung von 1968 die Befreiung Palästinas vom Zionismus und die Beseitigung Israels forderte.⁸ Als es unter Shukeirs Nachfolger Jahia Hamouda zu einer Rivalität zwischen Gruppierungen der PLO kam, erwies sich die von Jassir Arafat geführte und schon 1959 in Kuwait gegründete „Al-Fatah“⁹ als die an Mitgliedern stärkste und am besten organisierte Gruppe. Sie trat 1969 in die PLO ein, wodurch ihr Führer Arafat Vorsitzender ihres Exekutivkomitees werden konnte, das faktisch eine Regierung des palästinensischen Widerstands war.

Arafat gehörte zur gleichen Schicht wie seine Vorgänger; er wurde 1929 in Kairo oder Jerusalem als Kind eines reichen Kaufmanns und einer dem einflussreichen Clan der Husseinis entstammenden Mutter geboren. Da diese bald nach der Geburt starb, wurde das Kind von ihren Verwandten in Jerusalem versorgt. Hier erlebte der Knabe von 1936 bis 1939 die arabische Rebellion, die ihn beeindruckt haben mag. Als Zehnjähriger ging er zur neuen Familie seines Vaters nach Kairo zurück, wo er die höhere Schule besuchte, das Abitur ablegte und dann Bauwesen und Elektrotechnik studierte. Hier war er Mitglied einer antiisraelischen Studentengruppe, in der er bald mit dem Palästinensertuch, der Keffiyah, auftrat, die bis heute sein Erkennungszeichen und Symbol ist. Nach dem Ingenieurexamen ging er nach Kuwait, damals Sammelpunkt palästinensischer Notabler in hohen Positionen. Hier wurde er als Bauunternehmer wohlhabend und übernahm nach 1959 die Führung der Fatah, die er zunächst zu einer geheimen, konspirativen Bewegung und dann zu einer

Guerillaorganisation ausbaute. Sie fand bald in arabischen Städten Anhänger und wurde auch in europäischen Hochschulstädten präsent. Geheime Spendengelder ermöglichten ihr Waffenkäufe, so dass sie ab 1964 von Ost- und Westjordanien aus bewaffnete Aktionen unternehmen konnte. Ab dieser Zeit lebte Arafat als Fatahführer meistens in Jordanien und seinen Nachbarländern. Nach dem Sechstagekrieg bildeten die palästinensischen Guerillagruppen, auch „Fedajin“ (d. h. die Opferbereiten) genannt, Basen zur Wiederaufnahme des Kampfes. In Jordanien wurden die Milizen der PLO bald zur Konkurrenz der haschemitischen Dynastie, was König Hussein zu ihrer Zerschlagung im „Schwarzen September“ 1970 sowie im Juli 1971 veranlasste. Arafat konnte als Beduine verkleidet aus Amman entkommen.

Yom Kippur als Wende – Frieden mit Ägypten

Israel war sich seit 1967 seiner militärischen Überlegenheit so sicher, dass es mit dem unerwarteten Oktoberkrieg 1973 zunächst in eine Existenzkrise geriet. Doch durch amerikanische Hilfe endete der Krieg glimpflich, und Israel hatte mit Gebieten östlich des Suez und auf dem Golan sogar Trümpfe gewonnen. Dennoch mussten ein Jahr später Premierministerin Golda Meir und ihr Verteidigungsminister Moshe Dajan zurücktreten. Neuer Regierungschef wurde Yitzhak Rabin.

Am 22. Oktober 1973 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 338, welche die an den Kämpfen beteiligten Parteien aufforderte, sich gemäß der Resolution 242 auf die Ausgangspositionen zurückzuziehen. Bemerkenswert war, dass der US-Gesandte Henry Kissinger mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko gemeinsam den Wortlaut erstellt hatte, was das Interesse beider Länder belegte, eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern. Kissinger, zunächst der für die Nahostpolitik zuständige Berater des US-Präsidenten und später Außenminister, vermittelte nach einem Waffenstillstand im Januar 1974 den ersten und im Sommer 1975 in Genf den zweiten Sinai-Vertrag. Damit verpflichteten sich Israel und Ägypten, nicht mehr zur Androhung und zum Gebrauch von Gewalt zu greifen, und Israel gab beachtliche Gebiete auf dem Sinai frei. Ägyptens Präsident Anwar al-Sadat nahm 1977 eine Einladung des neuen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin an und trat am 20. September vor die Knesset. Hier sprach er sich dafür aus, dass Israel alle Garantien erhalte, die ihm ein Leben in Sicherheit und Frieden ermöglichen. Proteste der arabischen Staaten und der PLO konnten den Prozess nicht aufhalten. US-Präsident Jimmy Carter lud Begin und Sadat zu einem Dreiertreffen ein, das im September 1978 im Camp David, dem

⁸ Vgl. beide Fassungen in: Yehoshafad Harkabi, Das Palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart 1980, Anhang A und B.

⁹ „Bewegung zur Befreiung Palästinas“, auf Arabisch: „Harkat-al Tahir al-Watani al-Filastini“. Die rückwärts gelesenen Anfangsbuchstaben ergeben Fatah.

Feriensitz des Präsidenten, stattfand. Hier einigte man sich auf ein Rahmenabkommen, das die Grundsätze für den endgültigen Friedensvertrag festlegte, der am 26. März 1979 in Washington feierlich unterzeichnet wurde. Im Februar 1980 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf, und Israels Räumung des Sinai war bis zum April 1982 abgeschlossen. Die Arabische Liga reagierte empört und schloss Ägypten aus. Arafat war erbost, denn nach dem Vertrag von Camp David sollten an künftigen Verhandlungen „gewählte Vertreter der Einwohner des Westjordanlands und Gazas“ teilnehmen können, während die PLO nicht erwähnt wurde. Arafat erklärte, Sadat als Verräter solle wissen, dass er vernichtet werde. Tatsächlich fiel Sadat am 6. Oktober 1981 dem Attentat einer Gruppe von Islamisten zum Opfer. Sein Nachfolger, Hosni Mubarak, setzte die Politik seines Vorgängers fort.

Debakel im Libanon – Die erste Intifada

Die palästinensischen Milizen im Libanon blieben eine ernste Bedrohung Israels. Sie bildeten bald auch hier einen Staat im Staat. Ein Anschlag auf den israelischen Botschafter in London war 1982 für Israel Veranlassung, einen Feldzug gegen den Libanon unter dem Namen „Frieden für Galiläa“ zu eröffnen, der von Verteidigungsminister Ariel Sharon geplant und geleitet wurde. Die Folge war der von der UNO und den USA durchgesetzte Exodus Arafats und seiner Kämpfer, die auf arabische Länder verteilt wurden. Arafat musste in Tunis sein neues Hauptquartier einrichten. Als im September 1982 im Libanon der proisraelische Präsident Gemayel ermordet wurde, richteten christliche Milizen unter dem Schutz israelischen Militärs in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila vor Beirut ein Blutbad an, in dem Hunderte, möglicherweise gegen tausend Menschen ermordet wurden.¹⁰

Sharon musste als Hauptverantwortlicher zurücktreten. Er blieb einige Jahre Minister mit wechselnder Zuständigkeit, übernahm 1990 den Vorsitz des Likud und wartete auf seine Chance zum Wiederaufstieg. Im August 1983 trat Premierminister Begin zurück. Nachfolger wurde Yitzhak Shamir. Der Libanonfeldzug war in der israelischen Gesellschaft nicht populär. In Tel Aviv kam es zu großen Demonstrationen. Arafat ließ aus Tunis erklären, dass seine Organisation den Kampf gegen Israel fortsetzen werde. Seine Kämpfer, die aus arabischen Ländern ausgewiesen wurden, ließen sich in der Westbank und zum größten Teil im Gaza-

Streifen nieder und schürten hier den Widerstandsgeist. In den besetzten Gebieten erregte die immer häufigere Errichtung jüdischer Siedlungen den Zorn der Araber. Die Siedlungen waren auch „gleichsam wasserstrategisch geplant und angelegt“, wodurch Israel über 80 Prozent der Wasserversorgung verfügt, was sich auf die palästinensische Landwirtschaft bis heute katastrophal auswirkt.¹¹ Da die Israelis die Kontrolle der Bevölkerung von Jahr zu Jahr verstärkten, kam es im Dezember 1987 zu Unruhen, die vom Gaza-Streifen ausgehend auf die Westbank übergriffen und in einen Aufstand mündeten, der als erste „Intifada“ gilt. Das arabische Wort bedeutete soviel wie „Abschüttelung“ und meint damit die Abschüttelung der Besetzung. Eine Komponente war zuerst ziviler Ungehorsam wie z. B. Steuerverweigerung, doch dann warfen palästinensische Jugendliche Steine und Molotowcocktails gegen israelische Soldaten und Institutionen, und im weiteren Verlauf kam es häufiger zu bewaffneten Aktionen. Shamir ließ das Militär hart und rücksichtslos durchgreifen.¹² Nachdem der Aufstand im Herbst 1990 seinen Höhepunkt erreicht hatte, konnte er im Frühjahr 1991 als beendet gelten. Die PLO und ihre Führer spielten in der Intifada keine besondere Rolle, wohl aber Kämpfer der Fatah. Arafat sprang erst spät auf den fahrenden Zug. Seiner Bewegung war mit „Hamas“ ein starker politischer Konkurrent erwachsen. 1988 löste König Hussein das Westjordanland aus seinem Königreich und übertrug es der PLO. Daraufhin rief Arafat auf einer Sitzung des Palästinensischen Nationalrats am 15. November 1988 in Algier den Palästinenserstaat aus. Doch die Aktion blieb ohne Bedeutung, da die USA, die westeuropäischen Länder und selbst die Sowjetunion den Staat nicht anerkannten.

Auf der Suche nach Frieden

Im Zeichen der Oslo-Verträge

Nach dem Ende des Golfkrieges berief George Bush für den 31. Oktober 1991 eine Nahostkonferenz nach Madrid ein. Die Vertreter der PLO konnten nur als ein Teil der jordanischen Delegation teilnehmen. Als Folge der Konferenz wurde in Washington weiter verhandelt. Es konnte kein Ergebnis erzielt werden, da die Shamir-Regierung

11 Vgl. zur Wassernot der Palästinenser Harald Neifeind, *Der Nahostkonflikt. Historisch, politisch, literarisch*, Schwalbach 2002², S. 244 ff.; ausführlich dazu auch Amira Hass, *Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land*, München 2003, S. 150–156.

12 Vgl. Friedrich Schreiber, *Aufstand der Palästinenser. Intifada*, Opladen 1990.

10 Vgl. F. Schreiber/M. Wolffsohn (Anm. 2), S. 296 ff. Danach belief sich die Zahl der Ermordeten auf 328, wozu noch 991 Vermisste kamen.

nicht in guter Absicht verhandelte. Nach seiner Abwahl erklärte Shamir, dass er mit den Palästinensern noch zehn Jahre ergebnislos verhandelt hätte. Parallel dazu gelang es den Palästinensern, separate Geheimverhandlungen mit den Israelis aufzunehmen. Im Juni 1992 wurde Yitzhak Rabin neuer Regierungschef von Israel, Shimon Peres sein Außenminister. Der Status der PLO, die bis dahin als „Terrororganisation“ galt, wurde legalisiert. Nun konnten Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf einer rechtlich einwandfreien Basis stattfinden. Arafats Sprecherin, die Literaturprofessorin Hanan Ashrawi, knüpfte über Vertraute Kontakte zum norwegischen Außenminister Jorgen Holst, der geheime Verhandlungen zwischen israelischen und palästinensischen Unterhändlern in Oslo vermittelte. Geführt wurden die Gespräche auf palästinensischer Seite von Ahmud Kurei (alias Abu Ala, seit 2003 palästinensischer Ministerpräsident), auf israelischer Seite von Jossi Beilin, einem engen Vertrauten von Außenminister Peres, der sich in die letzte Phase der Verhandlungen persönlich einschaltete. Als erster Schritt fand ein Briefwechsel zwischen Arafat und Rabin statt, in dem die palästinensische Seite das Existenzrecht Israels voll anerkannte, dem Terror abschwor und die Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates als Grundlage für Verhandlungen akzeptierte. Im Gegenzug anerkannte Rabin nur die PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes und war bereit, künftig mit ihr zu verhandeln. Das war ein Durchbruch. Jetzt erst wurden die USA und die Weltöffentlichkeit umfassend informiert.¹³ Am 13. September 1993 wurde von Arafat und Rabin sowie US-Präsident Bill Clinton als Garant das in Oslo ausgehandelte Grundlagenabkommen, auch Prinzipienklärung und Oslo I genannt, unterzeichnet. Es legte die Grundlagen für das Verhältnis zwischen den Israelis und Palästinensern in einer fünfjährigen Interimsphase fest, an deren Ende ein Abkommen über den endgültigen Status des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes stehen sollte.

Ein Vorfall sollte den Fortgang des Friedensprozesses ernsthaft gefährden. In Hebron erschoss am 25. Februar 1994 der aus den USA eingewanderte Arzt Baruch Goldstein, ein extremistischer Siedler, wahllos 29 in der Ibrahim-Moschee betende Mos-

13 Vgl. zu den Geheimverhandlungen Marck Halter/Eric Lauren, Unterhändler ohne Auftrag. Die geheime Vorgeschichte des Friedensabkommens zwischen Israel und der PLO, Frankfurt/M. 1994. Zu den folgenden Ausführungen über den Friedensprozess vgl. L. Watzal (Anm. 2), S. 75–190, sowie die zahlreichen Artikel auf der Homepage des Autors: (www.watzal.com). Eine ähnliche Auffassung wie Watzal vertrat Jahre später auch Abdallah Frangi, Der Osloer Friedensprozess als ein Weg zum Frieden?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 35–36/2002, S. 16 ff.

lems.¹⁴ Nur durch die Bemühungen der amerikanischen, ägyptischen und der israelischen Regierung um Schadensbegrenzung blieb Arafat verhandlungsbereit. Nach dem Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994 gruppierte Israel seine Streitkräfte im Gaza-Streifen um und zog sie aus der Stadt Jericho ab. Befugnisse seiner Zivilverwaltung wurden auf die „Palestinian National Authority“ (PNA) übertragen, die zum Exekutivorgan der Palästinenser in den künftigen Autonomiegebieten wurde. Allerdings behielt Israel sich das Recht vor, zu jeder Zeit Truppen in die autonomen Gebiete zu entsenden, wenn jüdische Siedlungen oder Israelis des Schutzes bedurften. Damit war die vorgesehene Autonomie erheblich eingeschränkt. Arafat kam Anfang Juli in den Gaza-Streifen, um dort seinen vorläufigen Regierungssitz zu nehmen.

Im September 1995 unterzeichneten Rabin und Arafat ein weiteres Abkommen, das als Interimsabkommen oder Oslo II gilt. Das Westjordanland wurde in drei Zonen eingeteilt. Zur Zone A gehörten die künftig sechs autonomen Städte Nablus, Tulkarem, Kalkilia, Bethlehem, Ramallah und Jenin. Für Hebron als siebte Stadt sollte eine besondere Regelung getroffen werden. Die Zone B mit den Städten und Dörfern, in denen knapp 70 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben, wurde in eine Vielzahl von „Inseln“ unterschiedlicher Größe aufgeteilt, die durch israelische Straßen voneinander getrennt und deren Grenzen nur an Kontrollstellen (Checkpoints) zu überqueren sind. Für das Gebiet waren eine palästinensische Zivil- und israelische Militärverwaltung vorgesehen. Die Zone C, die 70 Prozent der Westbank umfasst, ist kaum palästinensisch bevölkert, aber dafür mit jüdischen Siedlungen durchsetzt; hier behielt Israel allein die Zuständigkeit für Sicherheit und öffentliche Ordnung. Im Falle der Gefährdung seiner Sicherheit sollte Israel das Interimsabkommen außer Kraft setzen können, was auch inzwischen geschehen ist.

In den Augen der palästinensischen Oslo-Gegner, allen voran der Hamas, erschienen die PNA und ihr Chef als ein Instrument der Besatzungsmacht und als korrupt. Arafat umgab sich mit Sicherheitsdiensten, die ihn abschirmten und dafür sorgten, dass Opponenten mundtot gemacht wurden. Von einer Demokratie war und ist das Regime Arafat weit entfernt. In Israel gab es zahlreiche Gegner einer Autonomie für die Westbank. Ein israelischer Extremist ermordete am 4. November 1995 Ministerpräsident Rabin. Shimon Peres wurde neuer Regierungschef; er setzte den Kurs

14 Vgl. Einzelheiten dazu in: Archiv der Gegenwart, (1994), S. 38689, und (1995), S. 40408.

Rabins fort, bis er im Mai 1996 die Wahlen gegen Benyamin Netanjahu verlor.

Nach dem Abschluss des Hebron-Protokolls im Januar 1997 räumte die israelische Armee 80 Prozent der Stadt (H-1-Zone). Die restlichen 20 Prozent, in denen 450 extremistische Siedler unter 20 000 Palästinensern leben, bilden die H-2-Zone und umfassen im Wesentlichen den Stadtkern. Arafat nannte Hebron die „befreite Stadt“, was von den meisten Palästinensern nicht so gesehen wurde.

Das im Oktober 1998 unterzeichnete „Wye-River-Memorandum“, das unter dem Motto „Land gegen Sicherheit“ stand, brachte keine Befriedung und war für die weitere Entwicklung ohne Bedeutung. Die israelischen Wahlen im Mai 1999 gewann Ehud Barak gegen Netanjahu; der Regierungswechsel versprach dem Friedensprozess Auftrieb zu geben. Doch auch das Sharm el-Sheik-Protokoll, das von Arafat und Barak in Gegenwart der amerikanischen Außenministerin Albright, des ägyptischen Präsidenten Mubarak sowie des jordanischen Königs Abdullah im September 1999 unterzeichnet wurde, brachte keinen Fortschritt. Jetzt wurde als Termin für das Schlussabkommen September 2000 festgelegt. Als Arafat eine erneute Ausrufung des Palästinenserstaates ankündigte, drohte Israel, militärisch einzuschreiten, und der PNA-Chef ließ den Plan fallen.

Camp David 2000, Taba und die zweite Intifada

US-Präsident Clinton lud Arafat und Barak zu neuen Verhandlungen in Camp David ein, die im Juli 2000 stattfanden. Angeblich hat Israel das „großzügigste Angebot“ unterbreitet, sprich 95 Prozent des besetzten Territoriums zur Staatsbildung angeboten, was Arafat als unzureichend ablehnte. Dies ist jedoch eine Legende, wie die Dokumente eindeutig zeigen. Belegt ist vielmehr, dass Israel eine Landaufteilung im Verhältnis 38:12 präsentierte, was für die arabische Seite unzureichend war, die jedoch keinen Gegenvorschlag präsentierte.¹⁵ Im September kam es erneut zu einem folgenschweren Ereignis. Ariel Sharon besuchte mit einem großen Aufgebot an Sicherheitskräften den Felsendom. Die Palästinenser empfanden das als Provokation, und es kam zu einem Aufstand in den Autonomiegebieten. Dieser Besuch war der Auslöser für die zweite, d. h. die „Al-Aqsa-Intifada“, die bis heute mit ihrem verheerenden Wechselspiel von Attentaten und Vergeltungsschlägen andauert. Dennoch wurden

¹⁵ Vgl. die Information des ehemaligen israelischen Außenministers Shlomo Ben-Ami, in: Botschaft des Staates Israel in Deutschland, Hintergrund, November 2001.

die Verhandlungen im Januar 2001 im ägyptischen Badeort Taba wieder aufgenommen. Hier boten die Israelis den Palästinensern tatsächlich 94 Prozent des Westjordanlandes an und den Ausgleich der fehlenden sechs Prozent mit drei Prozent israelischen Territoriums sowie einem Korridor zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Die palästinensische Seite aber war nur bereit, zwei Prozent des Westjordanlandes auszutauschen. Neu aber waren in Taba das gute Verhandlungsklima und das Einvernehmen in Detailfragen. Danach wurde von israelischer Seite erklärt, dass man niemals zuvor einer Vereinbarung so nahe gekommen sei und die Bereitschaft bestehe, auf der Grundlage des Erreichten weiter zu verhandeln. Dass es dazu nicht mehr kam, lag am Wahlsieg Sharons sowie an der zunehmenden Intensität der palästinensischen Gewalttätigkeiten und der israelischen Vergeltungsschläge.

Gefahr für Arafat

Sharons Ziel war es, die Palästinenser mit militärischer Gewalt zu zwingen, dem Terror ein Ende zu setzen, und in seinen Augen war Arafat der Hauptverantwortliche, der von der Spitze der Autonomiebehörde entfernt werden sollte. Es gab Vorschläge, ihn zu töten oder gewaltsam ins Exil zu bringen. Ende des Jahres 2001 wurde sein Amtssitz in Ramallah von Panzern umstellt und das Verwaltungsgebäude der PNA von israelischen Kampfflugzeugen zerstört. Im April 2002 durchstießen im Zusammenhang mit der Operation „Schutzwall“ Panzer die Mauern des Hauptquartiers. Arafat musste mit seinen engsten Mitarbeitern in einen Bunker flüchten, der von israelischen Soldaten umstellt wurde. Dann rückten Panzer in Nablus und in Jenin ein, dessen Zentrum zum größten Teil zerstört wurde.

Am 24. Juni 2002 hielt US-Präsident George W. Bush eine Rede, in der von einer „Vision zweier selbstständiger Staaten“ sprach, aber ohne Einschränkung den Rücktritt Arafats forderte. Doch weder die US-Administration noch die europäischen Länder waren sich in dieser Frage einig. Arafat lehnte einen Rücktritt ab, der in seinen Augen einer Kapitulation gleichgekommen wäre. Die Diskussion trug nur zur Steigerung seiner Popularität bei.

Die Road Map und die „Genfer Initiative“

Im September 2002 legten die Außenminister der USA, der EU, Russlands sowie der Vertreter der UNO, die sich im „Nahostquartett“ zusammengetan hatten, einen Plan vor, nach dem die Gründung eines palästinensischen Staates in drei Phasen bis 2005 erfolgen soll. Das ausführliche Dokument

erhielt den Namen „Fahrplan“, in seiner englischen Bezeichnung „Road Map“. Ende September zog Israel seine Truppen aus Ramallah ab. Arafat, der eine zunehmende Opposition in der PNA spürte, sicherte seine Macht durch die Einsetzung eines Übergangskabinetts für die Zeit bis zu den vorgesehenen Wahlen im Januar 2003. Doch diese wurden dann auf unbestimmte Zeit verschoben.

Aus den israelischen Parlamentswahlen im Februar 2003 ging der Likud als stärkste Fraktion in der Knesset hervor, doch musste Sharon eine kleine Koalition mit der Shinui und der ultrarechten Mafdal bilden, was eine schwache, aber dennoch absolute Mehrheit von 61 der 120 Mandate ergab. Er konnte nun den harten Kurs gegenüber den Palästinensern fortsetzen, deren Widerstand aber auch eine Folge der permanenten israelischen Demütigungen ist. Besonders explosiv blieb die Lage im Gaza-Streifen, der nach dem Urteil einer israelischen Korrespondentin einem „großen Gefängnis“ gleicht.¹⁶ Ein deutscher Politiker hat nach einer Reise in die Westbank die Demütigungen der dortigen Palästinenser durch Siedler recht anschaulich beschrieben.¹⁷ Am 17. November 2003 wurde in Istanbul ein brutaler Anschlag auf zwei Synagogen verübt. Voreilig wurden als Täter Palästinenser vermutet. Unter den 24 Toten waren fünf jüdische Türken. Der israelische Außenminister Silvan Shalom kam zur Kranzniederlegung und sprach bei dieser Gelegenheit von einem Zusammenhang zwischen den palästinensischen Terrorakten und den antiisraelischen wie propalästinensischen Vorbehalten in Europa, die er sogar „verbalen Terror“ nannte. Die EU-Mitglieder wiesen das als nicht akzeptabel zurück.

George W. Bush ließ im April 2003 den Regierungen in Jerusalem und Ramallah die „Road Map“ als sein neues Friedenskonzept überreichen. Doch sollte eine Diskussion mit den Palästinensern darüber erst möglich sein, wenn Arafat nicht mehr als Gesprächspartner in Betracht komme. Dieser hatte inzwischen den zweitmächtigsten Mann der PLO, Mahmud Abbas (Abu Mazen), zum Ministerpräsidenten ernannt, der in Washington wie in Jerusalem als Gesprächspartner akzeptiert wurde. Bush, Sharon und Abbas diskutierten auf dem Gipfel von Akaba am 4. Juni die „Road Map“ und beschlossen ihre Umsetzung. Doch zwischen Arafat und Abbas kam es nun zu einem Machtkampf, der mit dem Rücktritt des Premierministers endete. Nachfolger wurde der bisherige Parlamentspräsident Ahmed Kurei (Abu Ala), der als Vertrauter Arafats gilt. Die israelische Regierung

lehnte Verhandlungen mit dieser Führung ab. Eine von ihr formell beschlossene Ausweisung Arafats ließ sich wegen des Widerstands in den arabischen wie europäischen Regierungen, selbst in Washington, nicht realisieren.

Auch in Israel regte sich gegen den Regierungskurs Widerstand, der selbst vor den Wehrpflichtigen nicht Halt machte. Von September 2000 bis Januar 2002 hatten 400 israelische Soldaten den Dienst an der Waffe verweigert, um nicht in den besetzten Gebieten eingesetzt zu werden. Im Januar 2002 hatte die von 52 Reservisten in der Zeitung Ha'aretz veröffentlichte Erklärung Aufsehen erregt, nicht mehr jenseits der Grenzen von 1967 zu kämpfen, „um ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu erniedrigen“. Im September 2003 verweigerten 27 Piloten ihre Teilnahme an Angriffen auf zivile Ziele in den Palästinensergebieten, was sie in einem Manifest „Nicht mehr mit uns“ begründeten. 13 Angehörige einer israelischen Eliteeinheit folgten dem Beispiel, und 200 israelische Intellektuelle solidarisierten sich mit den Piloten.¹⁸ Heftige internationale Kritik richtete sich gegen den von Sharon mit Nachdruck fortgesetzten Bau der Sperranlage mit einer acht Meter hohen Betonmauer im Nordabschnitt, da die Anlage nicht auf der Grenze, sondern durch palästinensisches Gebiet verläuft und viele Bewohner von ihrem Besitztum abschneidet.¹⁹

Am 1. Dezember 2003 wurde in Genf ein Vertragsentwurf unterzeichnet, der von einer israelischen Delegation unter Leitung von Jossi Beilin und einer palästinensischen unter Leitung von Jassir Abed Rabbo mit Unterstützung des Schweizer Außenministeriums erarbeitet worden war.²⁰ Ziel ist die Zweistaatenlösung, wobei die Grenze auf der „grünen Linie“ vom 4. Juni 1967 verlaufen soll. Das Territorium des Palästinenserstaates soll aus dem Gaza-Streifen und 97,5 Prozent des Westjordanlandes bestehen. Für die restlichen 2,5 Prozent soll Palästina ein gleich großes Territorium am Gaza-Streifen und eine Autostraße zwischen diesem und dem Westjordanland erhalten. Als Hauptstadt des Staates ist Jerusalem vorgesehen, dessen Altstadt mit Ausnahme der Klagemauer und des jüdischen Viertels unter palästinensische Kontrolle kommen soll. Die Massenrückkehr der Flüchtlinge steht nicht mehr zur Debatte. Doch

18 Vgl. den Wortlaut der Anzeige der 52 Reservisten in: *Le Monde diplomatique* vom Dezember 2003, S. 4; Begründung der 27 Piloten in: *Badische Zeitung* vom 4. 10. 2003, S. 3.

19 Vgl. Moshe Zuckermann, Eine Mauer wird errichtet, in: *APuZ*, B 35–36/2002, S. 25 ff.

20 Vgl. den Inhalt in: *Le Monde diplomatique* vom Dezember 2003, S. 14.

16 A. Hass (Anm. 11), Kap. IV.

17 Vgl. Norbert Blüm, Warum ich Sharon bekämpfe, in: *Rheinischer Merkur* vom 3. 1. 2004, S. 32.

soll Israel alle Siedler aus dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland zurückführen.

Sharon war empört, dass unautorisierte Personen Verhandlungen mit der Gegenseite geführt hatten, und das Projekt wurde nicht ernsthaft diskutiert. Beilin wollte mit der „Genfer Initiative“ eine neue Dynamik in den Friedensprozess bringen. Eine Folge von Genf war, dass in der politischen Rechten Israels Stimmen laut wurden, die eine Abkehr vom Plan eines Großisrael forderten. Aufschlussreich war auch der Likud-Parteitag im Januar 2004, auf dem sich Sharon selbst für die Bildung eines palästinensischen Staates aussprach und große Nachgiebigkeit Israels in Aussicht stellte.

Die Situation erfuhr durch die gezielte Tötung von Scheich Ahmed Yassin eine enorme Verschärfung. Am Morgen des 22. März 2004 wurde der völlig gelähmte Führer der Hamas beim Verlassen einer Moschee von einer aus einem israelischen Kampfhubschrauber abgefeuerten Rakete getötet. Sharon hatte das Einsatzkommando für die Operation persönlich dirigiert. Der Vorgang stieß weltweit auf Kritik, da Israel kein Recht zur außergesetzlichen Tötung habe und damit keine Bedingungen für Dialog und Frieden schaffe. Drei Wochen später wurde Yassins Nachfolger, Abdel Asis Rantisi,

in seinem Wagen auf die gleiche Weise umgebracht, was die Rachebereitschaft der palästinensischen Bevölkerung erhöhte.

Inzwischen hat Sharon einen neuen Plan vorgelegt, der den völligen Abzug aus dem Gaza-Streifen mit der Räumung aller dortigen jüdischen Siedlungen vorsieht. Dafür sollen die sechs größten Siedlungsblöcke in der Westbank, in denen die Mehrheit der 220 000 Siedler lebt, endgültig israelisches Staatsgebiet werden. Dafür erhielt Sharon in Washington von US-Präsidenten Bush grünes Licht, was international missbilligt wurde. Durch diese einseitige Festlegung der USA wurden die drei anderen Mitglieder des so genannten „Nahostquartetts“, Russland, die EU und die UNO, desavouiert. Die Autonomiebehörde reagierte empört, dass über die Köpfe der Palästinenser hinweg die Grenzen ihres künftigen Staates festgelegt werden sollen. Sie nannte Bushs Parteinahme einen „Todesstoß für den Friedensprozess“. Die Europäische Union ließ verlauten, sie würde einseitig festgelegte Grenzen zwischen Israel und den Palästinensergebieten nicht anerkennen und forderte das Festhalten an der „Road Map“ mit dem Ziel eines palästinensischen Staates neben Israel. Davon ist man nun weiter entfernt als jemals zuvor.

Abbildung: Israelische Gebietsoptionen für die Westbank

Der Allon-Plan (1967) vor dem Hintergrund der palästinensischen Gebiete, die innerhalb der israelischen Mauer („Sicherheitszaun“) liegen

Die palästinensischen Gebiete, die innerhalb der israelischen Mauer („Sicherheitszaun“) liegen vor dem Hintergrund der Camp-David-Vorschläge (2000)



-  Palästinensische Gebiete, die innerhalb der israelischen Mauer („Sicherheitszaun“) liegen (IDF=Israelische Verteidigungsstreitkräfte 2003)
-  Israelische Siedlungsblöcke jenseits der von der IDF vorgeschlagenen Mauer („Sicherheitszaun“)
- 1967
1977 Umriss des Allon-Planes

-  Vorschläge Israels in Camp David (2000): Vorgesehene souveräne palästinensische Gebiete
-  Israelische Sicherheitszone (gepachtet)
-  Umriss der palästinensischen Gebiete, die innerhalb der israelischen Mauer („Sicherheitszaun“) liegen (2003)

Ist Frieden zwischen Israelis und Palästinensern möglich?

Befreiungsbewegungen versus Unterdrücker und Opfer

Der arabisch-jüdische Konflikt ist einzigartig und beispiellos. Anders als bei auf den ersten Blick vergleichbaren historischen Auseinandersetzungen in Europa und anderswo geht es hier nicht um einen zwischen zwei Staaten umstrittenen Grenzbereich, sondern um unversöhnliche Ansprüche zweier Konkurrenten, der Israelis und der Palästinenser, auf ein und dasselbe kleine Land und seine heilige und hoch empfindliche Hauptstadt – Jerusalem.

Die Palästinenser waren seit der Gründung Israels gegen das zionistische Unternehmen. Als die Vereinten Nationen (UN) im November 1947 eine Resolution zur Teilung Palästinas und Schaffung eines jüdischen und eines palästinensischen Staates annahmen, wiesen die Palästinenser diese Resolution umgehend zurück. Sie weigerten sich, die Verantwortung nur für ihren Teil des Landes zu erhalten, und begannen – unterstützt von den arabischen Staaten – einen Krieg, um einen jüdischen Staat zu verhindern. Indem sie diesen Krieg verloren, wurden sie zu seinen Opfern, aber sie sind weit davon entfernt, die unschuldigen Opfer zu sein, als die sie sich heute präsentieren.

Der zentrale Punkt in dieser Auseinandersetzung ist die arabische Weigerung, sich mit Israel auszusöhnen und dessen Existenzberechtigung anzuerkennen. Nach der Niederlage von 1948 machten die arabischen Staaten genau jene UN-Resolutionen, gegen die sie sich vor ihrer militärischen Niederlage so vehement gewehrt hatten – 181 (Teilung) und 194 (unter anderem Erlaubnis zur Rückkehr von Flüchtlingen) – zum Eckpfeiler ihrer Argumentation gegen Israel. Die Araber bestanden zynischerweise auf einer strikten Erfüllung der UN-Resolutionen, verweigerten aber im Gegenzug die Anerkennung ihres neuen Nachbarn. Politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Israel, so wurde behauptet, seien Angelegenheit der Araber und sollten nicht mit der Implementierung der UN-Resolutionen verknüpft werden, die eine internationale Verpflichtung seien.

Übersetzung aus dem Englischen: Martina Boden, Winsen/Aller.

Diese Haltung wurde bis zum Besuch von Anwar al-Sadat in Jerusalem 1977 vertreten. In jüngster Vergangenheit haben Teile der arabischen Welt ihre Position geändert, obwohl die Anerkennung der Rechtmäßigkeit Israels grundsätzlich ungelöst bleibt.

Der arabisch-jüdische Konflikt war niemals symmetrisch. Seine Asymmetrie ist in den gegensätzlichen Sichtweisen der Parteien begründet. Die Israelis nehmen den arabisch-jüdischen Konflikt als Zusammenprall zweier konkurrierender nationaler Befreiungsbewegungen wahr. In solchen Konflikten sollte ein Kompromiss möglich sein. Die Auffassung der Palästinenser ist damit nicht vereinbar: Sie sehen den Konflikt als das Aufeinandertreffen einer nationalen Befreiungsbewegung (der Palästinenser) und einer unterdrückenden Kolonialmacht (des Zionismus, also Israel), die von imperialistischen Mächten unterstützt wird (erst von Großbritannien und später den Vereinigten Staaten).

Israels Ziel war es, von den umliegenden arabischen Staaten akzeptiert zu werden und in einer Art Koexistenz mit seinen Nachbarn zu leben. Die meisten Israelis haben in den vergangenen Jahren erkannt, dass sie zur Erreichung dieser Ziele Zugeständnisse machen und Kompromisse eingehen müssen. Innenpolitische Debatten konzentrieren sich auf das Ausmaß der Zugeständnisse und die Reichweite der Kompromissbereitschaft. Auf der anderen Seite wollen die Palästinenser weder Koexistenz noch Kompromiss, sondern Gerechtigkeit: In ihren Augen sollte eine abschließende, dauerhafte Konfliktlösung mit Israel alle Ungerechtigkeiten, die ihnen widerfahren sind, wieder gutmachen. Solange die israelischen Zugeständnisse der palästinensischen Vorstellung von Gerechtigkeit entsprachen, dauerte der so genannte „Friedensprozess“ an. Als Israel mit den Zugeständnissen aufhörte und auf bestimmten Positionen bestand, brach der Kampf der Palästinenser um das, was sie als ihr gutes Recht empfinden, wieder auf. Und das ist der Punkt, an dem sich die Parteien Anfang 2004 befinden. Die Rückkehr zur Gewalt signalisiert die fehlende Bereitschaft der Palästinenser, auf irgendetwas zu verzichten, das sie als das Ihre betrachten. Diese Taktik gab natürlich dem Zwei-

fel der Israelis an der grundsätzlichen Aufrichtigkeit der Palästinenser neue Nahrung.

Mit Hilfe einiger revisionistischer israelischer Gelehrter – lautstark im Ausland, aber in Israel unbedeutend – haben die Palästinenser lange Zeit versucht, die kolonialistische Qualität des Zionismus nachzuweisen, um ihre Sache zu stützen. Die Verknüpfung des Zionismus mit dem Kolonialismus ist so alt wie der Konflikt, und die Beschwerden der Palästinenser reichen zurück bis zum ersten Palästina-Kongress in Jerusalem Anfang 1919, wenn nicht noch weiter. Diese Beweisführung beruht auf dürftigen und zweifelhaften historischen Fakten, die meist das Gegenteil belegen.

Zionismus ist nicht Kolonialismus

Einfach dargestellt, bedeutet Zionismus im Kern in der Tat die Einwanderung nach Israel und die Besiedelung des Landes – reiner Kolonialismus in der Art der spanischen Conquistadores und der langen Reihe europäischer Nachfolger. Der Zionismus hatte zeitweilig die Unterstützung einer imperialistischen Macht, Großbritannien, wenn auch aus weit komplexeren Gründen als aus simplen imperialistischen Interessen. An dieser Stelle endet jedoch bereits die Vergleichbarkeit. Gemessen an der Wirklichkeit des Mittleren Ostens, kann das Beispiel des Post-Kolonialismus das Phänomen des Zionismus nicht angemessen erklären.

Anders als europäische Kolonialisten anderswo in der Welt kamen die jüdischen Einwanderer, die seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in das „Land von Israel“ strömten, nicht bewaffnet bis an die Zähne, um das Land mit Gewalt von den Einheimischen zu nehmen. Versucht man es mit einem semiotischen Ansatz, so zeigt sich, dass das hebräische Wort *Kibbush* (Besetzung, Eroberung) bis 1948 eine friedliche Bedeutung hatte, die sich auf die Kultivierung der Wildnis, auf das Arbeiten mit den Händen oder das Weiden bezog, allenfalls war noch der eigenständige Schutz jüdischer Siedlungen gemeint, statt Araber dafür anzuheuern. Andere militärische Begriffe wie *gdud* (Bataillon) oder *plugah* (Kompanie) bezogen sich ebenfalls auf Arbeit und nicht auf militärische Einheiten.

Postkolonialistische Wirtschaftstheorien über Ausbeutung und soziologische Theorien über Wanderungsbewegungen sind, angewandt auf den Zionismus, ebenfalls nicht valide oder zumindest unzureichend. Palästina unterschied sich von den typischen Einwanderungsländern vor allem durch

seine Unterentwicklung und seine Armut. Im Gegensatz zu den europäischen Zeitgenossen, die in Länder auswanderten, welche reich an natürlichen Ressourcen und arm an Arbeitskräften zu deren Ausbeutung waren, kamen die jüdischen Immigranten in ein Land, das nicht einmal seine eingeborene Bevölkerung ernähren konnte. Palästinenser wanderten gegen Ende des Osmanischen Reiches nach Amerika und Australien aus. Die zionistische Ideologie und der Import von privatem und nationalem jüdischem Kapital glichen den Mangel an natürlichen Ressourcen aus und beschleunigten die Modernisierung. Ideologie und Kapitalimport sind zwei Faktoren, die anderen Kolonialbewegungen völlig fehlen. Imperialistische Mächte beuteten ihre Kolonien in der Regel zum Vorteil des eigenen Vaterlandes aus und investierten nicht über das zur Ausbeutung notwendige hinaus. Im Gegensatz dazu floss aus Palästina keinerlei materieller Vorteil an das jüdische Volk oder Großbritannien.

Zu der Tatsache, dass die Zionisten bis 1948 Land in Palästina kauften und nicht eroberten, gibt es ebenfalls keine Parallele in kolonialen Bewegungen. Auf der Liste der Verkäufer steht jeder bekannte Clan der palästinensisch-arabischen Elite, die trotz ihrer radikal antijüdischen politischen Haltung der Versuchung steigender Grundstückspreise im Gefolge jüdischer Einwanderung nicht widerstehen konnte. Die Palästinenser machten für gewöhnlich ausländische Grundbesitzer für die Vertreibung der Pächter verantwortlich und verschleierten die Rolle der einheimischen Oberschicht bei den Grundstückstransaktionen mit den Zionisten. Nach der Staatsgründung wurde staatliches Land beschlagnahmt und privates Land wurde manchmal enteignet. Dennoch, der jüdische Staat entschädigte private Besitzer, und bis heute werden größere Flächen von einzelnen Arabern gekauft, die entweder in Israel oder im Ausland wohnen.

Ebenso konkurrierten die jüdischen Immigranten in der Mandatszeit und den frühen Jahren israelischer Staatlichkeit auf dem städtischen und ländlichen Arbeitsmarkt mit den (arabischen) Einheimischen – ein Wettbewerb, der in Kolonien unvorstellbar wäre. Die Juden bauten keine Kolonialwirtschaft auf wie die Briten in Südafrika oder Rhodesien, und sie wurden nicht von der bestehenden Wirtschaft aufgesogen wie in den Vereinigten Staaten, Kanada oder Argentinien. Sie entwickelten eine separate Wirtschaft, parallel zur bestehenden arabischen, und jede Welle von Immigranten legte die Fundamente für die Absorption der nächsten Einwanderungswelle.

Eine Untersuchung der Kultur schließt den Zionismus ebenfalls vom postkolonialistischen Verhal-

tensmuster aus. Im Gegensatz zum üblichen kolonialistischen Stereotyp ließen die jüdischen Immigranten ihre Zugehörigkeit zu ihren Ursprungsländern und deren Kulturen hinter sich zurück. Stattdessen belebten sie eine alte Sprache neu und schufen auf der Basis des Hebräischen eine neue Kultur, die sich in alle Lebenssphären ausdehnte. Außerdem: Alle kolonialen Auswanderer in der Welt versuchten entweder aus einer düsteren Gegenwart zu fliehen, oder sie suchten eine lukrative Zukunft. Die Juden, die in das Land von Israel auswanderten, reagierten zwar auf die gleichen Auslöser, wurden jedoch getrieben von einer einzigartigen Motivation, die sie von allen anderen kolonialen Bewegungen unterscheidet: der Wiederbelebung eines uralten Erbes.

Diese Belege sollten ausreichen, um eine Identifikation des Zionismus mit dem Kolonialismus zurückzuweisen. Die scheinbar historischen Argumente ziehen sich bis in die Gegenwart. Nachdem nahezu alle nationalen Befreiungsbewegungen ihre Ziele erreicht und den Kolonialismus vor langer Zeit abgeschüttelt haben, treten die Palästinenser – die während der ganzen Zeit sehr viel umfangreichere internationale Unterstützung erfahren haben – noch immer auf der Stelle, wenn sich ihre Situation nicht sogar verschlechtert hat. Allein diese Tatsache hätte sie zu einer neuerlichen Überprüfung ihres traditionellen Paradigmas führen müssen. Die Kultivierung der Verknüpfung von Zionismus und Kolonialismus ist nur ein Vorwand, um einer solchen erneuten Untersuchung auszuweichen und auf einem Weg weiterzugehen, der offensichtlich in eine Sackgasse führt. Folgt man der Ansicht, der israelisch-palästinensische Konflikt sei ein Konflikt zwischen zwei oppositionellen nationalen Bewegungen, dann bieten sich prinzipiell drei mögliche Lösungen an. Unglücklicherweise scheint keine dieser Lösungen zurzeit oder in absehbarer Zukunft realisierbar.

Koexistenz, Vertreibung, Teilung

Eine mögliche Lösung wäre, einen gemeinsamen Staat für beide Völker zu schaffen, die das Land bewohnen. Die meisten Juden lehnen einen solchen Staat ab, der nie das Ziel der Schaffung einer nationalen Heimat war. Vor der Staatsgründung traten nur zwei Minderheitengruppen für eine binationale Lösung ein: die linksgerichtete zionistische Fraktion Hashomer Hatzair (ein Vorläufer der heutigen Meretz Partei), die an die Brüderlichkeit der Völker glaubt, und die Partei der deutschen Einwanderer, die angesichts der unversöhn-

lichen Opposition der Palästinenser gegen den Zionismus die Hoffnung auf einen rein jüdischen Staat aufgegeben hatten. Nach der Staatsgründung verschwand die binationale Idee völlig, abgesehen von einigen Randgruppen am äußersten linken Rand des israelischen politischen Spektrums. Die Palästinenser, die eine binationale Lösung in der Vergangenheit kategorisch abgelehnt hatten, sehen darin heute eine Übergangsphase, die das Land wieder arabisch machen soll. Sie glauben, die verbleibenden Juden würden in einem künftigen binationalen Staat mit der arabischen Mehrheit verschmelzen und den Status einer autonomen religiösen Minderheit genießen.

Eine zweite Option ist die Vertreibung des Gegners oder die freiwillige Aufgabe des Landes durch einen der Konkurrenten. Die Vertreibung des Feindes übersteigt die Möglichkeiten beider Gegner. Selbst wenn dies möglich wäre, hätten internationale Beschränkungen es verhindert. Aufgabe und Rückzug hat es tatsächlich in jüngster Vergangenheit auf beiden Seiten der Barrikaden gegeben, aber der Prozess verläuft sehr langsam, ist umkehrbar und kann beim gegenwärtigen Tempo keine der beiden Seiten ermutigen.

Vertreibung oder „Transfer“ hat zwei unterschiedliche Bedeutungen. Erstmals aufgebracht wurde die Idee durch die British Royal Commission im Jahr 1937 als Ergänzung zur Teilung. Die Kommissare meinten damit einen Austausch der Bevölkerung zwischen dem jüdischen und dem arabischen Staat in Palästina. 1940 entwickelte ein anderer Brite, St. John Philby, die Idee, die arabische Bevölkerung Palästinas auf die arabische Halbinsel umzusiedeln. Im Mai 1944 nahm die Jahresversammlung der britischen Labour Party einen entsprechenden Antrag an. Diese Version der „Transfer“-Idee sollte eine Alternative zur Teilung darstellen und weniger eine Ergänzung. Die Meinungen der zionistischen Führer hierzu gingen auseinander, und die Bewegung übernahm keinen der beiden Pläne.

Eine dritte Möglichkeit ist die Teilung. Die Mehrheit der Juden stimmte in der Vergangenheit einer Teilung zu und befürwortet diese auch heute noch, obwohl die Meinungen hinsichtlich der Demarkationslinie auseinander gehen. Die Palästinenser haben eine Teilung in der Vergangenheit abgelehnt (1937 und 1947), verweigerten die Annahme einer Autonomie, die ihnen angeboten wurde, bevor der Alon-Plan Ende 1967 dem jordanischen König Hussein vorgestellt wurde, und bekamen kalte Füße, als Ehud Barak im Jahr 2000 erneut eine Teilung vorschlug. Im Moment wehren sie sich vehement gegen den Zaun, den sie „Die Mauer“ nennen. Der Bau dieses Zaunes führt zu

einer neuen Teilung, und die Ursache der heftigen palästinensischen Gegenwehr ist in deren Ablehnung des Prinzips begründet.

Im Gegensatz zur allgemein anerkannten Annahme in der aktuellen israelischen und westlichen Debatte streben die Palästinenser nicht nach einem Staat. Wenn sie ihn wollten, hätten sie ihn vor langer Zeit bekommen. Auf kurze Sicht zögern sie, die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal in einem scheinbar nicht lebensfähigen Staat auf der anderen Seite des Zaunes oder jenseits irgendeiner anderen Demarkationslinie, der Israel zustimmen könnte, zu übernehmen. Dazu gehört auch die alte Waffenstillstandslinie von 1949 („Die Grüne Linie“) zwischen Jordanien und Israel, die sie die Grenze von 1967 nennen. Langfristig glauben die Palästinenser, dass sie, zur gegebenen Zeit, das ganze Land gewinnen werden.

Bis heute ist der Teilungsplan von 1947 die einzige Trennlinie zwischen Israelis und Palästinensern, die internationale Zustimmung erhalten hat. Die Waffenstillstandslinien der Jahre 1949–1967 trennte nicht Israel und die Palästinenser, sondern Israel und die arabischen Staaten, die Teile Palästinas besetzt hatten – Transjordanien und Ägypten. Die Palästinenser waren an der Ziehung dieser Linie nicht beteiligt. Sie haben sie niemals anerkannt, und die Linie war aus ihrer Sicht irrelevant. Die Teilungsgrenze ist wahrscheinlich das wahre Ziel der Palästinenser, was sie aus taktischen Gründen zur Zeit nicht zugeben mögen.

Einer der Gründe, weshalb die Palästinenser ihr Streben nach den Grenzen von 1947 verschleiern, ist der Status von Jerusalem. Die Heilige Stadt nahm im Teilungsplan von 1947 eine Sonderstellung ein, und die Vereinten Nationen entschieden sich für ihre Internationalisierung. Diese Lösung konnte nicht realisiert werden – hauptsächlich aufgrund der Unfähigkeit der Vereinten Nationen und ihres Unvermögens, ihre Autorität durchzusetzen. Israel und Jordanien teilten sich die Stadt bis 1967. Da sich die Palästinenser mit ihrem Anspruch auf Jerusalem nicht auf den Teilungsplan von 1947 verlassen können, stellen sie ihren Fall provisorisch auf die „Grenzen von 1967“ ab. In den Augen der Palästinenser verkörpert Jerusalem den gesamten Konflikt, denn abgesehen von seiner religiösen und historischen Bedeutung berührt das Schicksal der heiligen Stadt auch territoriale und Flüchtlingsfragen. Obwohl Jerusalem seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine jüdische Bevölkerungsmehrheit aufwies, war die Stadt zugleich der Sitz der arabischen Elite in Palästina und das traditionelle Zentrum arabischen politischen Lebens im Land.

In den Augen der Juden ist Jerusalem hauptsächlich die historische Hauptstadt des jüdischen Volkes, die heilige Stadt, über Generationen Mittelpunkt überlieferter Sehnsüchte nach einer Rückkehr nach Zion. Das Schicksal der Stadt im Jahr 1948 symbolisiert das Versagen der Vereinten Nationen, den Teilungsplan gegen die arabische Opposition durchzusetzen. Israel zog es daher vor, als kleineres Übel die Stadt mit Jordanien zu teilen. Beide Staaten arbeiteten zusammen, als es nach dem Krieg darum ging, die Versuche der UN zur Wiederbelebung der Internationalisierung zu vereiteln. Mit dem jordanischen Abzug vom Westufer im Jahr 1967 annektierte Israel Jerusalem. Seither bemüht es sich hartnäckig, den Palästinensern jeglichen politischen Einfluss dort zu verweigern. Israel behauptet, die Palästinenser hätten in Jerusalem weder einen historischen noch einen politischen Status. Trotz des guten Willens Einzelner auf beiden Seiten scheint dies eine unüberbrückbare Kluft zu sein.

Jegliche Form der Teilung erfordert einen Partner, aber es ist kein ernst zu nehmender Partner in Sicht. Daher spielen die Israelis mit der Idee, einseitige Schritte zu unternehmen. Solche einseitigen Schritte werden nichts ändern. Während kleinere Modifikationen Israel sicherlich zeitweilige taktische Vorteile bieten, muss sich ein größerer Rückzug aus Gaza, wie Sharon ihn heute beabsichtigt, wahrscheinlich als strategisches Desaster erweisen. Er wird niemanden auf der palästinensischen Seite zufrieden stellen und den Terrorismus nicht verringern. Außerdem wird dies keine Auswirkungen auf die antiisraelische Propaganda-Kampagne haben, die sich über den Globus zieht, oder auf die Dämonisierung und Delegitimierung Israels in Europa.

Zugleich würde ein Rückzug unter den gegenwärtigen Umständen den Zusammenhalt und die Solidarität der israelischen Gesellschaft weiter auflösen, ohne dass damit im Gegenzug irgendein Vorteil gewonnen wäre. Ebenso wäre die angeordnete Rückkehr ägyptischer Truppen nach Sinai und eventuell in den Gaza-Streifen ein noch größerer Fehler. Dem Anschein nach mögen die Ägypter damit einverstanden sein, im Chaos, das im Gaza-Streifen nach dem Abzug der israelischen Armee (IDF) wahrscheinlich herrschen wird, die Ordnung wiederherzustellen. Auf lange Sicht riskiert Israel jedoch, eine seiner größten strategischen Errungenschaften zu verlieren: den Friedensvertrag mit Ägypten und den Abzug der ägyptischen Armee von seinen Grenzen. Falls ein Regimewechsel in Ägypten eine fundamentalistisch-islamische Regierung an die Macht brächte, oder im Falle von Anarchie im Gaza-Streifen, könnte Israel sich in einem völlig unnötigen Krieg gegen Ägypten wiederfinden.

Flüchtlinge – eine Frage unterschiedlicher Traditionen

Der Gaza-Streifen symbolisiert das palästinensische Flüchtlingsproblem und den Fehlschlag einer ernsthaften Problembewältigung durch den Osloer Vertrag. Die Flüchtlinge innerhalb des Landes und im Ausland haben mit dem Oslo-Prozess nichts gewonnen, und ihre Situation hat sich nicht verbessert. Wahrscheinlich hat sie sich noch verschlechtert. Dieser Vertrag war der Versuch, die 1967 durch den Sechs-Tage-Krieg geschaffenen Probleme und die israelische Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens anzugehen, und das Vermächtnis des Krieges von 1948 zu umgehen. Die Unterhändler ignorierten wesentlich die älteren und grundlegenden Probleme: Flüchtlinge, Grenzen und den Status von Jerusalem, die den Kern des Konflikts bildeten und bilden. Diese vorsätzliche Vermeidung war der Hauptgrund für den spektakulären Zusammenbruch der Einigung in Camp David 2000.

Israel sollte Vorsicht walten lassen, um seinen fundamentalen Fehler von Oslo nicht zu wiederholen. Als Gegenleistung für Zugeständnisse bei den Gewinnen von 1967 sollte es zumindest darauf bestehen, dass die Palästinenser die 1949 im Land geschaffene Realität anerkennen. Wenn dies nicht geschieht, sieht sich ein stärker verwundbares Israel künftig neuen palästinensischen Forderungen hinsichtlich der Grenzen von 1947, der Forderung nach einem Rückkehrrecht von Flüchtlingen und so weiter gegenüber. Von all diesen Problemen ist das Flüchtlingsproblem das wichtigste. Im 20. Jahrhundert hat die Welt mehrere solcher großen Flüchtlingsprobleme gesehen – in Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei, auf dem Balkan, in Indien und Pakistan, in Vietnam und verschiedenen afrikanischen Ländern. Die meisten wurden vor langer Zeit gelöst. Nur das ewige Problem der Palästina-Flüchtlinge gibt es immer noch.

Mehr als in jedem anderen Faktor des israelisch-arabischen Konflikts manifestiert sich im Flüchtlingsproblem die Konfrontation zwischen gegnerischen Zivilisationen, es reicht über das gewöhnliche nationale oder religiöse Niveau anderer historischer Auseinandersetzungen hinaus. Der Anspruch der Palästinenser auf ein „Rückkehrrecht“ symbolisiert die enorme geistige Kluft zwischen den Gegnern und die Unvereinbarkeit ihrer jeweiligen Wahrnehmung von Recht, Gerechtigkeit, Frieden, Krieg, Kompromiss und praktischen Vereinbarungen. Die Bedeutung dieser Kluft ist

ohne ein Verständnis für die geschichtlichen Wurzeln des Problems nicht möglich.

Wie andere Gesellschaften des Mittleren Ostens hatten die Palästinenser bis 1948 keine geschichtliche Erfahrung eines nationalen Krieges oder eine Vorstellung von seinem Wesen. Über Jahrhunderte fanden Kriege in dieser Region entweder zwischen ausländischen Mächten oder zwischen lokalen Herrschern statt, die um die Macht kämpften. Die Kriege von Napoleon und Muhammad Ali gegen den Sultan oder der britische Feldzug gegen die Türkei im Ersten Weltkrieg waren irrelevant für eine Bevölkerung, die sich nicht auf die Seite eines der Protagonisten schlug. Über die Jahrhunderte entwickelten die Völker dieser Region ihren eigenen Weg, in den Kriegen anderer zu überleben. Sie wichen für gewöhnlich den Härten der Kampfhandlungen aus, indem sie zeitweilige Zufluchtsorte in der Nähe fanden, bis die Gefahr vorüber war und sie sicher in ihre Häuser zurückkehren konnten.

Zu Beginn des Krieges von 1948 waren sich die Palästinenser der veränderten historischen Umstände nicht bewusst und reagierten in ähnlicher Weise. Ihre empfindliche Gesellschaftsstruktur brach zusammen – ursprünglich mehr auf Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten als auf Grund tatsächlichen militärischen Drucks. Von Beginn der Kämpfe an schickten diejenigen, die es sich leisten konnten, ihre Familien ins Ausland, meist in benachbarte Länder, und folgten ihnen später, als die Situation sich verschlechterte. Andere zogen von den Frontlinien weg ins Hinterland, insbesondere, wenn sie dort Verwandte hatten, die sie aufnehmen konnten. Um den Härten des Krieges auszuweichen, kehrten Tausende ägyptischer, libanesischer und syrischer Einwanderer, zeitweilige Einwohner und Arbeiter in ihre Heimatländer zurück. Die erste Generation derer, die von den ländlichen Dörfern in die städtischen Siedlungen gezogen waren, kehrte auf das Land zurück. Als sie wegliefen, vertrauten die Flüchtlinge darauf, am Ende der Feindseligkeiten zurückkehren zu können: im Falle eines Waffenstillstands und sicherlich im Falle eines Friedens. Aus den Erfahrungen ihrer Vorfahren wussten sie, dass dies bei Kriegen im Mittleren Osten über Jahrhunderte der Fall gewesen war. Sie sollten jedoch eine Überraschung erleben.

Ihre jüdischen Gegner gehörten einer fremden europäischen Zivilisation an, deren geschichtliche Erfahrungen und Konzepte der Kriegführung damit unvereinbar waren. Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es unvorstellbar, dass Sudetendeutsche oder Deutsche aus Pommern oder Schlesien, die von den Tschechen,

Polen und Russen vertrieben worden waren, jemals in ihre frühere Heimat würden zurückkehren können. Die Polen, die aus Ostgalizien nach Schlesien umgesiedelt wurden, dachten nicht, dass sie jemals nach Lwow (Lemberg) zurückkehren können würden. Die Menschen erinnerten sich noch an den Krieg zwischen der Türkei und Griechenland Anfang der zwanziger Jahre und den darauf folgenden Bevölkerungsaustausch zwischen diesen beiden Ländern. Europa war voll von Weißrussen, die ihre Heimat nach der bolschewistischen Revolution und dem folgenden Bürgerkrieg verlassen hatten, und von Armeniern, die im Ersten Weltkrieg vor den Massakern der Türken geflohen waren. Die Israelis dachten nicht, dass es den Palästinensern – die sie für den Krieg, die Invasion und die folgenden Leiden verantwortlich machten – besser ergehen sollte.

In Europa sind Kriegsflüchtlinge selten in ihre Häuser zurückgekehrt, wenn der siegreiche Feind sie besetzt hatte. Gewöhnlich ließen sie sich anderswo nieder, um dort ein neues Leben zu beginnen. Die Israelis wollten dieses Prinzip auf den Mittleren Osten übertragen. Mit Gewalt stoppten sie die während des Waffenstillstands und nach dem Krieg zurückkehrenden Infiltratoren. Mehr noch, sie beschlagnahmten deren Land und siedelten in den aufgegebenen arabischen Städten Evakuierte aus jüdischen Siedlungen an, die von den einfallenden arabischen Truppen besetzt worden waren. Auch neue Einwanderer und demobilisierte Soldaten wurden dort angesiedelt. Auf diese Weise wurde aus der vermeintlich zeitweiligen Flucht ein dauerhaftes, nahezu ewiges Flüchtlingsproblem.

Israel machte die Arabische Liga für das Schicksal der Flüchtlinge verantwortlich und erwartete von den arabischen Regierungen, dass diese sich um eine Wiederansiedelung der Palästinenser in deren Ländern kümmern würden, so wie Deutschland Volksdeutsche nach dem Zweiten Weltkrieg aufnahm und Israel selbst Flüchtlings-Einwanderer aus den arabischen Ländern. Die Bemühungen der Israelis, die Palästinenser, die arabischen Staaten und die ganze Welt davon zu überzeugen, dass dieses Problem durch eine Wiederansiedelung gelöst werden müsse, waren ernst gemeint, aber fehl am Platze. Die arabische Umgebung – die Flüchtlinge selbst, die nicht geflohenen Palästinenser und die arabischen Staaten – weigerte sich, die fremden Regeln zu akzeptieren, die Israel in der Region anwenden beziehungsweise der Region aufzwingen wollte. In den fünfzig Jahren seit dem Ende des Krieges haben die arabischen Staaten – mit Ausnahme Jordaniens – keine Flüchtlinge aufgenommen. Auch wenn Einzelne sich innerhalb und außerhalb der Region niedergelassen und ein

neues Leben begonnen haben, die Mehrheit hat sich kaum mit ihren Gastgebern vermischt – nicht im Westjordanland und im Gaza-Streifen und auch nicht in den arabischen Ländern. Sie blieben abseits der einheimischen Bevölkerung, leben sozial wie geographisch in getrennten Lagern und warten auf ihre Rückkehr.

Nach dem Kriege neutralisierte die israelische Diplomatie erfolgreich das explosive Potenzial des Flüchtlingsproblems und verwandelte es in ein Problem internationaler Hilfe, welche die Vereinten Nationen auf sich nahmen. Die Großmächte stimmten dieser Veränderung zu, aber die arabische Welt weigerte sich, dem zu folgen. Die Araber wiesen den israelischen Ansatz und Israels Lösungsvorschläge postwendend zurück. Die darin enthaltene Botschaft war eindeutig: Erstens, die palästinensischen Flüchtlinge sind Folge israelischen Handelns und Israel daher für sie verantwortlich. Israel sollte nicht von der arabischen Welt erwarten, dass diese das Problem lösen oder sich an der Verantwortung für das Schicksal der Flüchtlinge beteiligen würde. Zweitens, die Araber waren zwar nicht in der Lage, den israelischen Staat zu vernichten, aber Israel kann nicht erwarten, dass sie sich fremden Verhaltensregeln anpassen. Anders als in Europa sieht das Muster im Nahen Osten vor, dass Kriegsflüchtlinge nicht anderswo neu siedeln, sondern in ihre Heimat zurückkehren, wenn die Feindseligkeiten beendet sind. Und die Feindseligkeiten sind nicht beendet, solange sie nicht zurückgekehrt sind. Israel muss diese Botschaft einkalkulieren, und es ist schwer vorhersehbar, wie das Problem gelöst werden könnte.

Anders als bei den Flüchtlingen anderer Auseinandersetzungen liegt das Schicksal der Palästinenser nicht in der Verantwortung des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen, sondern in der Verantwortung eines speziellen Gremiums, das ausschließlich für sie geschaffen wurde – beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Im Falle aller anderen Flüchtlinge erkennen die Vereinten Nationen nur die erste Generation als rehabilitierungsberechtigt an. Die UNRWA kümmert sich um die dritte und vierte Generation der Palästinaflüchtlinge von 1948 und wird dies auf Grund ihres Mandat bis in alle Ewigkeit fortsetzen. Dies ist ein indirekter Ausdruck der Schuldgefühle der Vereinten Nationen wegen der Teilungs-Resolution, welche die Palästinenser zu „Opfern“ machte.

Solange dieses Symbol der Schuld existiert, wird es für die Araber keinen Anlass geben, eine Lösung des Problems voranzutreiben. Eine Vorbedingung für die Lösung des Konflikts muss daher die Auf-

lösung der UNRWA sein, und ihr Budget wie auch ihre Verantwortung für das Schicksal und Wohlergehen der Flüchtlinge müssen auf die Regierungen der Gastgeberländer und der Palästinenser übertragen werden.

Seit Oslo und dem spektakulären Handschlag zwischen Rabin und Arafat in Washington hat sich bei den meisten Israelis und Palästinensern speziell in dem Jahrzehnt der Illusionen über eine neue Ära im Nahen Osten Ernüchterung breit gemacht. Die Geschichte hat ihren Lauf im Sommer 1993 nicht geändert. Die Kräfte, die den arabisch-jüdischen Konflikt in Gang halten, scheinen dauerhafter als die diplomatischen Manöver und die Festivals und virtuellen Realitäten der Medien. Sie sind sogar stärker als innenpolitische und wirtschaftliche Interessen wichtiger Sektoren auf beiden Seiten.

Die Vorstellung, die Palästinenser könnten, nachdem sie die Juden 85 Jahre lang bekämpft haben, mit einem kleinen, entmilitarisierten Staat im Westjordanland und dem Gaza-Streifen zufrieden sein und statt der Rückkehr der Zerstreuung der Flüchtlinge über die ganze Welt zustimmen, war bestenfalls naiv. Daher werfen Vereinbarungen und Pläne wie der Osloer Vertrag oder die „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003, die immanente Verwerfungen und Widersprüche mit undurchsichtigen Worten überdecken, die Frage auf, wer in diesem Schauspiel der Schurke und wer der Narr ist.

Überleben nur durch gesellschaftlichen Zusammenhalt

Es ist wahrscheinlich Israels Schicksal, auf unbestimmte Zeit mit diesem andauernden Kampf zu leben. Unglücklicherweise hat es wenig Einfluss auf die zentralen Faktoren, welche die künftige Entwicklung des arabisch-jüdischen Konflikts bestimmen. Israel hat keinen Einfluss auf die demographische Entwicklung der Palästinenser. Es kann die Palästinenser politisch nicht befriedigen, ohne nationalen Selbstmord zu begehen. Es kann der nuklearen Entwicklung in Iran nicht alleine begegnen. Es hat keine Möglichkeit, auf das Wachstum des islamischen Fundamentalismus einzuwirken und den sozialen und demographischen Prozess zu steuern, der Europa für die palästinensische Sache gefügiger gemacht hat. Und es wählt oder nominiert nicht die Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Der einzige Faktor, der ausschließlich in der Hand der Israelis liegt, ist die Macht der israelischen Gesellschaft. Seit 1967 und speziell in dem Jahr-

zehnt der Illusionen (in den neunziger Jahren) unterwanderten die sozialen Prozesse der Individualisierung, des Egozentrismus und Karrierismus die israelische Gesellschaft und brachten sie in jüngster Vergangenheit an den Rand der sozialen und politischen Anarchie. Auf lange Sicht hängt Israels Überleben vom sozialen Zusammenhalt und von seiner anhaltenden sozialen Mobilisierungsfähigkeit ab. Was Israel braucht, ist eine gründliche Reform des politischen Systems, das zu einem der schlechtesten und ineffizientesten in der demokratischen Welt geworden ist. Darüber hinaus muss eine grundlegende Reform der sozio-ökonomischen Politik Israels eine neue Rangfolge der Prioritäten etablieren und ein klügeres und feinfühleres Gleichgewicht zwischen sozialen Realitäten und den Anforderungen der Wirtschaft herbeiführen. Solche Reformen sind wesentlich für das Durchhaltevermögen Israels, nicht weniger als der Bau von Zäunen.

Die jüngste Veränderung der israelischen Gesellschaft verschleiert eine große Illusion. Der Erfolg des Zionismus bei der Lösung der jüdischen Frage war spektakulär, aber unvollständig. Das Entstehen des Staates Israel verlagerte das Problem des Überlebens der Juden von Europa in den Nahen Osten und brachte es von der Ebene der Individuen und Gemeinden auf die nationale und internationale Bühne, wo es zum Gegenstand unablässiger nationaler Konflikte wurde. Die Israel umgebenden arabischen Nationen weigern sich, mit einer souveränen jüdischen Nation im Nahen Osten versöhnt zu werden, gerade so wie das moderne Europa sich gegen die individuellen und kommunalen Formen jüdischer Existenz und die Aufrechterhaltung ihrer historischen Kultur wandte.

Inzwischen, so scheint es, haben Juden als Individuen eine erfolgreiche Alternative auf die Frage ihres Überlebens gefunden – die pluralistische Gesellschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. Was wäre einfacher, als den amerikanischen Prototyp im Mittleren Osten nachzuahmen? Mit anderen Worten, was läge näher, als zur Beseitigung des Problems des kollektiven Überlebens der Juden die Idee eines jüdischen Nationalstaates aufzugeben und ihn durch einen pluralistischen zu ersetzen? Das ist genau jene Illusion, die bestimmte Kreise in Israel in der Hoffnung auf Normalisierung hegen, mit dem Anspruch, sie seien „erleuchtet“ oder „vernünftig“. Israel bleibt jedoch im Nahen Osten und liegt nicht im Mittleren Westen der USA. Sein Hauptproblem ist noch immer das Überleben. Die ungehemmte Sehnsucht nach Normalität sowie die blinde Nachahmung des westlichen Individualismus sind unreif – Israel kann sich das nicht leisten.

Das Unvorhersehbare vorhersagen: Der künftige Weg des israelisch-palästinensischen Systems

Eine Momentaufnahme aus der Zukunft

Der gewählte palästinensische Präsident erhob sich – überwältigt und aufgeregt. Hinter ihm ein großes Bild von Yassir Arafat, dem ewigen Führer des palästinensischen Volkes. In der ersten Reihe vor ihm, durch die starke Präsenz des ägyptischen Präsidenten voneinander getrennt, saßen seine vier Partner, die ihn auf dem letzten Teil dieser Reise begleitet hatten: der Präsident der USA, der frisch gewählte israelische Ministerpräsident und die beiden palästinensischen Oppositionsführer. Langsam und mit tönender Stimme las er den arabischen Text. Er begann mit den Worten, von denen er seit Jahren geträumt hatte, sie vorzulesen: „Im Namen Allahs, der islamischen Welt, der großen arabischen Nation und des mutigen palästinensischen Volkes erkläre ich hiermit die Gründung des unabhängigen arabischen Staates von Palästina.“ Die Zuhörer standen auf und applaudierten erregt. Man konnte spüren, wie sich hier Geschichte ereignete. Für viele war dies das Ende eines langen Kampfes. Für andere, darunter der neue palästinensische Präsident, war es nur der Anfang.

Ergibt diese Vision Sinn? Scheinen irgendwelche Details in diesem Szenario zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch? Könnte eine solche Vision in dieser Generation Wirklichkeit werden? Ist der israelisch-palästinensische Konflikt lösbar, oder ist es ein Konflikt, der nur geregelt, aber in absehbarer Zukunft nicht gelöst werden kann?

Dieser Aufsatz möchte einige Analyse-Instrumente zur Beantwortung dieser Fragen anbieten. Es geht darum, die wichtigsten Einflussfaktoren im israelisch-palästinensischen System zu identifizieren, drei mögliche Richtungen vorzustellen, in die sich das System entwickeln könnte, und die jeweiligen Folgen dieser Entwicklungen aufzuzeigen. Schließlich sollen auch bestimmte strukturelle Punkte genannt werden, die das Erreichen einer friedlichen Position im israelisch-palästinensischen System wahrscheinlicher machen.

Übersetzung aus dem Englischen: Martina Boden, Winsen/Aller.

Die Bedeutung der Begriffe

Zwei Begriffsklärungen sind vorab angebracht: *Erstens* ist es wichtig, zwischen „Konflikt-Lösung“ (in der Regel assoziiert mit „Frieden“) und „Konflikt-Management“ zu unterscheiden. Nach sieben Jahren intensiver Suche nach einer „Lösung“ des Konflikts (1993–2000), wechselte der israelisch-palästinensische Friedensprozess im September 2000 in eine spannungsgeladene Phase des „Konflikt-Managements“. Um einen Konflikt zu beenden oder zu lösen, muss eine Position gefunden werden, welche die unterschweligen Ursachen des Konflikts berücksichtigt. Im israelisch-palästinensischen Konflikt finden sich dort Begriffe wie Gerechtigkeit und Fairness. Konflikt-Management bedeutet hingegen die Kontrolle, nicht aber Lösung eines lang andauernden oder tief verwurzelten Konflikts. Das Ziel ist für gewöhnlich eine Verringerung des Ausmaßes der von den Konfliktparteien angewandten Gewalt. Dieser Ansatz wird gewählt, wenn eine vollständige Lösung unmöglich erscheint, aber eindeutiger Handlungsbedarf besteht.¹ Die Gründe für diesen Wechsel von der Konflikt-Lösung zum Konflikt-Management liegen auch ohne weitere Analyse auf der Hand: eine Kombination aus Misstrauen, der Implementierung risikoreicher Vereinbarungen, schlechten Vermittlungsbemühungen und dem Fehlen einer politischen Führung, welche die Menschen zu einem Ende des Konflikts zu führen vermag.

Zweitens benutzt dieser Ansatz den Begriff „System“, um die Szenerie des israelisch-palästinensischen Konflikts zu beschreiben, weil dieser Konflikt aus einer breiteren, systemischen Perspektive betrachtet werden muss, als das gewöhnlich der Fall ist. Dieses „System“ ist kein „Problem“ und auch keine „Herausforderung“, auf die es eine eindeutige „Antwort“ oder eine einzige „Lösung“ geben kann, die erreicht werden könnte, indem man eine bestimmte gemeinsame Formel findet. Es ist vielmehr eine ethnisch-demographische Wirklichkeit, die – basierend auf dem Grundkonzept zweier souveräner Nationalstaaten – bis zu einer

1 Vgl. hierzu (http://www.beyondintractability.org/m/meaning_resolution.jsp).

gewissen Stufe entwickelt werden muss, um die Differenzen gewaltlos zu regeln. Diese Stufe könnte als die allgemein anerkannte Definition von „Frieden“ verstanden werden. Bei einer „systemischen Sichtweise des endgültigen Status“ oder der „systemischen Sicht des gegenwärtigen Konflikt-Managements“ geht es in erster Linie darum, die verschiedenen Verknüpfungen zwischen den Elementen der aktuellen Realität (ethnische, demographische, Religion, Sicherheit, Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt usw.) zu identifizieren, zu analysieren und aufmerksam zu verfolgen.

Ich gehe diesen systemischen Weg noch einen Schritt weiter und möchte hinzufügen, dass die Komplexität des israelisch-palästinensischen Systems aus einer Dreierkonstellation von Elementen hervorgeht, die es von allen anderen Konflikten unterscheiden. Zuerst und vor allem ist der national-ethnische Faktor zu nennen. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein seit über 100 Jahren andauernder Konflikt zwischen zwei nationalen Bewegungen, die beide versuchen, ihre nationale Identität in einem souveränen Staat zu manifestieren und zu bewahren. Als zweites sind die religiösen Faktoren zu nennen. Unter dem ethnisch-nationalen Streit schwelt ein religiöser, der insbesondere nach dem 11. September 2001 und den Feldzügen in Afghanistan und Irak international stärker wahrgenommen wird. Das dritte Element ist die enorme wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen zwei Völkern. Israel ist ein entwickeltes Land mit einem Bruttoinlandsprodukt auf westlichem Niveau, während die Palästinenser unter Dritte-Welt-Bedingungen, einer hohen Armutsrate und Arbeitslosigkeit von über 60 Prozent leben. Diesen drei Faktoren der Dreierkonstellation sollten wir noch die soziale und politische Struktur beider Gesellschaften hinzufügen (die Faktoren politischer, wirtschaftlicher und sozialer Macht, die palästinensische und jüdische Diaspora eingeschlossen) und die externen Bezüge, die auf das System einwirken, wie etwa fundamentalistische Einflüsse.

Diese beiden Denkansätze, die Unterscheidung zwischen Konflikt-Management und Konflikt-Lösung einerseits und die systemische Herangehensweise andererseits, sind die Eckpfeiler dieses Aufsatzes. Die Betrachtung der Wirklichkeit aus diesem Blickwinkel zeigt, dass, egal ob der von Ministerpräsident Ariel Sharon initiierte einseitige Truppenrückzugsplan in vollem Umfang implementiert wird oder nicht, allein seine Einführung bereits die Dynamik des israelisch-palästinensischen Systems verändert hat. Mehr noch, die von Israel einseitig unternommenen Schritte sollten weder als Versuch der Konflikt-Lösung noch als Schachzug für ein besseres Konflikt-Management

verstanden werden. Die einseitigen Schritte zielen darauf ab, das Szenario, die Lage des israelisch-palästinensischen Systems zu verändern.

Einflussfaktoren im israelisch-palästinensischen System

Eine Analyse des israelisch-palästinensischen Systems erfordert die eindeutige Identifikation der zentralen Faktoren, die sich auf dieses System und die Gestaltung künftiger Entwicklungen im Konflikt auswirken. Der erste Faktor liegt darin, dass dieses System stärker auf politische und militärische Entwicklungen in der Region reagiert als auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Dies ist ein wichtiges Merkmal des Systems. Anders als bei Prozessen wie etwa in Nordirland und Südafrika, wo die politische Führung, die den Wandel im Konfliktverlauf herbeiführte, von der allgemeinen Öffentlichkeit und der zivilen Gesellschaft mobilisiert und unterstützt wurde („bottom-up“, also von der Basis ausgehend), ist das israelisch-palästinensische System in erster Linie ein „top-down“-System, also von der Führung nach unten wirkend. Im Unterschied zu einer öffentlichen Bewegung sind in einem solchen „top-down“-Konflikt Entscheidungen der politischen Führung die treibende Kraft hinter den Entscheidungen, die mit Rücksicht auf das jeweilige politische Programm getroffen werden. Dieses Schlüsselmerkmal ist der wichtigste, aber nicht der einzige Grund für den Fehlschlag öffentlicher „Friedens-Initiativen“ wie der von Moshe Aylon und Sari Nusseibeh und des „Genfer Abkommens“.²

Die Ereignisse, die sich aus Ministerpräsident Shavons Erklärung eines einseitigen Truppenrückzugs aus dem Gaza-Streifen, der gezielten Tötung des Hamas-Führers, Scheich Ahmed Yassin, sowie seines Nachfolgers Abdel Asis Rantisi und der Erwartung einer noch gewalttätigeren Welle des Terrors ergeben, machen jegliches Gespräch über alternative Friedensinitiativen der letzten drei Jahre, die auf eine Konflikt-Lösung zielen, praktisch überflüssig. An dem Punkt, an dem wir heute stehen, folgt das israelisch-palästinensische System also nicht einer öffentlichen Bewegung, sondern organisiert sich in Reaktion auf die politische Entscheidung der israelischen Regierung, einseitig die Trup-

2 Für eine umfassende Bewertung der aktuellen Genfer Initiative und ihren Vergleich mit alternativen Friedensinitiativen vgl. Moty Cristal, *The Geneva Accord – A step forward in the wrong direction?*, in: *Strategic Assessment*, 6 (2004) 4, The Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University (<http://www.tau.ac.il/jcss/sa/v6n4p3Cri.html>).

pen aus dem Gaza-Streifen zurückziehen und damit eine Phase des politischen Patts zu beenden.

Der zweite Faktor, der das System bewegt, ist die von den USA angeführte Kampagne der „Greater Middle East Initiative“, die darauf zielt, demokratische Institutionen in der arabischen Welt zu stärken. Diese Initiative und die ergänzenden politischen Maßnahmen wie der Arab Human Development Report der Vereinten Nationen (AHDR)³ richten die internationale Aufmerksamkeit auf gute Regierungsführung (*good governance*) und Rechtsstaatlichkeit in diesem Teil der Welt, mit direktem Einfluss auf die beginnende palästinensische Staatlichkeit. Diese Initiative ist der umfassendste Versuch, eine der wichtigsten Ursachen für die bisherigen Fehlschläge bei der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts anzugehen: den Unterschied in der politischen Kultur auf der israelischen und der palästinensischen Seite.

Das Ausmaß, in dem diese globalen Bemühungen vorangetrieben werden können, wird das israelisch-palästinensische System direkt beeinflussen, denn diese Idee ist Teil der „Road Map“ („Fahrplan“ für eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung vom April 2003), die eine bessere Regierungsführung, Transparenz und mehr Rechtsstaatlichkeit von der palästinensischen Verwaltung verlangt. Der Rücktritt von Mahmud Abbas (Abu Mazen) vom Amt des palästinensischen Ministerpräsidenten bezeichnete einen Rückschritt im Reformprozess der palästinensischen Regierungsführung, der in der „Road Map“ vereinbart wurde.

Der dritte globale Trend, der das System beeinflusst, sind der Terrorismus und der Kampf gegen diesen. Terrorismus als globales Phänomen ist in weltweiten Netzwerken organisiert, die Informationen, Know-how, Operationsanweisungen, finanzielle Mittel und politisch-religiöse Hetze austauschen. Der Kampf gegen den Terrorismus folgt dieser Struktur, indem er Anti-Terror-Netzwerke aufbaut und den Terror-Austausch aufspürt. Der palästinensische Terrorismus – von dem viele in der Welt die Vorstellung hegen, er werde für ein legitimes politisches Ziel eingesetzt („freies Palästina“) – „genießt“ noch immer ein gewisses Maß an „Legitimität“, und das unterscheidet ihn vom „Bin-Ladenismus“. Diese Unterscheidung wird jedoch nicht fortbestehen, und die Fortsetzung und mögliche Eskalation der terroristischen Aktivitäten der Palästinenser werden sich auf das israelisch-palästinensische System auswirken. Einige der Maßnahmen, welche die internationale

Gemeinschaft unter Führung der USA ergriffen hat, beinhalten Aktionen, welche die Entstehung von „Treibhäusern“ des internationalen Terrorismus verhindern sollen. Die gegenwärtige Anarchie in den palästinensischen Gebieten könnte als ein solches Treibhaus dienen. Daher wird die internationale Gemeinschaft, geführt von den USA, gezwungen sein, im Zusammenhang mit solchen präventiven Maßnahmen eine aktive Rolle im israelisch-palästinensischen Prozess zu spielen.

Der vierte Faktor hat den stärksten Einfluss auf das israelisch-palästinensische System und betrifft die sich in der Region entfaltende Wirklichkeit und die Art und Weise, wie sie von beiden Gesellschaften wahrgenommen wird. Seit dem Ende des Prozesses zur Konflikt-Lösung, also mit dem Zusammenbruch der Camp-David-Verhandlungen im Juli 2000 und dem Ausbruch der Intifada am 29. September 2000, kursieren zwei einander widersprechende Darstellungen. Die Israelis entwickelten die Geschichte von der „palästinensischen Ablehnung“. Danach hat Israel den Palästinensern in Camp David ein großzügiges Angebot gemacht, insbesondere was Gebiete und Jerusalem betrifft, aber Yassir Arafat und die palästinensische Seite lehnten dieses Offerte ab und waren nicht bereit, einen Kompromiss zu schließen. Mehr noch, die Palästinenser antworteten mit Gewalt.

Politiker des rechten Lagers in Israel benutzen diese Darstellung nun, um ihre schon immer vorgebrachten Einwände gegen den Oslo-Prozess zu untermauern. Für viele in der israelischen Öffentlichkeit wurde Arafat – die Personifizierung des palästinensischen Volkes – zum Dämon, mit dem Frieden niemals erreicht werden kann. Die politische Folge der Geschichte von der „palästinensischen Ablehnung“ war der Erdrutsch-Sieg von Ariel Sharon bei den Wahlen 2001 und der Zusammenbruch des israelischen „Friedenslagers“.

Ein paralleler Prozess fand auf palästinensischer Seite statt. Nach dem Fehlschlag in Camp David und dem darauf folgenden Wahlsieg von Ministerpräsident Sharon entwickelten die Palästinenser die Geschichte von „Israels Scheinangebot“. Gestützt auf Karten und Zeugenaussagen von Beteiligten argumentiert diese Darstellung, „Israels Scheinangebot“ sei ein geschickter Schachzug von Barak gewesen, um den Konflikt zu verlängern, Arafats Position zu untergraben und Israel in die Lage zu versetzen, seine Siedlungsaktivitäten im Westjordanland fortzusetzen. Baraks frühere Einwände gegen den Oslo-Prozess, in seiner Eigenschaft als IDF-Stabschef und später als Mitglied von Yitzhak Rabins Regierung, stärken diese palästinensische Darstellung. Der immer heftigere Kreislauf der Gewalt, die Anarchie

3 Vgl. Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung (www.miftah.org/Doc/Reports/Englishcomplete2003.pdf).

innerhalb der palästinensischen Autonomiegebiete und der allgemeine Rechtsruck in der israelischen Politik sind die Folge dieser beiden nationalen Darstellungen.

Diese „Geschichten“, verstärkt durch täglichen Terror und Gewalt, haben die derzeitige Wahrnehmung der Öffentlichkeit geprägt und dienen als Bühnenbild für die aktuellen politischen Entscheidungen. Israels Entschlossenheit, einseitige Schritte zu unternehmen, erst im Gaza-Streifen und nach Fertigstellung des Sicherheitszaunes auch im Westjordanland, hat – basierend auf dieser Wahrnehmung – in der öffentlichen Meinung in Israel erhebliche Unterstützung gewonnen,⁴ und das aus zwei Gründen.

Erstens deutet der konstante demographische Trend darauf hin, dass die Juden am Ende des Jahrzehnts zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Das ist eine Aussicht, welche die jüdische und demokratische Natur des Staates Israel stark bedroht. Israel und der jüdische Staat, geschaffen auf der Basis demokratischer Werte, mit dem Ziel, das Recht auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes zu erfüllen und sicherzustellen, kann es sich nicht leisten, an einen Punkt zu gelangen, an dem er sich entscheiden muss, ob der Staat es einer nichtjüdischen Mehrheit erlaubt, das Wesen des Staates und seiner nationalen Institutionen zu bestimmen. Der *zweite* Grund, warum der Plan einseitiger Aktionen die Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit erhielt, war die Tatsache, dass die palästinensische Gesellschaft – in den Augen der Israelis – nicht in der Lage war, eine verlässliche Führung hervorzubringen, die eine auf den Prinzipien der UN-Sicherheitsratsresolution 242 basierende Vereinbarung über den Endstatus aushandeln, vereinbaren und umsetzen kann.

An diesem Punkt muss ich auf das „Genfer Abkommen“ kurz eingehen. Die politische Motivation hinter diesem „Abkommen“ war, der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit zu beweisen, dass es an der Zeit sei, die jeweiligen nationalen „Geschichten“ beiseite zu legen und anzuerkennen, dass es „auf beiden Seiten einen Partner“ gebe.⁵ Eine Änderung der Geschichten konnte im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht durch oppositionelle Kräfte erfolgen, die sehr wenig Unterstützung genießen. Aus israelischer Sicht bietet das „Genfer Abkommen“ zwar eine „Paket-Lösung“ für den israelisch-palästinensischen Konflikt, beschädigt aber sowohl nationale

Interessen als auch nationale Symbole: Die Souveränität über den Tempelberg ginge an die Palästinenser, und es ist kein expliziter Verzicht der Palästinenser auf das Rückkehrrecht für Flüchtlinge enthalten; damit bleibt die Tür für künftige Ansprüche der Flüchtlinge offen, die Einfluss auf die Umsetzung der Vereinbarung hätten. Ebenso fehlt ein Bezug auf die in Israel lebende palästinensische Minderheit. Über diese substantiellen Elemente hinaus sind die Autoren des „Genfer Abkommens“ noch immer in einer Welt gefangen, die von „der Vorstellung von Vertrauen“ zwischen den Konfliktparteien ausgeht, in Bezug auf die Vereinbarungen selbst wie auch in Bezug auf die Mechanismen seiner Implementierung.⁶ Das „Genfer Abkommen“ kann jedoch – bei der Rückkehr vom Konflikt-Management zur Konflikt-Lösung – als möglicher Entwurf angesehen werden, betrachtet man eine Reihe anderer „Friedens-Vorschläge“, die in den letzten drei Jahren zwischen Israelis und Palästinensern ausgetauscht wurden.

Aus palästinensischer Perspektive – auch wenn ein Israeli gewisse Schwierigkeiten haben mag, diese zu erfassen – sehen wir das Paradoxon, dass die Terrorkampagne zwar keine Ergebnisse gezeitigt hat, gleichzeitig aber die Unterstützung für die Hamas als politische Alternative zu den „Nationalisten“ wächst. Die andauernde Besetzung und die verschlechterten Lebensbedingungen, die Spannungen zwischen der „alten Garde“ und der „jungen Garde“⁷ und die andauernde politische Anarchie schaffen eine unerträgliche, explosive soziale Mischung, die auf eine von der politischen Führung bestimmte Wirklichkeit reagiert. Diese explosive Mischung wird die israelisch-palästinensische Situation in eine der folgenden Richtungen lenken.

Drei mögliche Entwicklungsrichtungen

Der Versuch, künftige Entwicklungen im israelisch-palästinensischen System zu analysieren, eröffnet drei Optionen. Ohne in die übliche Prognosefalle zu tappen und künftige Realitäten vorherzusagen, möchte ich behaupten, dass alle drei Richtungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreffen könnten, wobei die erste, die unheilvolle, einige strukturelle Elemente aufweist, die es eher unwahrscheinlich machen, dass sie in so reiner Form auftritt.

4 56 Prozent unterstützen den Abzugsplan, während 80 Prozent den Sicherheitszaun unterstützen, in: Haaretz vom 15. 3. 2004.

5 Vgl. (www.heskem.com).

6 Vgl. M. Cristal (Anm. 2).

7 Khalil Shikaki, *Palestina Divided*, in: *Foreign Affairs*, (January/February 2002).

Ein hochgradiger Konflikt

Diese Richtung ergibt sich aus regionalen und internationalen Entwicklungen und beinhaltet schwere Gräueltaten zwischen Israel, den Palästinensern und einigen anderen arabischen Staaten. Eine von der Hamas-Führung initiierte Terror-Kampagne in Vergeltung für die gezielte Tötung von Yassin und seines Nachfolgers Rantisi, gefolgt von militärischen Aktionen der Hisbollah an der nördlichen Grenze Israels, fordert Hunderte israelischer Opfer und führt zu einer militärischen Eskalation zwischen Israel, Libanon, Syrien und den Palästinensern. Palästinenser versuchen nach Jordanien und Ägypten zu fliehen, was zu politischen Unruhen in Kairo und Amman führt und andere Terror-Gruppen zu Angriffen auf Ziele in prowestlichen arabischen Ländern und den USA ermutigt. Eine solche Entwicklung könnte innerhalb weniger Wochen eintreten und träge auf eine unvorbereitete internationale Gemeinschaft, die – politisch wie militärisch – schlecht für ein Eingreifen gerüstet wäre. Auf Grund der engen israelisch-amerikanischen Koordination, des US-Präsidentchaftswahlkampfes 2004 und des nationalen amerikanischen Interesses an regionaler Stabilität ist es jedoch unwahrscheinlich, dass diese Situation sich auf ihren tiefsten und gefährlichsten Punkt zuspitzt.

Wenn es im Ergebnis zu einem Wechsel in der politischen Führung einer der beteiligten Parteien käme oder zu einer entscheidenden Veränderung in der geostrategischen Position, so wäre dies das Zeichen für einen Wandel im gegenwärtigen israelisch-palästinensischen System. Wenn beispielsweise eines dieser Szenarios das Ende der derzeitigen palästinensischen Führung herbeiführen und die Infrastruktur der Hamas und Hisbollah in Libanon und Syrien auslöschen würde, dann könnte dies den Weg für die Wiederaufnahme einer „Konflikt-Lösung“ im Nahen Osten ebnen, wenn nicht gar notwendig machen: die Schaffung des Staates Palästina und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Israel, Syrien und Libanon. Jedes andere Szenario in dieser Richtung – in dem weder die Führung noch die geostrategische Position sich verändern – würde das israelisch-palästinensische System in einen eher unbeständigen Prozess des „Konflikt-Managements“ führen. Eine starke internationale Präsenz wäre erforderlich, um die weitere Eskalation zu verhindern.

Zurück zur Konflikt-Lösung

Will man verstehen, wie die Entwicklung von der gegenwärtigen Realität wieder auf den Weg der „Konflikt-Lösung“ zurückkehren kann, muss man den Begriff der „Reife“ einführen. Viele Gelehrte

kennen die Bedeutung des Timings, wenn es darum geht, einen Verhandlungsprozess zum Erfolg zu führen. Der Gedanke eines wechselseitig schädlichen Patts (*mutually hurting stalemate* – *MHS*) ist der Schlüssel zum Verständnis der Erfolgsaussichten bei der Lösung internationaler Konflikte. Nach William Zartman und Saadia Touval⁸ beginnt das MHS, „wenn eine Seite feststellt, dass sie ihre Ziele nicht erreichen, das Problem nicht lösen oder den Konflikt nicht allein gewinnen kann. Es ist vollständig, wenn die andere Seite zu der gleichen Erkenntnis gelangt“. Dieses Stadium schafft bei den Parteien eine „Verhandlungsreife“. Reife ist bei Zartman wie folgt definiert: „Ein reifer Moment ist ein wechselseitig schädliches Patt, das sich möglichst durch eine kürzliche oder bevorstehende Katastrophe (Peitsche), einen Ausweg (Zuckerbrot) und den für alle Parteien richtigen Wortführer auszeichnet.“

Das israelisch-palästinensische System steht heute offensichtlich vor einem „schädlichen“ Patt, das in den Jahren 1999–2000 nicht bestand, als es unter dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak eine Gelegenheit (einen „Ausweg“) gab. Wenn nun eine unerwartete Gelegenheit auftauchte, ob als Folge eines einzigen externen Ereignisses oder infolge einer sich entwickelnden Realität – mit starker Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – wahrnehmen und die Verhandlungen wieder aufnehmen, um das System in Richtung einer Beendigung des Konflikts zu stabilisieren.

Das Ziel der „Road Map“ war es, schrittweise zu dieser sich entwickelnden Realität zu gelangen, welche die Gelegenheit und „Reife“ zur Lösung des Konflikts böte. Die Wiederholung der strukturellen Mängel des Osloer Prozesses, Gradualismus, Bedingtheit, formaljuristische Zweideutigkeit hinsichtlich grundlegender Komponenten und das Fehlen objektiver Kriterien zur Einschätzung der Performance haben verhindert, dass die „Road Map“ zum Tragen kam oder auch nur ihre erste Stufe umgesetzt worden wäre. Dieser Fehlschlag ermutigte Ministerpräsident Sharon, einen einseitigen Abzug vorzuschlagen – eine Idee, die er noch abgelehnt hatte, als sie ihm im Sommer 2002⁹ vorgestellt wurde. Damals stand dies auf dem Programm des Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Amram Mitzna, der in den Wahlen zur

8 William I. Zartman/Saadia Touval, *International Mediation in the Post-Cold War Era*, in: *Managing Global Chaos*, hrsg. von Chester Crocker/Fen Osler Hampson, Washington, D. C. 1996.

9 Vgl. (www.vanleer.org.il/hebrew/7publications/policy_paper_english.pdf).

Knesset 2003 gegen Ministerpräsident Sharon verlor.

Trotz der geringen Wahrscheinlichkeit, dass diese Entwicklung – „zurück zur Konflikt-Lösung“ – unter den derzeitigen politischen Führungen eintritt, könnten der Abschluss des einseitigen Abzugs aus dem Gaza-Streifen und die Schaffung einer neu strukturierten palästinensischen Regierung, unterstützt von der internationalen Gemeinschaft, eine Gelegenheit bieten, die Verhandlungen über einen endgültigen Status wieder aufzunehmen. Dieser Weg würde sich von der Annahme des „Genfer Abkommens“ unterscheiden, das einen fertigen Plan vorstellen wollte, ohne den notwendigen politischen Weg zu seiner Implementierung aufzuzeigen.

Konflikt-Management – die nächste Stufe

Eine Entwicklung in diese Richtung bedeutet, dass das israelisch-palästinensische System sich weiter im Kreislauf der Gewalt bewegt und auf ein äußeres Ereignis wartet, das die Waage in die eine oder andere Richtung senkt. Die nächste Stufe im Konflikt-Management bedeutet alles wie gehabt, nur auf höherem Niveau: mehr Selbstmordattentäter, gezielte Tötungen und nutzlose politische Bemühungen, die Road Map wieder zu beleben oder zu untersuchen, wie der einseitige Truppenabzug in die Disengagement-Strategie der USA im Nahen Osten passt.

Es sieht jedoch so aus, als hätte die Entschlossenheit Ministerpräsident Sharons, sich aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen, das System ein wenig erschüttert. Die Aussicht auf eine vage politische Zukunft hat bereits die Szene verändert: Die Ägypter und die Briten haben der Palästinensischen Autonomiebehörde bereits einen Mechanismus angeboten, mit dem sie nach dem vollständigen Abzug der Israelis die Kontrolle über den Gaza-Streifen wiedergewinnen kann.

Mit Blick auf die derzeit das israelisch-palästinensische System beeinflussenden Faktoren ist die Fortsetzung des Konflikt-Managements wahrscheinlicher als die anderen beiden Optionen. Die Tötung von Scheich Ahmed Yassin und Abdel Asis Rantisi sowie die ausgeweiteten israelisch-amerikanischen Verhandlungen über den einseitigen Rückzug aus dem Gaza-Streifen bieten jedoch auch stabilisierende Elemente: Sie stehen für ein größeres Engagement der internationalen Gemeinschaft und für eine Veränderung in der öffentlichen Diskussion, hinsichtlich einiger grundlegender, den Konflikt beherrschender Paradigmen.

Die internationale Dimension der drei Entwicklungsrichtungen

Sowohl Israel als auch die Palästinensische Autonomiebehörde haben ein Interesse am Erfolg des Experiments im Gaza-Streifen. Israel ist daran interessiert, dass sich aus dem Rückzug eine stabile Realität entwickelt, so dass der Gaza-Streifen nicht mehr als Treibhaus für den Terror fungiert. Die Zersplitterung der politischen Struktur und die Nachfolgekämpfe in der palästinensischen Gesellschaft machen es unmöglich, ein einheitliches palästinensisches Interesse zu identifizieren. Man kann jedoch sagen, dass – hauptsächlich unter den „Nationalisten“ und den Resten der Palästinensischen Autonomiebehörde – ein echtes Interesse daran besteht, die Kontrolle über den Gaza-Streifen wiederherzustellen und in einem Aussöhnungsprozess mit den Islamisten der Nach-Yassin-Ära dort einen stabilen Ministaat zu schaffen, der als Pilotprojekt für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Westjordanland dienen könnte. In der gegenwärtigen Situation gegenseitigen Misstrauens, gewalttätiger Auseinandersetzung und eines gewissen politischen Vakuums im Gaza-Streifen ist jedoch klar, dass eine starke stabilisierende Präsenz erforderlich wäre, um nach dem einseitigen Abzug der Israelis die Verschlechterung der Situation in Richtung eines „Kosovo“-Szenarios zu verhindern.

Ein internationales Engagement ist außerdem wichtig, falls die Palästinenser sich ihrerseits entscheiden, einseitige Schritte zu unternehmen, wie etwa die Erklärung der Unabhängigkeit – wiederum in der Absicht, das System zu einer Lösung zu führen. Eine solche Unabhängigkeitserklärung, wie sie palästinensische und europäische Politiker Mitte 1999 diskutiert haben, würde ebenfalls starke politische wie praktische Unterstützung seitens der USA und Europas erfordern.

Ich glaube, dass das gegenwärtige Patt im israelisch-palästinensischen System von einer aktiveren Rolle der internationalen Gemeinschaft profitieren würde, egal in welche Richtung es sich entwickelt. Sollte eine unheilvolle Entwicklung eintreten und die Situation in Richtung eines hochgradigen Konflikts eskalieren, wäre die internationale Gemeinschaft aufgerufen, zu vermitteln und einen Krieg zu verhindern. Eine lineare Entwicklung aus der gegenwärtigen Situation heraus, sobald Israel entschlossen ist, den Rückzug aus dem Gaza-Streifen fortzusetzen, deutet ebenfalls darauf hin, dass alle Parteien die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft anfordern würden, um eine militärische und humanitäre Krise in

Gaza zu verhindern. Europa spielt dabei eine wichtige Rolle und hat die einmalige Gelegenheit, Führungsstärke und Verantwortung zu zeigen.

Strukturelle Überlegungen

Einige Begriffe, die sich durch das israelisch-palästinensische System ziehen, bieten wichtige Perspektiven zur Beobachtung des Systems und helfen, es zu analysieren oder in eine friedliche Richtung zu steuern. Im Folgenden geht es kurz um zwei der wichtigsten dieser Begriffe: Macht und Vertrauen.

Macht in Verhandlungen

Welche Seite im israelisch-palästinensischen System ist schwächer und welche stärker? Wahrscheinlich würde eine überwältigende Mehrheit antworten, Israel sei in der stärkeren und die Palästinenser in der schwächeren Position. Diese allgemeine Wahrnehmung beruht auf einer Definition von Macht, die sich aus politischer Stärke, wirtschaftlicher Leistung und militärischen Fähigkeiten ergibt. Es ist das gleiche Konzept, das die USA zur einzigen Supermacht in der Zeit nach dem Kalten Krieg macht. Die Vorstellung von Macht beinhaltet jedoch auch immer eine Wahrnehmung von asymmetrischer Machtverteilung. Eine tief greifende Untersuchung des israelisch-palästinensischen Systems könnte zu einer anderen Schlussfolgerung gelangen: Es ist möglich, die Quellen der Macht auf palästinensischer Seite zu sehen – Quellen, die sich aus dem System selbst ergeben.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das Prinzip „Land für Frieden“ ausgegeben. Im Tausch für das im Krieg von 1967 besetzte Land sollte die arabische Seite Israel einen langen und dauerhaften Frieden garantieren. Diese Formel wurde in den letzten Jahren jedoch stark ausgehöhlt. Hauptsächlich seit dem Gipfel von Camp David im Jahr 2000 wurde sie durch eine Formel ersetzt, die man besser als „Flüchtlinge für ein Ende des Konflikts“ bezeichnen könnte. Die Meilensteine des Friedensprozesses wie der Vertrag von Camp David 1978, die Grundsatzzerklärung von 1993, das Interimsabkommen von 1995 und die offiziellen Friedensangebote, die zwischen den Parteien ausgetauscht wurden (darunter auch inoffizielle Entwürfe wie das „Genfer Abkommen“), zeigen, dass der grundsätzliche „Handel“ wie folgt aussieht:

Israel zieht sich auf die Grenzen von vor 1967 zurück und ermöglicht so die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates mit dem arabischen Teil Jerusalems (Al-Quds) als Hauptstadt. Außerdem sorgt es für eine gerechte¹⁰ und umsetzbare Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. In Anerkennung dessen erklärt die palästinensische Seite, dass diese Regelung das Ende des Konflikts bedeutet. Die Umsetzung der Regelung beendet dann alle kommunalen und individuellen Ansprüche, die aus vergangenen Gewalttaten herrühren.¹¹

Die Literatur über die Verhandlungen deutet darauf hin, dass es in Verhandlungen mehrere Machtquellen gibt. Die am weitesten verbreitete ist in der Tat die wahrgenommene politische, militärische und wirtschaftliche Macht, die eine Partei hat. Es gibt jedoch noch einige andere, wie die Macht dessen, der im Besitz der besseren Alternative ist, die Macht der Zeit, die Macht, ein Veto gegen jede mögliche Lösung einzusetzen, oder die Unterstützung durch externe Akteure.¹²

Hat eine Seite eine bessere Alternative zur Befriedigung der eigenen Interessen als den sich herauskristallisierenden Deal, über den sie gerade verhandelt, dann verfügt sie am Verhandlungstisch über die größere Macht. Sie könnte entweder die Verhandlungen beenden, sich ihrer besseren Alternative zuwenden und die Interessen der anderen Seite unberücksichtigt lassen, oder ihre bessere Verhandlungsposition dafür einsetzen, das Ergebnis im eigenen Interesse aufzubessern.¹³

Im israelisch-palästinensischen System verbindet sich die „bessere Alternative“ mit der Zeit als Quelle der Macht. Die Zeit wirkt sich dann aus, wenn eine der beiden Seiten einem internen oder externen Druck ausgesetzt ist, eine Vereinbarung zu erzielen, während die andere Seite diesen Druck nicht hat. Die dritte Quelle der Macht ist das Veto. Wenn eine Seite eine Lösung nicht erzwingen kann und die Zustimmung der anderen

10 In diesem Aufsatz geht es nicht um die Analyse des Konzepts von „Gerechtigkeit“ im israelisch-palästinensischen System, wie Vertrauen und Macht spielt es jedoch eine Schlüsselrolle bei der Positionierung des Systems in einer friedlichen und stabilen Wirklichkeit. Für Denkmodelle zu diesem Thema vgl. Cecilia Albin, *Justice and Fairness in International Negotiations*, Cambridge 2001.

11 Dies ist eine der Stärken, die der Autor im Genfer Abkommen sieht, da es zur internationalen Klärung hinsichtlich des „Wesens der Vereinbarung“ zwischen Israel und den Palästinensern bei der endgültigen Vereinbarung beiträgt, wobei die Formel „Land für Frieden“ durch die Bedingung ersetzt wurde, „zur Beendigung des Konflikts das Flüchtlingsproblem zu beenden“.

12 Vgl. William I. Zartman/Jeffrey Z. Rubin (Hrsg.), *Power and Negotiation*, Ann Arbor 2000.

13 Vgl. Roger Fisher/Uri William/Bruce Patton, *Getting To Yes*, New York, N. Y. 1991.

benötigt, beziehungsweise ohne Zugeständnisse keine Vereinbarung erzielen kann, dann kann die schwächere Seite diese Tatsache als Hebel nutzen und die Asymmetrie der Machtverteilung am Verhandlungstisch verringern.

Angewandt auf das israelisch-palästinensische System, zeigen diese Denkansätze, dass Israel so bald wie möglich auf die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates drängen muss. Dies liegt in seinem Interesse zur Wahrung der jüdischen und demokratischen Natur des Staates angesichts des demographischen Trends, der eine arabische Mehrheit zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer bis Ende des Jahrzehnts vorhersagt. In Verhandlungsterminologie ausgedrückt heißt dies: Für Israel gibt es eine schlechtere Alternative zur gegenwärtigen Realität. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es für Israel, seine jüdische und demokratische Natur zu wahren, ohne sich von Millionen von Palästinensern unter seiner direkten Kontrolle zu befreien. Mit anderen Worten, die Palästinenser müssten nur zehn bis 15 Jahre warten, dann hätten sie die überwältigende Mehrheit im Land und wären international legitimiert, die jüdische Natur des Staates zu eliminieren.

Dies ist keine Phantasie. In einer der seltenen klaren politischen Äußerungen erklären Hamas-Politiker: „Wir könnten einen palästinensischen Staat im Westjordanland und Gaza akzeptieren, aber das ist natürlich nicht unser Ziel. Wir könnten ihn zeitweilig akzeptieren, und wenn wir ihn heute nicht beanspruchen können, dann liegt das an den internationalen Komplikationen und der unfairen Machtverteilung, aber wir wissen nicht, wie lange diese zeitweilige Lösung halten würde.“¹⁴ Aus diesem Blickwinkel ist leicht zu erkennen, warum Israel als jüdischer und demokratischer Staat auf eine eindeutige Verpflichtung der palästinensischen Seite auf ein „Ende des Konflikts“ und die „Beendigung der Ansprüche“ dringen sollte.¹⁵

Vertrauen

Eine der irreführendsten und am häufigsten missbrauchten Vorstellungen im israelisch-palästinensischen System ist die Vorstellung von Vertrauen. Vertrauen ist das zu allen Zeiten am meisten angestrebte Konzept. Seit der Unterzeichnung der Grundsatzklärung von 1993 (Oslo I) haben die Öffentlichkeit und die internationale Gemeinschaft sich auf eine nutzlose Suche nach Vertrauen im feindseligen Umfeld der beiden Völker begeben und das ganze System zur Geisel dieses Kon-

zepts gemacht. Es wurde viel geschrieben über den völligen Zusammenbruch des Vertrauens zwischen Israel und den Palästinensern auf allen Ebenen. Das jüngst unterzeichnete „Genfer Abkommen“ ist der Beweis für die entscheidende Rolle dieses Konzepts von Vertrauen.

Die Grundlagen des „Genfer Abkommens“ wurzeln noch im Konzept von Vertrauen, das zwischen den Parteien wachsen soll, unmittelbar nachdem sie eine Regelung dieser Art unterzeichnet haben. In der Wirklichkeit, die sich in den letzten drei Jahren so tief in das Bewusstsein der Parteien eingegraben hat, sind die meisten Artikel und Regelungen des Genfer Dokuments nicht einmal eine „Vision für die Zukunft“.

Die Absicht der Autoren dieser Initiative war es, die öffentliche Meinung in Israel davon zu überzeugen, dass man eine Einigung mit „der anderen Seite“ erzielen könne. Aber die vorgeschlagenen Regelungen fußen auf einer Realität, die es nicht gibt. Und es ist zweifelhaft, ob es sie in Zukunft geben wird. Selbst wenn die gesamte israelische Öffentlichkeit aufstünde und ihre Regierung „um des Friedens willen“ zu „schmerzhaften Zugeständnissen“ zwänge – in der wirklichen Welt, in der es bestimmte Akteure mit bösen Absichten und „der Fähigkeit zur Planung von Unheil“ gibt, wäre es notwendig, Vorkehrungen zu treffen, anstatt auf Vertrauen und guten Willen zu bauen. Trotz der Tatsache, dass der Osloer Prozess in einer Phase, die Vertrauen bilden sollte, eine Dynamik des Misstrauens hervorbrachte, hängt das „Genfer Abkommen“ nach dem Vorbild des Osloer Vertrags noch immer von der Bereitschaft der Parteien ab.

Der Zusammenbruch des Vertrauens zwischen den Parteien erfordert aber eine Veränderung dieses Paradigmas, von Regelungen, die auf Vertrauen beruhen, hin zu Regelungen, die auf Interessen basieren, mit anderen Worten: die Schaffung eines Systems von Arrangements, die beiden Seiten einen Anreiz bieten, an der Stabilisierung der vereinbarten Arrangements zu arbeiten, anstatt sie zu unterwandern. In der Vergangenheit gab es Fälle, in denen ein ausgewogenes System von Interessen geschaffen wurde, wie bei der Entwicklung der Handelszone Elkana-Bidiya (1996–1997), die palästinensische Wirtschaftsinteressen bei einer gleichzeitigen Ausweitung präventiver Sicherheitsnachrichtendienste in der Region C mit den Interessen israelischer Konsumenten verband.

Mit diesen Ausführungen habe ich versucht, eine komplexere Perspektive des israelisch-palästinensischen Konflikts aufzuzeigen, wie dies der Lage angemessener erscheint. Es ist ein lösbarer Konflikt, und er könnte in unserer Zeit gelöst werden.

14 Too late for two states, in: The Guardian vom 24. 1. 2004.
15 In dieser Hinsicht kann das „Genfer Abkommen“ Israel diese entscheidende Verpflichtung nicht garantieren, vgl. M. Cristal (Anm. 2).

Die israelisch-palästinensische Konfrontation und ihre Widerspiegelung in der öffentlichen Meinung Israels

Die Kluft zwischen Vorstellung und Wirklichkeit

Trotz des sich vertiefenden Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern besteht heute in Israel selbst, und sogar zwischen Israelis und Palästinensern, kaum eine Meinungsverschiedenheit über die Wahrnehmung der sie umgebenden Realität und das Prinzip des Konflikts.¹ Israels Ministerpräsident Ehud Barak behauptete in seiner Abschiedsrede nach der Wahniederlage 2001, dass die Gespräche mit den Palästinensern in Camp David im Jahre 2000 einen Vorteil gebracht hätten – auf beiden Seiten die „Masken vom Gesicht zu reißen und Illusionen zu zersprengen“. Über drei Jahre der gewalttätigen, schmerzhaften Konfrontation zeugen vom Wahrheitsgehalt dieser Worte.

In der Tat werden heute auf israelischer Seite die Wahlversprechungen von linken wie rechten Parteien als hohle Deklarationen gelesen, die von der Realität widerlegt sind: einerseits die idealistischen Hoffnungen und Prophezeiungen der Oslo Abkommen zur Zeit von Jitzhak Rabin und Schimon Peres, andererseits die bis vor kurzem geäußerten Versprechungen von Frieden und Sicherheit bei fortgesetztem Siedlungsbau und florierender Wirtschaft durch Ministerpräsident Ariel Scharon an der Spitze des rechtsnationalen Lagers. Angesichts der rechten Opposition und

Übersetzung aus dem Hebräischen: Barbara Linner, München.

1 Der Artikel stützt sich auf eine Sammlung von Daten aus öffentlichen Meinungsumfragen, die in Israel in den letzten Jahren durchgeführt wurden: The Peace Index, Tami Steinmetz Center for Peace Research of Tel Aviv University, Ephraim Yaar and Tamar Hermann, August 2003 – März 2004 (im Folgenden: Yaar); Panorama-Institute, Tel Aviv, Umfragen (im Folgenden: Panorama); Democracy Barometer 2003, The Israel Democracy Institute, Jerusalem, und wöchentliche Umfragen in der Zeitung Yedioth Aharonot vom Dahaf-Institute, Tel Aviv (im Folgenden: Dahaf); Asher Arian, Israeli Public Opinion on National Security 2003 und 2004, Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University (im Folgenden: Arian); European Union Delegation to Israel, Israelis' Attitudes Towards The European Union, Dahaf-Institute, March 2004 (im Folgenden: Dahaf Europa).

geschwächt von strafrechtlich relevanten Anschuldigungen ruft Scharon heute von der politischen Mitte aus zu Schritten auf, die unmittelbar aus dem politischen Forderungskatalog der israelischen Linken schöpfen: schmerzhaftes Verzichtes, einseitiger Rückzug aus Gaza, Anerkennung eines Palästinenserstaates, Bau eines Trennzauns, Abbau von Siedlungen – all das unter Beschuss und anhaltendem Terror, der die israelische Gesellschaft peinigt, und bei wirtschaftlicher Rezession und politischer Lähmung.

Der Konflikt und die Stärke der Gesellschaft: Israel und Palästina

Angesichts dieser Situation irren meiner Ansicht nach jene, die meinen, die beiden Seiten seien des Kampfes müde. Sämtliche Umfragen der letzten Jahre zeigen zwar eine stark wachsende Bereitschaft in Israel, bis zur Aufgabe von Gebieten wie dem Gaza-Streifen und wenigstens einem Teil der Westbank zu gehen sowie einer Evakuierung von Siedlungen zuzustimmen. Manch einer in Israel sieht darin eine „Kapitulation vor dem Terror“ oder eine Schwächung der Gesellschaft. Andere Studien zeigen jedoch, dass das Bild weitaus komplizierter ist. Bei Israelis wie Palästinensern sind Solidarität und sogar Entschlossenheit im Kampf zu einer nicht unbedeutenden öffentlichen, psychologischen Kraft geworden. In Bezug auf die israelische Gesellschaft stellt einer ihrer kritischsten Soziologen fest, dass Israel trotz eines „vielschichtigen Kulturkampfes“ und einer Institutionalisierung der gesellschaftlichen und kulturellen Verschiedenheit ein „kräftiger, starker Staat“ sei, nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch bezüglich seiner gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Fähigkeiten.² Diese Stärke hindert Israelis und Palästinenser allerdings nicht daran, neben dem täglichen rhetorischen und gewalttätigen Kampf auch auf dem Gebiet von Ideen und

2 Vgl. Baruch Kimmerling, Mehagrím, mitjaschvim, jelidim (Immigrants, Settlers, Natives), Tel Aviv 2004, S. 498–500.

Gruppenidentität um die Rolle des „Opfers“ in dem Konflikt oder um das „Rechthaben“ in der Konfrontation zu konkurrieren.

Ein zusätzlicher, längerfristiger Einflussfaktor in der Auseinandersetzung kann in der Korruption der Stellung politischer Ideologien und der politischen Lager in Israel gefunden werden: Die traditionelle Rechte hat sich in Richtung Mitte bewegt, und die Unterstützung für religiös-messianische Parteien ist geschrumpft. Der linke, sozialistische Flügel in Israel ist hingegen verschwunden. Die Merez-Partei (seit April 2004 „Jachad“) samt den Bewegungen der Linken konzentriert sich auf die Probleme des Palästinenserkonflikts, und die kommunistische Partei Israels, die in der Vergangenheit Juden und Araber vereinte, hat sich praktisch zu einem Flügel der arabisch-palästinensischen nationalen Bewegung verwandelt. Statt über Fragen der Ideologie streiten Falken und Tauben heute um Fragen der „Sicherheit“. So erklärt Schlomo Avineri³ die Kontinuitäten zwischen einem Sharon-Plan dieser Tage und dem Anfang des Weges durch Jitzhak Rabin. Beide Politiker kommen aus dem Bereich der Sicherheitspolitik, agieren aus Sicherheitserwägungen unter einer gegebenen Wirklichkeit und nicht wie Idealisten, die der Realität eine Idee oder Ideologie gegenüberstellen.

Der Genfer Effekt

Das Genfer Abkommen verdeutlicht diese Thesen sehr gut. In weiten Teilen Europas und der Welt wurde das Dokument, das einen Vorschlag zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern präsentierte, im Dezember 2002 als Durchbruch dargestellt, als mutige Chance, aus der Sackgasse herauszukommen und gemeinsam das Ziel zu erreichen: zwei Staaten, die in Frieden nebeneinander leben. Eine Propagandakampagne in Presse und Fernsehen erzeugte den Eindruck, es handle sich um einen historischen Prozess, der von der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit unterstützt werde. Die Medien und herrschende Kreise von Politik und Öffentlichkeit in Europa mobilisierten in nie dagewesener Weise die Förderung der Initiative. Unterstützt wurden sie von Regierungschefs und Außenministern, Vorsitzenden von Parteien, Forschungsinstitutionen und der Öffentlichkeit, Kirchen und der Zivilgesellschaft. Und dann verschwand die Initiative aus den Schlagzeilen und

3 In einem Interview mit dem Verfasser des Artikels auf Kanal 1 des israelischen Fernsehens am 10. 2. 2004.

von der öffentlichen Tagesordnung in Israel und Palästina ebenso schnell, wie sie aufgetaucht war. Wenige Monate nach seiner Veröffentlichung fand das Dokument kaum noch Erwähnung.

76 Prozent aller Israelis lehnten die Genf-Initiative ab, 24 Prozent stimmten ihr zu – Ergebnisse, die völlig im Gegensatz zu der sich in der israelischen Öffentlichkeit ausbreitenden Tendenz zu massiver Unterstützung eines territorialen Kompromisses standen, mit einseitigem Rückzug und sogar Errichtung eines palästinensischen Staates. Dieses Paradox hat mehrere Gründe: Zunächst wurde das Genf-Dokument in Israel über die Medien verbreitet und an jeden Haushalt mit einer riesigen Werbekampagne verteilt. Obwohl etwa 80 Prozent der Israelis seinen Inhalt registrierten, haben nur wenige das Dokument genauer gelesen (und noch weniger bei den Palästinensern, da es dort in der Bevölkerung nicht verbreitet wurde). Viele bezweifelten auch die politische Fähigkeit der Initiative, ihre Absichten in die Tat umzusetzen, wenn hinter ihr keine effektive öffentliche Unterstützung steht. Die politischen Parteien distanzieren sich mehrheitlich von der Initiative, und auch unter den Anhängern fanden sich etliche, welche die Legitimation einer im Ausland geführten politischen Verhandlung – hinter dem Rücken der Regierung und fremdfinanziert – in Frage stellten. Darüber hinaus hielt man das Dokument und seine Unterzeichner als von der Wirklichkeit vor Ort losgelöst.

Die Worte Abdel Monem Saids⁴, der am Unterzeichnungsakt in Genf teilnahm, spiegeln die verbreiteten Meinungen auch auf israelischer Seite wider und bezeugen eine grundlegende Symmetrie zwischen den zwei Konfliktparteien: „Die Resultate früherer Meinungsumfragen, in denen das Abkommen keine mehrheitliche Unterstützung fand, wiederholten sich in folgenden Umfragen, sogar nachdem die Chance bestand, mehr über das Abkommen zu erfahren. Was in Genf gesagt wurde, schien sich irgendwie so von der Realität zu unterscheiden, dass die Leute nur noch hartnäckiger an dem klebten, was sie kannten. Es ist auch wahrscheinlich, dass die Palästinenser und Israelis während der letzten drei Jahre der Gewalt Dinge voneinander entdeckten, die sie skeptisch machten, ein weiteres Moment des Idealismus zu akzeptieren. Die Historiker werden ihre Orientierung in anderen Erklärungen finden, hauptsächlich darin, dass die in Genf vorherrschende Aussage über eine Ermüdung auf beiden Seiten nicht der

4 Abdel Monem Said ist Direktor des Al-Ahram-Center für politische und strategische Studien in Kairo (ACPSS). Dieser Abschnitt wurde vom Common Ground News Service (CGNews) zur Verfügung gestellt.

Wahrheit entspricht. Beide, Palästinenser wie Israelis, besitzen noch genug Feindseligkeit und Energie, um den Prozess zu verlängern, oder zumindest genug, um eine Umsetzung der Genfer Übereinkunft zu verhindern. Die Wahrheit ist, dass nicht nur riesige strategische Reserven an gesammeltem Hass und Abscheu vorhanden sind, sondern auch andere Alternativen, bösartig genährt von bedeutenden politischen Mächten, die alle Kräfte mobilisieren, um sich dem Abkommen in Genf entgegenzustellen.“

Vier Ebenen der öffentlichen Meinung in Israel

Tatsächlich hat die lange israelisch-palästinensische Auseinandersetzung viele Dimensionen. Der Konflikt ist ein internationaler und regionaler, er ist national, territorial und politisch, juristisch, religiös, kulturell, ökonomisch und sozial, menschlich und historisch. Darüber hinaus ist er sicher der von den Medien am besten dokumentierte Konflikt der Welt. Im Folgenden werde ich die Einflüsse und Prozesse, die in der letzten Zeit die öffentliche Meinung in Israel formten, auf vier Ebenen behandeln, in die ich einige der zentralen Charakteristika des Konflikts einordne. Meine zentrale These ist, dass diese vier Ebenen von Ereignissen wie auch die Art der Berichterstattung darüber ein komplexes, paradoxes und dialektisches Bild der öffentlichen Meinung in Israel entstehen lassen. Dieses Bild bleibt den internationalen Medien größtenteils verborgen, wie ein Eisberg unter der Meeresoberfläche, trotz ihrer massiven Präsenz vor Ort und der ununterbrochenen Berichterstattung über Israel und den Nahen Osten.

Die innergesellschaftliche Ebene

Trotz der scharfen politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechten und der Linken ist die jüdisch-israelische Gesellschaft heute weniger gespalten, als sie es von Ende der siebziger Jahre an bezüglich der Hauptthemen auf der politischen Tagesordnung war. Dies kommt zum einen in der breiten und konsequenten Unterstützung einer Mehrheit der jüdischen Öffentlichkeit in Israel für die Etablierung einer Einheitsregierung zum Ausdruck, welche Rechte, die Mitte und Linke einschließen soll. Gleichzeitig ist die Mehrheit der Israelis über das gesellschaftliche Auseinanderfallen und über die Polarisierung und Gewalt in der israelischen Gesellschaft beunruhigt. Dabei geht es nicht um die Art der sektoralen und ethnischen Polarisierung, die sich seit den siebziger Jah-

ren verstärkte und ihren Höhepunkt in den neunziger Jahren erreicht hatte.⁵ Diese Besorgnis spiegelt vielmehr eine Reaktion auf die Verschärfung des Konflikts wider, speziell auf den Einfluss des Terrors. Dies belegen besonders auch die Ergebnisse der Wahl zur Knesset im Jahre 2001: Der Anteil der Partei des orientalistisch-religiösen Protests, Schass, verringerte sich um nahezu die Hälfte, die beiden Parteien, welche die Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion vertraten (ca. 1,25 Millionen), wurden von den „israelischen“ Parteien verschluckt, während sich die nationale Polarisierung zwischen Juden und israelischen Arabern (ca. 20 % der Bevölkerung Israels) in allen Bereichen verschärfte.

Gleichwohl nahm die politisch-ideologische Polarisierung in der jüdischen Gesellschaft nicht zu. Die extreme Rechte (das sind die Gegner des Friedensprozesses und Befürworter eines Großisraels) wird von einer Minderheit der Wählerschaft unterstützt, während die Linke auf dramatische Weise abfiel. Umfragen ergeben einerseits eine permanente Mehrheit für einen politischen Kompromiss mit territorialen und anderen Verzicht, andererseits wachsen Zweifel an der Fähigkeit der Politiker, überhaupt irgendwelche Schritte in die Tat umzusetzen. Praktisch entwickelt sich hier eine Haltung, die man „a-politisch“ oder sogar „antipolitisch“ nennen könnte.

Das „Democracy Barometer 2003“ deckte eine Reihe Besorgnis erregender Prozesse und Phänomene in der israelischen Gesellschaft auf. So fand es u.a. heraus, dass immer weniger Israelis die Demokratie als bevorzugtes Regierungssystem befürworten: Von 90 % im Jahre 1999 fiel die Zustimmung auf 77 % im Jahre 2003. Ausgesprochen hohe Umfragewerte ergab die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Spaltungen – besonders die zwischen Juden und Arabern: 89 % der Befragten sind der Ansicht, dass die Beziehungen zwischen den beiden Nationalitäten furchtbar seien. Aber auch die anderen Risse in der Gesellschaft bleiben im Bewusstsein: Spannungen zwischen Religiösen und Säkularen verurteilen 76 %, die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche 75 %, Aschkenasim gegenüber Sefardim 57 % und zwischen neuen und alten Immigranten 51 %. Dennoch offenbart die Umfrage, dass es ein hohes Maß an Vertrauen in die demokratischen Institutionen gibt. Das höchste Vertrauen genießt der Oberste

5 Die Mehrheit der Untersuchungen ergab in den neunziger Jahren eine Spaltung in sechs Hauptgruppen, aus denen sich die Gesellschaft und die Politik in Israel zusammensetzen: Araber, Immigranten aus der Sowjetunion, Orthodoxe, National-Religiöse, Traditionalisten orientalischer Abstammung und die alteingesessenen säkularen Israelis.

Gerichtshof (42 %), die Medien erzielen 26, der Ministerpräsident 18 und die Knesset nur 14 %.

Ausgewählte Themen

Selbstidentifikation in Fragen des Friedens und der Sicherheit: Folgendermaßen identifizierten sich die Israelis (Yaar, September 2003) hinsichtlich ihrer politischen Orientierung (Vorgabe: rechts-Mitte-links): 49 % der Befragten ordneten sich „rechts“ zu (davon 23 % „rechts“, 26 % „gemäßigt rechts“), 20 % der Mitte, 19 % links, 12 % wählten keine Zuordnung. Diese Identifizierung kann jedoch nicht exakt in Parteipolitik übersetzt werden. Die Option einer nationalen Einheitsregierung erscheint auch heute plausibel wie vor den Wahlen 2001, und die Mehrheit der Parteien, welche die jüdische Öffentlichkeit in Israel repräsentieren, sind „funktionale Partner“ unterschiedlichster Koalitionen: Gemäß den Wahlergebnissen von 2001 ist die extrem national-religiöse Rechte heute mit 13 Mandaten von 120 Sitzen in der Knesset vertreten, die israelische und arabische Linke mit 14, und die restlichen 93 Abgeordneten der Parlamentsfraktionen sind funktionale Partner der Einheitsregierung. Haupthindernis für die Etablierung einer breiten Regierung bleibt die säkular-religiöse Spaltung in der Öffentlichkeit wie in den Parteien und nicht die Fragen von Frieden oder Sicherheit.

Persönliche Sicherheit und Zufriedenheit: Der Faktor, der die öffentliche Meinung in den Jahren seit dem Beginn der Intifada am meisten beeinflusst hat, ist zweifellos der Terror. Bei diesem Thema unterscheiden die Israelis heute mehr als je zuvor zwischen der Frage der persönlichen Sicherheit und dem nationalen sicherheitspolitischen Kampf Israels. Arian führt an, dass 83 % der Israelis fürchten, sie oder ihre Familienangehörigen könnten bei Terroranschlägen verletzt werden. Das ist zwar ein etwas niedrigeres Ergebnis als 2002 – dem Jahr mit dem schlimmsten Umfrageergebnis mit einer Zustimmung von 92 % der Befragten –, dennoch spiegelt es in aller Deutlichkeit eine tiefe und umfassend existentielle Furcht wider. Eine Untersuchung der nationalen Stimmung (Panorama, Dezember 2003) hingegen fördert andere Ergebnisse zutage. Auf die Frage: „Was beunruhigt Sie besonders zum Jahresende 2003?“ nannten 37,5 % die wirtschaftliche Situation, 34,8 % die gesellschaftliche Polarisierung, und nur 27,7 % wählten die Sicherheitslage. Diese Ergebnisse spiegeln eine große Unklarheit in der Einschätzung der momentanen Situation der israelischen Gesellschaft wider und stehen im deutlichen Widerspruch zu den Äußerungen, dass sich die

Befürchtungen hinsichtlich der persönlichen Sicherheit der Befragten verschlimmern.

Extreme Stimmungsschwankungen: Im Verhältnis zur Wahrnehmung der objektiven Lage offenbart die subjektive Messziffer in einigen Bereichen (besonders die persönliche, berufliche und familiäre Situation) starke Schwankungen gegenüber dem Durchschnitt der Umfragen und gegenüber den Erwartungen. Populäre Umfragen, die nahezu wöchentlich in der Presse veröffentlicht werden, enthüllen heftige Schwankungen und eine demonstrativ kritische Einstellung, bisweilen nahezu Verzweiflung, die sich mit kurzlebiger Hoffnung abwechselt.

Zum Beispiel: Laut Dahaf vom 13. April 2004 sind 65 % der Befragten der Ansicht, Israel befinde sich in einem wirtschaftlichem Zusammenbruch. 73 % meinen, das Land sei in gesellschaftlicher Auflösung begriffen, 79 % beschuldigen die Regierung einer grausamen Behandlung sozial Schwacher und 69 % sogar einer absichtlichen Verletzung sozialer Solidarität. 88 % sind der Meinung, dass es in Israel keinen einflussreichen gesellschaftlichen Protest gebe, 76 % stimmen zu, dass die israelische Gesellschaft gewalttätig sei, und laut Aussage von 70 % ist auch das Gefühl von Solidarität und Einigkeit in der israelischen Gesellschaft in den letzten zwei bis drei Jahren schwächer geworden. Umfragen dieser Art sind ein Seismograph für Zufallsprotest und kein Ausdruck ernsthafter Tendenzen wie jene Einstellungen, die immer wieder in breiteren, tiefer gehenden Befragungen gemessen werden. So ergab zum Beispiel eine Umfrage des Zentralen Statistikamtes von 2002, dass 83 % der Israelis mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden sind, 40 % von einer Verbesserung ihrer Situation ausgehen, 82 % mit ihrer Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden sind sowie 94 % mit ihren Familienbeziehungen, Nachbarn, ihrem Wohnort und ihrer gesundheitlichen Verfassung.

Das Standhaltevermögen der israelischen Gesellschaft angesichts der anhaltenden Gewalt: Laut Yaar, September 2003, bewertet die Mehrheit der Befragten (53 %) die Bewältigung der israelisch-palästinensischen Konfrontation in der israelischen Gesellschaft als gut oder sehr gut – gegenüber 42 %, die sie als ziemlich oder sehr schlecht einschätzen (5 % ohne Meinung). Im Vergleich zu einer früheren, im August 2001 durchgeführten Studie ist zwar eine gewisse Zermürbung erkennbar, was das Durchhaltevermögen der israelischen Gesellschaft angeht – damals lagen die Zahlen bei 60 % zu 40 % –, trotzdem bewertet die Mehrheit die israelische Durchhaltekraft positiv.

Die nationale Ebene

In einer Periode anhaltender politischer Erstarrung konzentriert sich die Parteipolitik in Israel um die politische Mitte. Nach Meinung der Öffentlichkeit haben politische, wirtschaftliche und andere Fehlschläge seit der Ermordung Ministerpräsident Rabin dazu geführt, dass allgemein das Vertrauen in die Politiker abgenommen hat. In der Tat haben die Wähler bis zu den Wahlen 2002, die in einer Zeit des Kampfes abgehalten wurden und daher eine Anomalie darstellen, seit Jitzhak Schamir, der den Friedensprozess mit der Madrider Konferenz im Oktober 1991 einleitete, keinem einzigen amtierenden Regierungschef für die Dauer einer ganzen Amtsperiode ihr Vertrauen geschenkt. Alle Wahlsiege von Anfang der neunziger Jahre bis 2002 waren in der Praxis Niederlagen der amtierenden Ministerpräsidenten, ohne gleichzeitig Zustimmung zu den Botschaften ihrer Konkurrenten zu bedeuten: Schamir wurde im Jahre 1992 von Rabin besiegt, weil er als „Fossil“ und seine Partei als verfilzt angesehen wurde. Rabin wurde im November 1995 von einem politischen Attentäter der extremen Rechten ermordet. Sein Nachfolger Peres wurde bei den Wahlen im Mai 1996 von Benjamin Netanjahu geschlagen, da man ihn als hilflos gegenüber der Terrorwelle im Frühjahr 1996 ansah. Netanjahu wurde nach den Wahlen 1999 von Ehud Barak abgelöst, da er als unerfahren, seine Versprechen verleugnend und als nicht führungskompetent galt. Barak schließlich wurde von Scharon im Jahre 2001 besiegt, weil er sowohl hinsichtlich des Friedensabkommens wie auch in der Entgegnung auf den Ausbruch der Intifada im Herbst 2000 als Versager angesehen wurde.

Ausgewählte Themen

Wer würde eine Krise besser bewältigen? Laut „Panorama“, Dezember 2003 (wie viele andere Umfragen), gibt die Mehrheit der Israelis einer Einheitsregierung den Vorzug vor der gegenwärtigen (52 % gegenüber 31 %). Die Behandlung der wichtigsten Probleme des Staates durch die Regierung wird als Fehlschlag angesehen: Nach Arian, 2003, sind 76 % der Ansicht, dass die Regierung ihre Funktion schlecht oder „nicht befriedigend“ erfüllt (gegenüber 78 % im Jahre 2002), und das trotz breiter Unterstützung Scharons bei den nur ein Jahr davor abgehaltenen Wahlen und angesichts der überraschenden Zufriedenheit der Israelis mit der Regierung hinsichtlich ihrer Bewältigung des zentralen Problems auf der öffentlichen Tagesordnung – des Terrors (61 %).

Israelische Araber: Dieses Thema stellt die Öffentlichkeit in Israel vor eine gesellschaftliche und

politische Herausforderung, speziell seit Beginn der Intifada im Herbst 2000. Damals waren bei einer Demonstration 13 israelische Araber getötet worden. Gleichzeitig werden immer wieder Nachrichten über die Beteiligung israelischer Araber an Terrorakten und ihre Unterstützung des nationalen palästinensischen Kampfes öffentlich. Nachdem Benjamin Netanjahu in einer Rede im Dezember 2003 festgestellt hatte, dass die israelischen Araber eine demographische Gefahr für die Existenz Israels als jüdischer Staat verkörpern, stimmten laut Yaar, Dezember 2003, 71 % der jüdischen Israelis dieser Aussage zu, und 58 % waren der Ansicht, dass die israelischen Araber einem (zukünftigen) palästinensischen Staat gegenüber loyaler sein würden als gegenüber Israel. Dennoch antworteten 54 %, dass sie gleiche Rechte für die Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft befürworteten (gegenüber 44 % Ablehnung).

Die Konfliktebene zwischen Israel und den Palästinensern

Die Meinung der israelischen Öffentlichkeit tendiert in den letzten Jahren klar zum territorialen Verzicht, zur Erlangung eines Kompromisses und zur Anerkennung der Realität in den besetzten Gebieten. Allerdings änderte sich die Stimmung im Gefolge der letzten Erklärung von Ministerpräsident Scharon, in der er die Chance auf das Erreichen eines Abkommens zwischen beiden Seiten bezweifelte, und die Unterstützung einseitiger Abkommen wuchs. Die Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit unterstützt Scharons Initiative in den prinzipiellen Fragen: unnachgiebiger Krieg gegen den Terror inklusive Liquidierung der Anführer, Errichtung des Trennzauns, Räumung des Gaza-Streifens und Opposition gegen die Genfer Initiative.

Ein von Ascher Arian durchgeführtes Forschungsprojekt stellte über zehn Jahre die Frage: „Wird ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern den Konflikt zwischen den Seiten beenden?“ Hier liegt meiner Meinung nach einer der Hauptgründe für die prinzipielle und entscheidende Veränderung in der öffentlichen Meinung (vgl. die *Abbildung*).

Die *Abbildung* veranschaulicht den Ernüchterungsprozess hinsichtlich der Osloer Abkommen von 1993. Während eine Mehrheit in der israelischen Öffentlichkeit – jenseits ihrer politischen, ethischen, kulturellen und ökonomischen Verortung – das Abkommen 1993 unterstützte, befinden sich die Befürworter eines Abkommens (Version Oslo oder Genf) heute in der Minderheit. Im Jahre 2002 sank die Rate sogar auf einen Tiefstand

Abbildung: Zustimmung zu einem Ende des Konflikts 1993–2003 (in Prozent)



Quelle: A. Arian (Anm. 1), S. 25.

von 26 % ab. Der gemäßigte Anstieg im Jahre 2003 auf 35 % Befürworter ist nur durch die Einschätzung erklärbar, dass einseitige Abkommen, die Israel umsetzen würde, Wege für ein zukünftiges Abkommen mit den Palästinensern bahnen könnten.

Ausgewählte Themen

Verhandlungen und Palästinenserstaat: Die Mehrheit der Israelis vertritt die Ansicht, dass Verhandlungen mit den Palästinensern in verschiedenen Bereichen durchaus möglich seien. Einer der Gründe dafür ist, dass sich die israelische Öffentlichkeit der spezifischen Realität des israelisch-palästinensischen Konflikts sehr bewusst ist: Wirtschaftliche wie andere Beziehungen zwischen den beiden Seiten werden, trotz Feindseligkeit und Gewalt, nahezu ununterbrochen aufrechterhalten. So unterstützt eine überwältigende Mehrheit (75 %) den Versuch, weiterhin ein Abkommen zu erreichen (Yaar, November 2003), und 65 % befürworten die Errichtung eines palästinensischen Staates, auch im Kreise der Likud-Wähler (63 % dafür, 33 % dagegen). Einer der Hauptgründe für diese Bereitschaft ist die wachsende Furcht vor einem binationalen Staat, der die Parteien und die Meinungen in der jüdischen Öffentlichkeit in Israel teilt. Laut Yaar vom Oktober 2003 fürchten sich 67 % der Israelis vor einem binationalen Staat, nur 6 % sprechen sich dafür aus. Das Prinzip „zwei Staaten für zwei Völker“ hat daher in dieser Umfrage große Zustimmung errungen (78 %). Die Majorität der Israelis befürwortet sogar Abkommen mit extremen palästinensischen Organisationen in diversen Fragen – vom Austausch von Kriegsgefangenen bis hin zum Waffenstillstand. Die Auswertungen (Yaar, Januar 2004) ergaben, dass 67 % der Befragten die Verhandlungen mit der Hisbollah über einen Austausch der israelischen Gefangenen gegen palästinensische Häftlinge unterstützten, der tatsächlich im Januar 2004

stattfand. Nur 28 % waren dagegen. 54 % der Befragten sprachen sich sogar für die Möglichkeit von Verhandlungen solcher oder anderer Art mit der Hamas aus, 41 % lehnten sie ab. Es muss betont werden, dass von jenen Palästinenserorganisationen die Rede ist, die in Israel im gegenwärtigen Konflikt als die bittersten Feinde angesehen werden.

Einseitige Abtrennung: Laut Yaar, Dezember 2003, bevorzugen 59 % eine einseitige israelische Loslösung von den Palästinensern in der nächsten Zeit. Die Alternative, auf eine Regelung mit den Palästinensern hinzuwirken, auch wenn der Prozess viel Zeit beanspruchen wird, unterstützen heute nur 29 %, 12 % haben keine klare Präferenz. Laut „Panorama“, 24. Dezember 2003, waren 59 % für eine Ablösung, 22 % dagegen. Dafür stimmte auch eine kleine Mehrheit der Likud-Wähler – 41 % zu 38 %. Eine neuere Umfrage ergab, dass die Unterstützung des Scharon-Plans in der Likud-Partei im Verhältnis von 51 % (dafür) zu 36 % (dagegen) steht. Yaar (Februar 2004) fand heraus, dass die Befürwortung des Plans in der breiten Öffentlichkeit sogar bei 62 % gegenüber nur 28 % Ablehnung liege. Man muss hervorheben, dass sich eine ähnliche Mehrheit für eine Ablösung bei den Wählern aller großen Parteien findet, einschließlich der linken Merez-Partei (53 % dafür, 36 % dagegen). Die unmittelbare Gegenüberstellung der Alternativen: sofortige Ablösung oder Erarbeitung eines Friedensabkommens über einen längeren Zeitraum ergibt eine klare Präferenz für Ersteres (51 % gegenüber 36 %).⁶

Der Trennzaun: Hier ist die öffentliche Zustimmung ganz klar und überwältigend. Laut Yaar, Februar 2004, ist die jüdisch-israelische Öffentlichkeit, trotz in- und ausländischer Kritik an der Errichtung des Zauns, mit 84 % fast einhellig dafür (13 % sind dagegen, 3 % unentschieden). Obwohl nur 16,5 % glauben, dass der Zaun und die anderen Mittel einer physischen Abtrennung die Terroranschläge vollständig verhindern können, glauben immerhin 70 %, dass solche Maßnahmen sie bedeutend reduzieren. Die breite öffentliche Unterstützung des Zauns geht quer durch die Parteien: In Wählerkreisen von Schinui, Likud und Arbeitspartei beträgt sie annähernd 90 %, bei den Wählern der nationalen Einheit, der national-religiösen Mafdal, der Schass und der Merez liegt

⁶ Am Tag der Fertigstellung dieses Artikels (1. 4. 2004) berichtete der israelische Rundfunk, Kol Israel, von einer Mobilisierung der Repräsentanten der linken Peace-Now-Bewegung zur Unterstützung von Ministerpräsident Scharon. Angesichts einer Mobilisierung von nationalen Rechten und Siedlern durch die Opposition sollen sie die Wähler des Likud überzeugen, den einseitigen Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen und den Siedlungen in der Westbank zu befürworten.

sie etwas niedriger (ca. 60 % bis nahe 70 %). Bezüglich der Kennzeichen des Zauns schätzen etwa zwei Drittel der gesamten jüdischen Öffentlichkeit, dass er nach den sicherheitsrelevanten Erwägungen der Regierung aufzubauen ist, das heißt auch auf palästinensischem Gebiet, trotz des Protests und des Leids, das den Anwohnern dadurch verursacht wird. Nur eine Minderheit – ca. 20 % – vertritt die Meinung, dass er sich mit der „Grünen Linie“ decken müsse.

Liquidierungen und Maßnahmen gegenüber den Palästinensern: Auch die Befürwortung der Liquidierung palästinensischer Anführer und Aktivisten ist laut Yaar, Oktober 2003, besonders hoch (75 % dafür, 19 % dagegen). In der Rechten liegt sie bei 88 %, in der politischen Mitte bei 79 %, und in der Linken – von der die Initiative zur Errichtung des Zauns ausging – bei 42 %. Nur wenige bringen moralische Begründungen für ihre Ablehnung vor. Viele sind aus pragmatischen Gründen (Verstärkung des Terrors, Ineffektivität) dagegen. Auch für die Maßnahmen von Regierung und Armee gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten gibt es starke Unterstützung (Arian, 2003): 58 % sind der Ansicht, dass diese Maßnahmen richtig sind, 29 % meinen sogar, dass sie „zu weich“ seien. Nur 13 % der Befragten finden die Schritte „zu hart“.

Siedlungen: Dieses Thema spaltet die Israelis seit Beginn der Ansiedlung jenseits der „Grünen Linie“ im Gefolge des Sechstagekriegs von 1967. In letzten Jahren ist allerdings eine klare Tendenz in der Öffentlichkeit in Richtung „Tauben“ erkennbar. So sahen laut Arian, 2003, 50 % der Befragten in den Siedlungen ein Hindernis für den Frieden, gegenüber 43 % im Jahre 2002. 59 % sind demnach bereit, die Siedlungen zu räumen, ausgenommen zentrale Siedlungsblöcke, gegenüber 50 % im Jahre 2002. Laut Yaar, November 2003, sind 60 % zu einer Räumung des Gaza-Streifens bereit, und 58 % stimmen einer Räumung der Einzelsiedlungen im Westjordanland zu.

Rückkehrrecht und die Zukunft Jerusalems: Hier ist die überwältigende Opposition effektiv bestehen geblieben (Yaar, August 2003): 68 % lehnen ein Rückkehrrecht total ab, 16 % der Befragten stimmen der Aufnahme von einigen Tausend Palästinensern zu, 7 % sind unentschieden, und nur 9 % votieren für das Rückkehrrecht. Gleichzeitig geht man davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Palästinenser voraussichtlich überhaupt nicht beabsichtigt, dieses Recht wahrzunehmen, auch wenn es gegeben wäre. Außer den Wählern der Merez ist die Mehrheit in allen jüdischen Parteien entschieden gegen das Rückkehrrecht und sogar gegen eine grundsätzliche Anerkennung (ohne Verwirklichung) dieses Rechts

(66 % aller Befragten). Hinsichtlich Jerusalems registriert Yaar eine große Mehrheit (November 2003) gegen eine Übergabe der arabischen Viertel der Hauptstadt in palästinensische Herrschaft (61 % zu 33 %). Hier fällt die parteiliche Aufteilung auf: 91 % der Merez-Wähler und 68 % der Arbeitspartei befürworten eine Übergabe, während die klare Mehrheit in den übrigen jüdischen Parteien Israels dagegen ist.

Die regionale und die internationale Ebene

Die sicherheitspolitische und strategische Lage Israels wurde in den letzten Monaten in der öffentlichen israelischen Meinung als sicherer betrachtet. Das ist eine Folge des Kriegs der Amerikaner gegen den Irak und von Saddam Husseins Sturz; diese Einschätzung ist auch auf die Isolierung Syriens, die Wendung von Libyens Staatsführung zum Westen hin und teils auch auf Stimmen aus dem Iran, Sudan und weiteren Staaten zurückzuführen. Dennoch führt der anhaltende Konflikt mit den Palästinensern zu einer erheblichen Verschärfung und Radikalisierung in den Beziehungen Israels zu den arabischen Staaten sowie gegenüber der islamischen Welt insgesamt und zu einer Verschärfung der Feindseligkeit gegen Israel in der Meinung der Weltöffentlichkeit – besonders in Europa. Israel stellt zum Beispiel in einer Umfrage des „Eurobarometer“ der Europäischen Union im Jahre 2003 nach mehrheitlicher Meinung „die Hauptgefahr für den Frieden in der Welt“ dar.⁷ Eine Reihe von Äußerungen und Zwischenfällen mit antisemitischem Hintergrund, deren Zahl in den letzten beiden Jahren anstieg – wiederum besonders in Europa –, verursachte schlimme Gefühle in der öffentlichen Meinung in Israel: Distanzierung von der europäischen Außenpolitik sowie äußerstes Misstrauen hinsichtlich der Position und Rolle Europas als vermittelnder oder unterstützender Faktor im Friedensprozess im Nahen Osten.

Israel, Europa und die Vereinigten Staaten

Im Gegensatz zu der stabilen und breiten Sympathie in Israel für die Vereinigten Staaten zeigt eine umfassende, kürzlich durchgeführte Befragung (Dahaf-Europa 2004), dass etwa 65 % der Israelis der Feststellung zustimmen, „die Einstellung der Europäischen Union zu Israel ist Antisemitismus in der Maske moralischer Grundsätze“. Etwa 80 % sind der Ansicht, dass der Antisemitismus in Europa wächst, hauptsächlich auf Grund des Einflusses der muslimischen Bürger Europas – aber

⁷ The European Commission: „Iraq and Peace in the World“, Flash Barometer 2003: europa.eu.int/comm/external_relations/iraq/doc/fl1151_iraq_full_report.pdf.

Tabelle: Einschätzungen in der israelischen Öffentlichkeit bezüglich der „Fairness“ Europas und der USA gegenüber dem palästinensisch-israelischen Konflikt (Angaben in Prozent)

	EU-„Fairness“		USA-„Fairness“	
	Juden	Araber	Juden	Araber
eindeutig auf Seiten der Palästinenser	61	15	3	8
überwiegend auf Seiten der Palästinenser	23	4	6	3
fair gegenüber beiden Seiten	11	43	39	15
überwiegend auf Seiten der Israelis	2	7	27	10
eindeutig auf Seiten der Israelis	2	30	23	64
weiß nicht	1	–	2	–
insgesamt	100	100	100	100

Quelle: Dahaf-Europa 2004.

auch unter dem Einfluss der Medien und infolge der Politik Israels in den besetzten Gebieten. Die Mehrheit der Israelis ist jedoch trotz allem daran interessiert, sich der Europäischen Union anzuschließen (85 %), und sieht in der Union einen „positiven Beitrag“ für Europa und auch für Israel selbst (90 %). Die *Tabelle* zeigt einige Empfindungen in der israelischen Öffentlichkeit bezüglich der „Fairness“ Europas beim Thema des palästinensisch-israelischen Konflikts im Vergleich zur Meinung über die Vereinigten Staaten.

Das Gefühl, „die ganze Welt ist gegen uns“, ist üblich und weit verbreitet in Israel. Die UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus im August 2001 in Durban, Südafrika, veranschaulichte der öffentlichen Meinung in Israel eine weltweite Verschärfung von Anti-Israelismus und Anti-Amerikanismus, ebenso die Verhandlung am internationalen Gerichtshof in Den Haag im Februar 2004 zur Frage des Sicherheitszauns sowie europäische Berichte, die einen steilen Anstieg des Antisemitismus auf dem Kontinent bezeugen. Die tiefe Ungewissheit bezüglich der Erfolgsaussichten der Amerikaner im Irak und die internationale Terrorwelle führen zu einer anhaltenden Destabilisierung in der Region und zur Unfähigkeit der Vereinigten Staaten – die den Präsidentschaftswahlen entgegengehen –, eine aktive politische Rolle im Nahen Osten zu spielen.

Friedensaussichten in der Region nach dem Irak-Krieg

Parallel dazu ist infolge des Irak-Kriegs in Israel eine gedankliche Wendung eingetreten, nämlich eine Tendenz, die Chancen für einen Frieden in den nächsten Jahren deutlich höher einzuschätzen (Arian, 2003): Während im Jahre 2002 noch 79 % der Israelis meinten, dass in der Region ein Krieg ausbrechen werde, sank dieser Prozentsatz dramatisch, bis weit unter die Hälfte, auf 34 %, im Jahre 2003. Parallel dazu wuchs der Anteil derer, die meinen, ein Frieden in der Region sei innerhalb der nächsten drei Jahre möglich, von 21 % im Jahre 2002 auf über das Doppelte – 43 % im Jahr

darauf. Ebenso stieg der Anteil derer, die der Meinung sind, dass zur Erreichung eines Abkommens Friedensgespräche mit den Palästinensern effektiver seien als militärische Gewalt: von 36 % Befürwortern gegenüber 45 % Gegnern im Jahre 2002 auf 49 % Unterstützung gegenüber 34 % Ablehnung im Jahr 2003.

Der Terror, die politische Kultur, die Medien und die öffentliche Meinung in Israel

Zweifellos befindet sich die politische Kultur Israels in einer ernsten Krise. Das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum ist so stark, dass es Alternativen und Vorschläge für eine bedeutendere politische Veränderung – bzw. jeden kulturellen und politischen Horizont, der anders ist als der, den die herrschende Mitte diktiert (Gramsci) – eliminieren kann.⁸ Im Gegensatz zu den europäischen Staaten, in denen der politische und kulturelle Raum von fünf Hauptgruppen gestaltet wird – die extreme, nationale und rassistische Rechte, die gemäßigte christliche Rechte, die liberalen Bewegungen, die Sozialdemokraten und die extreme wie die alternative Linke (Kommunisten, Grüne, Anti-Globalisten u. Ä.) –, befinden sich die politischen Gruppen in Israel überwiegend in der politischen Mitte. Von dort aus wenden sie sich nach links, etwa bei der Unterstützung eines palästinensischen Staates oder beim Thema Räumung der Siedlungen und Verhandlungen mit den Palästinensern, und gleichzeitig nach rechts in Fragen persönlicher und nationaler Sicherheit. Letzteres gilt ebenso für Themen wie Kampf gegen den Terror, den Trennzaun und seine Platzierung und die militärischen Maßnahmen Israels gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

⁸ Vgl. Antonio Gramsci, *Quaderni del carcere* (1948–1951), Turin 1975.

Die ideologische, gesellschaftliche und kulturelle Segmentierung in Israel – besonders Fragen der Gruppenidentität, die sich vor über einem Jahrzehnt in ethnische Komponenten spaltete – und Fragen von Religion und Staat wurden durch die Intifada und speziell durch den allgegenwärtigen Terror in den Hintergrund gedrängt. Die hier angeführten Daten rechtfertigen meines Erachtens die Schlussfolgerung, dass der Terror weder als Erschütterung der elementaren politischen und sicherheitspolitischen Anschauungen in Israel, noch der Zentralen der Armee und Sicherheitsorgane angesehen werden kann – obwohl einige ihrer Sprecher heute zugeben, dass sie im Kampf gegen den Terror gescheitert sind –, sondern vielmehr als Bedrohung der „persönlichen Sicherheit“. Dieser Terminus wurde in den Terrorreportagen in den Medien festgelegt, der hauptsächlich Arena des „Terror-Theaters“. Er schließt ein: Kinder, Verwandte und Freunde, aber auch Israelis aus nicht führenden Bereichen wie Immigranten aus Russland, Orthodoxe, israelische Araber und sogar Fremdarbeiter.

Die gesellschaftliche Solidarität und eine Haltung des „Opfertums“ sind es meiner Meinung nach, die neben der Auflösung der persönlichen Sicherheit zur Lähmung der israelischen Politik und Staatsführung beigetragen haben, zu einer Art De-Politisierung des Konflikts, der in Dimensionen einer politischen Theologie rezipiert wird: Der Feind hat sich von einem politischen Konkurrenten, mit dem man pragmatische politische Abkommen erreichen kann, zu einer Art Satan gewandelt. Er steht außerhalb der menschlichen Spezies, ist ein Feind der Menschheit, der Geschichte, der jüdisch-israelischen Identität und Existenz. Die Terroristen unterstützen diesen Prozess der Dämonisierung: Sie selbst rufen zum Dschihad auf, zum Heiligen Krieg, und nennen ihre Selbstmordattentäter „Schahids“, heilige Märtyrer.

Das öffentliche Bewusstsein in Israel lebt in den letzten Jahren von einem Anschlag zum anderen, zwischen dem Terrormarathon im Fernsehen und dem Rückzug in den brennenden inneren Schmerz. So sieht, in einer Art Parallelprozess, natürlich auch die Welt vieler Palästinenser aus. Die Bedeutung, die jedem Einzelnen der Terroranschläge in den Medien gegeben wird und entsprechend den Opfern, die in ihrem Verlauf ermordet wurden – sei sie theologisch, historisch, philosophisch oder menschlich –, wird als viel tiefer und schicksalhafter angesehen als die „bloße“ Politik. Sie verdrängt und löscht die politisch demokratischen Grundlagen der traditionellen ideologischen Diskussion aus und lässt die kollektive Bewusstseinslage eines „Notstands“ entste-

hen, in ähnlichem Sinne wie von Carl Schmitt⁹ seinerzeit entwickelt. In einer solchen Situation wird jeder Vorschlag einer Alternative als Bedrohung aufgefasst, als Angriff auf die öffentliche Tagesordnung, die das herrschende System diktiert: Wir sitzen alle in einem Boot, und jeder, der eine andere Meinung hat, ist unser Feind.

Seit den Ereignissen des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten sowie dem Krieg gegen den Terror und insbesondere gegen den Irak hat sich die Kultur des „Notstands“, die Amerika und in ihrer Folge die amerikanischen und internationalen Medien als offizielle Politik adoptiert haben, zu einer globalen gewandelt. Die Medien, darunter die israelischen, legen in letzter Zeit Denkrahmen, kollektive Tagesordnungen und die politische, ökonomische und kulturelle Agenda fest. Robert Putnam übte in den neunziger Jahre einschneidende Kritik am Zerfall der amerikanischen bürgerlichen Gesellschaft und beschuldigte das amerikanische Fernsehen, ein zentraler Faktor dieses Prozesses zu sein.¹⁰ Er berichtete kürzlich, dass infolge der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten ein bedeutsamer Wandel in der öffentlichen Einstellung eingetreten sei: Die Amerikaner entdeckten von neuem ihre Freunde und Nachbarn, ihre öffentlichen Institutionen und ihr gemeinsames Schicksal.¹¹

Die Bedeutung der Medien und ihrer Zentralen ist wegen der Ereignisse dramatisch gewachsen: Einerseits kooperieren die Medien mit den globalen herrschenden Kreisen auf Grund ihrer institutionellen und kulturellen Nähe zu Eliten und ihren wirtschaftlichen Interessen. Andererseits sind sie Hauptschauplatz der Terrorereignisse selbst – von den explodierenden Zwillingstürmen in New York über Bilder des Grauens von Anschlägen in Israel und in der Welt, von Bali bis Istanbul und Madrid. Mehr noch: Die Medien dienen auch den Terroristen als Sprachrohr, zum Beispiel mittels Kassetten von Osama bin Laden und seiner Gefährten, die zu universalen Kulturhelden wurden, oder durch Videobänder von Selbstmördern der Hamas und der Fatah sowie Interviews mit ihren Anführern. Als globaler Hauptschauplatz bei der Bildung der öffentlichen Meinung erfüllen die Medien auch in Israel eine dialektische Rolle: Sie dokumentieren die Konfrontation und den Terror, üben Kritik, erklären seine Antriebskräfte, zeigen seine verschiedenen und schrecklichen Gesichter – doch gleichzeitig halten sie seine Vitalität und Stärke aufrecht und entfachen sie bisweilen.

9 Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie*, München 1934.

10 Vgl. Robert D. Putnam, *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

11 Vgl. ders., *Bowling Together*, in: *The American Prospect*, 13 (2003) 3.

Die Al-Aqsa-Intifada und das Genfer Abkommen

Seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada vor mehr als drei Jahren sind zahlreiche miteinander konkurrierende Prozesse in Palästina in Gang gekommen. Der erste besteht in einer Verschärfung der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Was zunächst als eine Warnlinie erschien, die nicht übertreten werden sollte, wurde im Laufe der Zeit eher die Regel als die Ausnahme. Die israelischen Angriffe haben sich weiterentwickelt: von der Bombardierung mit Raketen und Panzern hin zum Einsatz von Apache-Hubschraubern und F-16-Kampfflugzeugen, vom begrenzten Einmarsch in einige palästinensische Städte hin zur umfassenden Besetzung palästinensischer Gebiete, von Ausgangssperren hin zu ausgedehnten militärischen Kontrollpunkten, die das Ziel haben, palästinensische Städte, Dörfer und Flüchtlingslager voneinander zu isolieren; von der wirtschaftlichen und politischen Belagerung hin zum umfassenden kulturellen, sozialen und psychologischen Angriff. Es gibt nahezu keine palästinensische Familie, die nicht von Tötung, Verletzung, Verhaftung, Häuserzerstörung und Hunger betroffen gewesen ist.

Als Reaktion auf diese Maßnahmen gab es einen spürbaren Anstieg des Widerstands bei der palästinensischen Bevölkerung. Aufständische, die zu Beginn der Al-Aqsa-Intifada Steine auf die Besatzungsarmee warfen, wandten sich von diesen Mitteln ab und gingen zu direkteren Formen des Widerstands über. Schritt für Schritt veränderte sich ihre Strategie von friedlichen Demonstrationen und Protesten hin zum Einsatz von Waffen und schließlich zu Selbstmordattentaten. Die Tötung von Teilnehmern des Widerstands durch die Israelis bewirkte keine Abschreckung. Ebenso erreichten kollektive Verhaftungen dieses Ziel nicht. Selbst die Zerstörung der Häuser der Selbstmordattentäter schien nicht präventiv zu wirken. Die Bereitschaft zum Widerstand innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, so lässt sich annehmen, verursacht ernsthafte Irritationen unter den israelischen Militär- und Politikstrategen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass das Machtverhältnis zwischen den beiden Parteien durchweg zugunsten der Israelis ausfällt. Israel hat die Vorherrschaft über das Land, das Meer und den Luftraum. Der Trugschluss der Sicherheit Israels, die

Sharon seinen Wählern versprach, hat sich zu einer Farce gewandelt: Sie überzeugte weder seine Gegner noch seine Unterstützer. Die hundert Tage, die Sharon von seiner Bevölkerung eingeräumt haben wollte, um die Intifada zu bezwingen, verstrichen ergebnislos: Die Intifada wurde organisierter, wirksamer und zielorientierter.

Die strategische Machtbalance, die gewöhnlich den Israelis nutzte, wurde erst durch die palästinensische Bereitschaft zu sterben erreicht. Der Übermacht des israelischen Militärs setzten nicht wenige Palästinenser Selbstmordattentate als vielleicht letztes Mittel des Widerstands entgegen. Die unzähligen militärischen Checkpoints, die Sharon an sämtlichen palästinensischen Straßen errichten ließ, sind Symbole der Unterdrückung und stellen gesellschaftliche und vor allem psychologische Brutstätten für Selbstmordattentäter dar – als ein Ergebnis anhaltender und systematischer Demütigung. Sharons zahlreiche militärische Schläge gegen die Palästinenser brachten nicht den gewünschten Erfolg, sich der Besatzung zu ergeben.

Ein weiteres Phänomen, das die Al-Aqsa-Intifada seit ihrem Ausbruch kennzeichnet, ist die immer häufigere Lancierung diplomatischer und politischer Initiativen, um den Konflikt zu lösen oder ihn zumindest zu beruhigen. Kaum gelingt es dem palästinensischen Widerstand, die Besatzung zu stören und ihre Unfähigkeit aufzuzeigen, ein nach Freiheit rufendes Volk zu unterdrücken, wird eine Initiative veröffentlicht, um Spannungen zu verringern und die Palästinenser in den Glauben zu versetzen, dass es eine gewisse Hoffnung am Horizont gebe. Eine umfangreiche Zahl von Initiativen, Vereinbarungen und Erklärungen sind ausgebreitet worden. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Palästinenser sich daran gewöhnt haben, auf eine weitere Initiative beziehungsweise Vereinbarung zu warten, wenn der Schwung einer vorherigen abnimmt. Sogar ungeachtet der Tatsache, dass keine dieser Initiativen erfolgreich das palästinensische Leid und die Qualen verringert hat, tauchten sie weiterhin unvermindert auf: Sie wirkten häufig wie eine Kette, die eher die palästinensische Psyche festigen als die israelischen Gewaltmaßnahmen beenden sollte. Beobachter erinnern sich noch an Sharons umfassenden Angriff auf palästinensische Gebiete Ende März 2002, am Vorabend

Übersetzung aus dem Englischen: Dagmar Schittly, Berlin.

des Arabischen Gipfels in Beirut, auf dem die arabische Friedensinitiative bekannt gegeben wurde. Trotz internationaler, regionaler und palästinensischer Initiativen und Bemühungen gab es noch mehr Unterdrückung der Palästinenser durch Israel. Die israelische Antwort auf diese Friedensinitiative von Beirut war eine komplette Belagerung aller palästinensischen Gebiete, darunter das Präsidentengelände (Muqata'a) in Ramallah und die Geburtskirche in Bethlehem; ebenso gab es den Vandalismus mit zahlreichen Toten im Flüchtlingslager Jenin. Selbst als eine palästinensische Gruppe dazu aufrief, den Widerstand hinter der Grünen Grenze zu stoppen, wie es Sari Nusseibeh verlangte, reagierte die Besatzungsmacht mit weiteren Einmärschen, Einkerkierungen und Tötungen. Auch als einige palästinensische Politiker es für angemessen hielten, sich auf eine einseitige Feuerpause sowie die so genannte „hudna“ (einseitig erklärter Waffenstillstand) im Rahmen der „Road Map“ (Fahrplan) einzulassen, verschwendete Sharon keine Zeit und initiierte weitere Tötungen, Zerstörungen und den Bau einer für das palästinensische Land, die Menschen und die Umwelt verheerenden Mauer, die von den Israelis als Sicherheitszaun bezeichnet wird.

Fast immer bestand das Muster darin, dass es nach jeder Initiative eine Katastrophe gab: Die Palästinenser bekamen das Gefühl vermittelt, dass diplomatische und politische Schritte dazu bestimmt waren, ihnen mehr Blutvergießen und Leid zu bringen. Tatsächlich empfinden die Palästinenser, dass mit dem Genfer Abkommen heute die Vereinigung zum Frost hinzukam.

Eine der grundlegenden Regeln der internationalen Beziehungen besteht darin, dass der Beitritt einer Partei zu einem Abkommen mit einer anderen Partei von einer Reihe von Dynamiken bestimmt wird, die zur Bildung ihrer Vorstellungen, der Bestimmung ihrer Ziele, des Einflusses ihrer Absichten und der Formulierung ihrer gewünschten Ziele beitragen. Mit anderen Worten, die Dynamik kurz vor einem entsprechenden Schritt, wie dem Eintritt in ein Abkommen, ist naturgemäß verknüpft mit dem Ziel, das erreicht werden soll. Zweifellos ist die Verkettung zwischen Anfängen und Enden stärker als zwischen den verschiedenen Teilen eines möglichen Ganzen, wo es im Prozess eine starke, verwobene Interaktion gibt.

Diese Beziehung ist in der Welt der Politik ganz allgemein relevant. Dennoch erhält die Sache eine zusätzliche Bedeutung, wenn man das Verhältnis zwischen einer Besatzungsmacht einerseits und einem Volk unter Kolonisation andererseits betrachtet. Die Frage erhält eine weitere Bedeu-

tung, wenn die palästinensisch-israelischen Beziehungen diskutiert werden, insbesondere wenn es um die Formulierung von Abkommen und Initiativen geht.

Das Genfer Abkommen

Ein Überblick über die Vorgeschichte der Palästinenser, die an der Unterzeichnung des Genfer Abkommens beteiligt waren, zeigt, dass diese von einer Vielzahl von Motiven geleitet und von verschiedenen Merkmalen beherrscht werden, die ihr politisches Verhalten beeinflussen. Erstens scheint es, dass die meisten von ihnen sich im Verlauf der dreieinhalbjährigen Al-Aqsa-Intifada im Widerspruch zum Trend in der palästinensischen Gesellschaft befinden: In ihrer Haltung, ihren Äußerungen und ihrem Verhalten scheinen sie der Intifada und dem Widerstand gegen die Besatzung eindeutig reserviert gegenüberzustehen.

Zweitens war der Großteil der Teilnehmer stark in „Normalisierungsprojekte“ mit den Israelis involviert, was dazu geführt hat, dass sie ihre Position gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung in der Gesellschaft nicht normalisieren konnten. Solche Teilnehmer wurden zu Vermittlern bei der Öffnung verschiedener Kommunikationskanäle und beim Abhalten von Treffen mit den Israelis, ohne dabei die psychologischen, politischen und medialen Auswirkungen solcher Kanäle und Treffen sowohl innenpolitisch und regional als auch international in Betracht zu ziehen. Damit haben sie sich selbst zu einem Feigenblatt für die Israelis gemacht, die damit ihre Unterdrückung des palästinensischen Volkes beschönigen und ihr Image in der Welt vermarkten konnten.

Drittens haben sie unermüdlich daran gearbeitet, die Intifada von Anfang an zu stoppen, und behauptet, diese sei schädlich hinsichtlich der weltweiten öffentlichen Meinung. Sie haben den palästinensischen Widerstand undifferenziert mit dem Terrorismus in Zusammenhang gebracht.

Viertens haben sich bei ihrer Analyse der Motive und der Lösungen für den palästinensisch-israelischen Konflikt häufiger nichtpalästinensische Perspektiven widerspiegelt als palästinensische. Deshalb haben sie, anstatt die Rolle von Botschaftern ihrer Gesellschaft zu spielen, dazu beigetragen, die Palästinenser zu spalten, indem sie Frustration und Verzweiflung in ihren Reihen verbreitet haben.

Schließlich ist die Lösung, der sie mit dem Genfer Abkommen zugestimmt haben, nichts anderes als

der Höhepunkt und die Fortsetzung ihrer Bemühungen, der Intifada einen Schlag zu versetzen, nachdem zuvor alle anderen Mittel, israelische und sonstige, gescheitert waren, diese zu beenden. Sie fingen damit an, sich als Kritiker der Intifada zu profilieren; dann wurden sie zu Reformern. Und jetzt glauben sie, dass sie ihren Einfluss geltend machen können, um eine dauerhafte Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes herbeizuführen, während sie in diesem Prozess den Kern des palästinensischen Kampfes und der Geschichte zerstören.

Ein kurzer, jedoch konzentrierter Blick auf das Genfer Abkommen wird eine Vielzahl ernsthafter Defizite enthüllen, trotz der palästinensischen Behauptung, dass das Abkommen als Retter der untergegangenen israelischen Linken dient. Hier lohnt es sich in Erinnerung zu rufen, dass es die israelische Linke war, welche die Atmosphäre schuf, welche die Intifada unausweichlich machte. Und zwar indem Sharon erlaubte wurde, am 28. September 2000 die Heiligkeit der moslemischen Al-Aqsa-Moschee zu verletzen.

Der erste Makel des Genfer Abkommens ist philosophischer Natur, da das Abkommen vollständig die Besetzung als bestimmende, zentrale Ursache des Konfliktes außer Acht lässt und an seine Stelle Konfrontation, Terrorismus und Krieg stellt. Stattdessen sind es die Palästinenser, die mit Terrorismus gleichgesetzt werden, und daraus folgt, dass sie auch diejenigen sind, die hinter dem Konflikt stecken. Deshalb ist die israelische Besetzung von Beginn an von jeglicher Verantwortung befreit. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, dass im Genfer Abkommen das Wort Besetzung keinerlei Erwähnung findet. Zweitens setzt das Abkommen – im Gegensatz zu der irreführenden Behauptung, dass es die internationalen Resolutionen zu Palästina berücksichtigt – alle UN-Resolutionen zu Palästina außer Kraft und bezeichnet sie als null und nichtig, was in Artikel 17 des Abkommens unmissverständlich formuliert wird. Deshalb ist jegliche Erwähnung von irgendwelchen UN-Resolutionen in dem Abkommen irreführend, da eine neue Resolution alle vorausgegangenen ersetzen und die verlangte Vereinbarung billigen soll.

Drittens verletzt das Genfer Abkommen alle palästinensischen Rechte auf Eigenstaatlichkeit, Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Das vorgesehene palästinensische Gebilde ist kein Staat, weil es geographisch nicht verbunden, sondern vielmehr fragmentiert ist. Der mögliche Korridor zwischen dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland befindet sich unter israelischer Hoheit, und Gleiches gilt für zahlreiche Straßen, die jüdische Stätten innerhalb des möglichen palästinensi-

schen Staates miteinander verbinden. Das palästinensische Gebilde ist kein Staat und wird keiner sein, weil seine Grenzen endlos unter ausländischer Kontrolle zu stehen scheinen – israelischer bzw. multinationaler. Eigenstaatlichkeit besteht nicht, denn die mögliche Hauptstadt, Jerusalem, ist im Großen und Ganzen unter israelischer Kontrolle bzw. Aufsicht, insbesondere wenn es um islamische religiöse Stätten geht. Zusätzlich haben die Palästinenser im wahrsten Sinne des Wortes keine Souveränität in ihrem Land, da die unterschiedlichen Sicherheits- und internationalen Beobachterkomitees mehr Rechte, Verantwortlichkeiten und Macht haben als die Palästinenser selbst. Der palästinensische Luftraum steht unter Kontrolle der israelischen Luftwaffe – trotz der irreführenden Klausel, die bestimmt, dass er sich unter palästinensischer Souveränität befindet. Also ist die Frage der palästinensischen Unabhängigkeit nichts als eine Farce. Fast jeder Artikel des Abkommens macht das Handeln der Palästinenser abhängig von der israelischen Zustimmung. Israel, nicht die Palästinenser, hat ein Vetorecht hinsichtlich jedweder Veränderungen, Entwicklungen beziehungsweise Modifikationen. Daher wird das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch das Abkommen eklatant verletzt. Das Abkommen stellt den Höhepunkt der israelischen Bedingungen und Diktate dar und ist keinesfalls ein Spiegelbild des Willens oder der Wünsche der Palästinenser. Gemäß dem Abkommen wird in Wirklichkeit ein neues Zwangssystem geschaffen, das sich zusammensetzt aus Israel und zahlreichen weiteren Komitees: Die Palästinenser können tun, was ihnen angewiesen wird, aber sie können nicht legislativ wirken – sie können gehorchen, aber nicht entscheiden.

Viertens verweigert das Abkommen in völliger Missachtung des palästinensischen Widerstands während der Al-Aqsa-Intifada, insbesondere in den beiden Flüchtlingslagern Rafah und Jenin, das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr, d. h., das Abkommen verweigert eine Lösung für die Mehrheit der Palästinenser, da zwei von drei Palästinensern auf der Welt Flüchtlinge sind. Dementsprechend unterbreitet das Genfer Abkommen nicht nur partielle Pseudolösungen für einige Palästinenser, sondern bewirkt zudem, dass das palästinensische Gebilde die Mehrheit der Palästinenser verleugnet. Das Abkommen schlägt die Rückführung der überwiegenden Mehrheit der Palästinenser vor, jedoch nicht ihre nationale Eingliederung, beispielweise indem ihnen Nationalität und Staatsbürgerrechte gewährt werden, wo immer sie leben. Im Kern legt dieses Abkommen die Saat für künftige verminten Felder im Hinblick auf die Frage der palästinensischen Flüchtlinge.

Für die Bedingungen des Abkommens tragen die palästinensischen Unterzeichner die Verantwortung und nicht die Israelis. Keine palästinensische Forderung gegenüber Israel wird mit der Unterzeichnung des Genfer Abkommens anerkannt.

Fünftens erscheint die Frage der palästinensischen Gefangenen im Abkommen nur als ein nachträglicher Gedanke im drittletzten Artikel. Die Kategorisierung und die Entlassungsbedingungen für einige Gefangene widersprechen dem Wesen von Krisenbewältigungs- bzw. Konfliktlösungsmaßnahmen. Anstatt als vertrauensbildende Maßnahme alle palästinensischen Gefangenen vor der Unterzeichnung bedingungslos zu entlassen, beeilen sich die Unterzeichner, sich auf eine vollständige Normalisierung der Beziehungen zwischen den Palästinensern und den Israelis zu einigen, insbesondere auf den Austausch von Diplomaten spätestens einen Monat, nachdem das Abkommen umgesetzt worden ist.

Schließlich beinhaltet das Genfer Abkommen statt einer dauerhaften Lösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt ein Rezept für einen innerpalästinensischen Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern seiner Bestimmungen und Bedingungen. Weit verbreitete Verzweiflung und tiefe Frustration können einer weiteren Verschärfung des Konfliktes den Boden bereiten sowie für das notwendige Ausmaß sorgen. Und zwar gleichzeitig in zwei Richtungen: sowohl extern wie gehabt als auch intern, innerhalb der palästinensischen Reihen, als eine Folge des neuen Genfer Abkommens. Viele Palästinenser fürchten daher, dass sie nach ein paar Jahren die Ernte des Genfer Abkommens in Form einer weiteren Intifada einfahren, die stärker und entschlossener ist als je zuvor.

Sharon stürzen oder retten?

Die Gewinner des Genfer Abkommens stützen ihre Argumentation auf die Annahme, dass ein solches Abkommen einen echten Durchbruch innerhalb der israelischen Reihen bedeute. Einer solchen Denkweise zufolge wird von dieser Entwicklung angenommen, dass sie die oppositionellen israelischen Friedenskräfte, vertreten durch die israelische Linke, stärkt. Unvermeidlich werde dies dabei helfen, die Schlinge um Sharons Hals fester zu ziehen und – noch wichtiger – ihn zwingen, auf die Rufe nach Frieden zu reagieren. Deshalb wird entsprechend dieser Annahme vom Genfer Abkommen erwartet, dass der Sharon-Block zum Zusammenbruch und seine Politik ins Wanken gebracht werden. Der weitreichende

Effekt eines solchen Schrittes, so glaubt man, wird eine Verringerung der palästinensischen Schmerzen und Qualen sein. Die palästinensischen Anhänger des Abkommens argumentieren weiterhin, dass es die amerikanisch-israelische Behauptung widerlegen werde, nach der es angeblich keine Palästinenser gebe, mit denen Frieden geschlossen werden könne. Als Ergebnis könnte eine fundamentale Veränderung innerhalb der internationalen Politik gegenüber dem Palästinenser-Problem herbeigeführt werden. Mit diesem Prozess könne den nationalen Interessen gedient werden, so die Befürworter des Abkommens.

Allerdings könnte ein sorgfältiger Blick auf die Motivationen hinter der Unterzeichnung des Abkommens und die damit verbundenen Probleme auf der Ebene der politischen Struktur Israels und seiner Politik gegenüber dem palästinensischen Volk etwas anderes nahe legen. Sicher kann gesagt werden, dass das Genfer Abkommen dazu beiträgt, Sharon aus seinen innen- und außenpolitischen, sicherheitsrelevanten, rechtlichen und wirtschaftlichen Krisen zu retten. Tatsächlich hilft das Abkommen Sharon – auch wenn die palästinensischen Befürworter dies vielleicht nicht erreichen wollten –, sich Luft zu verschaffen. Nüchtern betrachtet, könnte man so weit gehen, zu sagen, dass das Abkommen ihn dabei unterstützt, die Belagerung der palästinensischen Führung angesichts der zahlreichen nationalen palästinensischen sowie amerikanischen und europäischen Auswirkungen zu verschärfen.

Keineswegs ist es eine weit hergeholt Schlussfolgerung, dass das Genfer Abkommen die Sorgen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft vertiefen wird; es erfüllt weder die geringsten palästinensischen Forderungen noch gewährt es irgendwelche nationalen Rechte, insbesondere nach mehr als drei Jahren der Al-Aqsa-Intifada. Was als durch das Abkommen erreichte Errungenschaften betrachtet werden könnte, könnte ebenso gut als ernsthafter moralischer Rückschlag unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten und der Diaspora gesehen werden. Dass die Intifada zur Schaffung einer Vereinbarung wie des Genfer Abkommens führt, wird zweifellos eine beispiellose Frustration hervorrufen, besonders da die Befürworter des Abkommens versuchen werden, dies unter den Palästinensern zu verbreiten und bekannt zu machen. Mit Sicherheit wird das Abkommen den Zustand der Orientierungslosigkeit innerhalb der palästinensischen Gesellschaft vergrößern, ebenso wie die Menge der politischen Schritte und Initiativen.

Darüber hinaus könnte die Unklarheit dieser Phase weitere Trennlinien zwischen den Befürwor-

tern und den Gegnern des Abkommens schaffen. Es ist hier wichtig festzustellen, dass die zahlreichen Proteste, die es am Tag der Unterzeichnung der Vereinbarung in Genf gab, zeigen, dass die Palästinenser dies nicht als eine akzeptable, glaubwürdige oder überzeugende Lösung ansehen.

Ebenso ist auch bestens bekannt, dass das wachsende Gefühl der Orientierungslosigkeit in einer Gesellschaft, die seit mehr als drei Jahren daran gewöhnt ist, sich der Besetzung mit unterschiedlichen Mitteln zu widersetzen, ein Grund für das Ende der Intifada werden könnte, bevor sie ihre Ziele erreicht hat. Eine sich zurückziehende Intifada und ein geschwächter Widerstand als Ergebnis eines solchen Abkommens würden zu einem erzwungenen Ruhezustand aufgrund von Frustration führen. Zur Schaffung eines solchen Zustandes tragen auch die arabischen und internationalen Bemühungen der Palästinenser bei, eine Feuerpause mit den Israelis zu erreichen und den Waffenstillstand „hudna“ zu erneuern. Trotz der Behauptungen, dass das Genfer Abkommen eine informelle Vereinbarung sei, führt die Frustration, die aus seiner Unterzeichnung herrührt, durch die Einhaltung der Feuerpause und der „hudna“ zu einer Pause im Widerstand. Jedenfalls zeitweise – bis Sharon sich wieder anschickt, die Ruhe mit seiner Militärmacht zu unterbrechen. Dies wird ohne Zweifel ein sicheres israelisches Umfeld schaffen, entsprechend Sharons Versprechen an seine Wähler und an die Vielen, die ihn weiterhin für ihren Retter halten.

Der erzwungene Ruhezustand, den das Genfer Abkommen zu erreichen versucht, wird Sharon und seinem Lager einen guten Dienst erweisen, ungeachtet dessen, ob er seine politische Laufbahn nach der nächsten Wahl fortsetzen kann oder nicht. Zudem wird ein Zustand der Ruhe, der das Ergebnis von Frustration und Richtungslosigkeit ist, Sharon in die Lage versetzen, seine strategischen Pläne weiter voranzutreiben. Darunter ist die Errichtung einer Mauer nicht der letzte, mit der die Palästinenser in betonierten Enklaven isoliert werden sollen – während ihr Land dafür beschlagnahmt wird. Inmitten der Ruhe, die erkennbar von einer Fortsetzung der strategischen Pläne Sharons begleitet wird, kann er dann gegenüber der israelischen Öffentlichkeit behaupten, dass er letztlich derjenige ist, dem es gelungen ist, Sicherheit und Stabilität zu bringen, ohne irgendeine seiner strategischen Maßnahmen zurückzunehmen, und dabei die Palästinenser weiterhin bewegungslos aussehen zu lassen. In einem solchen Moment kann jeder gewissenhafte, vernünftige Israeli nichts anderes tun, als Sharon weiterhin zu unterstützen.

Um seine Gegner und Kritiker aus dem Genfer Lager zu umgehen, hält es Sharon für politisch opportun, seine eigenen Lösungsvorschläge zu präsentieren, so dass er nicht als Blockierer erscheint. Er stellte einen Plan für einen Rückzug aus allen israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen vor. Deshalb sind diese Versuche Sharons, zu einem Zeitpunkt, da die Welt zunehmend die Grausamkeiten der Besetzung wahrzunehmen beginnt, beim Wort zu nehmen. Natürlich bleibt der hauptsächlichliche Nutznießer, trotz aller palästinensischer Hoffnungen und Bemühungen, Sharon selbst.

Ebenso muss betont werden, dass das Genfer Abkommen die der palästinensischen Führung auferlegten Bedingungen erneuert. Jedoch kann dies nur durch palästinensischen Druck durch die Unterstützer des Abkommens geschehen. Selbst wenn die offizielle palästinensische Position gegenüber dem Abkommen bis jetzt zurückhaltend bleibt, ebnet es doch den Weg, einen weiteren geradlinigen Schritt in Richtung von zunehmendem innenpolitischen und internationalen Druck zu gehen.

Arafat isolieren

Die Standfestigkeit des palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat gegenüber dem amerikanischen und israelischen Druck während der Camp-David-Gespräche im Sommer 2000 diente als psychologischer Auslöser für das palästinensische Volk, da deutlich wurde, dass der Verhandlungsbedarf mit seinen vorangegangenen Dynamiken, Inhalten und Ergebnissen nicht mehr gegeben war. In der Folge hatten die Palästinenser das Gefühl, sie müssten standhafter und geduldiger sein, um den Herausforderungen der kommenden Tage zu begegnen. Obwohl sich die Regierungen von Bill Clinton und Ehud Barak intensiv bemühten, die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche Arafat zu geben, wurde dieser dennoch in den palästinensischen und arabischen Augen als geschickter Verhandlungspolitiker angesehen, der die Rechte seines Volkes trotz aller Drohungen und Andeutungen schützt. Arafat kann nun schon, trotz der falschen Darstellungen von Clinton und Barak, den palästinensischen Nationalismus als Symbol über Jahrzehnte hinweg verkörpern. Warnungen vor einer ungewissen Zukunft konnten ihn nicht zum Nachgeben bringen. Nicht einmal gegen ihn persönlich geäußerte Drohungen brachen seinen Willen – eher im Gegenteil. Mit dem Scheitern der Camp-David-Gespräche schoss Arafats Popu-

larität in eine nie da gewesene Höhe. Damit wuchs seine Bereitschaft, die Verantwortung für seine prinzipientreue Position und Politik auf sich zu nehmen.

Im Ergebnis entstand ein neuer Prozess innerhalb der palästinensischen Gesellschaft mit einer Reihe von komplizierten und vielfachen Faktoren, die die Palästinenser dazu brachten, sich von der Psyche von Treffen und Zusammenkünften mit den Israelis zur Mentalität des Protestes, der Demonstrationen und des Widerstands hinzubewegen. Damit ein solch facettenreicher Prozess Formen annehmen konnte, musste ein auslösendes Ereignis den Beginn eines neuen Abschnittes einläuten und die Tür zum vergangenen zuschlagen. Sharons Wunsch nach einem Besuch der Al-Aqsa-Moschee am 28. September 2000 wurde zum passenden Signal für die nach sieben beschwerlichen Jahren fruchtloser Verhandlungen höchst frustrierten Palästinenser. Trotz des Schmerzes und der Qual, die mit dem neuen Prozess einhergehen, erscheint das Stillhalten noch schmerzhafter und qualvoller. Die Al-Aqsa-Intifada wurde zu einem Mittel angesichts fehlender anderer politischer Optionen. Die Vereinigten Staaten spielten unterschiedliche und sogar gegensätzliche Rollen, um nach dem Scheitern der Gespräche von Camp David und am Vorabend der Intifada zwei Ziele zu erreichen: erstens das Abzielen auf den palästinensischen Widerstand mit der Absicht, den palästinensischen Willen und die Moral zu brechen. Dies geschah unter anderem durch die Politik der harten Hand. Deshalb überrascht es nicht, dass die israelische Besatzung ihre Aktionen gegen die Stützpunkte und Werkzeuge des Widerstands im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus unter dem politischen, medialen und moralischen Schutz der Amerikaner verstärkt hat.

Das zweite Ziel der Vereinigten Staaten und Israels war das Symbol des palästinensischen Nationalismus selbst: Yassir Arafat. Die Clinton- und die Barak-Regierung personalisierten ihre Angriffe in Richtung Arafat. Dabei setzten sie eine Reihe von Mitteln ein, um seine Führungskraft zu schwächen oder ihn ein für alle Mal als Symbol zu entstellen.

Deshalb bestand die wichtigste Methode der israelischen Besatzungseinrichtungen seit den ersten Tagen der Al-Aqsa-Intifada zu deren Beendigung in konzertierten Angriffen auf palästinensische Sicherheitszentralen und Büros im Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Diese Maßnahme zielte nicht nur auf das Sicherheitspersonal, sondern war auch eine deutliche Botschaft an Arafat. Die anhaltenden israelischen Luftangriffe gegen verschiedene Sicherheitszentralen der Palästinensi-

schen Autonomiebehörde stellen eine systematische Verschärfung des Druckes auf Arafat dar, um ihn zur Aufgabe zu zwingen. Die anhaltende Bombardierung von Sicherheitszentralen im Allgemeinen und von Arafats Hauptquartier, der Muqata'a in Ramallah, im Besonderen spiegelt die militärischen Mittel innerhalb der israelischen Pläne wider, mit dem Symbol des palästinensischen Nationalismus umzugehen, nämlich seine Funktion als Oberbefehlshaber über die Sicherheitsstreitkräfte zu schwächen.

Die Belagerung Arafats wurde von israelischen Aufforderungen gegenüber westlichen Vertretern begleitet, ihn bei ihren Besuchen in der Region zu boykottieren. Weil die israelischen Militärstrategen einsahen, dass der Prozess der gewaltsamen Zerstörung palästinensischer Sicherheitszentralen nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, glaubten sie, diess durch die Belagerung von Arafats Hauptquartier erreichen zu können. Das Versagen der israelischen Besatzungsmacht bei all ihren Zielen führte dazu, dass sich Israel anderen Unterdrückungswerkzeugen als dem Einsatz von Gewalt, der Belagerung und der Zerstörung von Sicherheitseinrichtungen zuwandte: Die israelische Besatzung begann, nach internen Unterdrückungsmitteln aus der palästinensischen politischen Gemeinschaft selbst zu suchen. Um dieses Ziel zu erreichen, billigte die israelische Regierung unter Sharon mit der Rückendeckung der Vereinigten Staaten eine politische, informatorische und diplomatische Kampagne, die dazu dienen sollte, Arafat als das unüberwindbare Haupthindernis für palästinensische Reformen auf den Gebieten der Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit darzustellen. Folglich hielt der amerikanische und israelische Druck auf Arafat unvermindert an, um ihn zu überzeugen, der Position eines palästinensischen Premierministers zuzustimmen.

Um dies zu erreichen, war es nur logisch, einige palästinensische Institutionen, legislative und andere, unter die Lupe zu nehmen, um ihrem Anliegen in dieser Hinsicht Nachdruck zu verleihen und es mit dem Argument zu rechtfertigen, der palästinensische Verwaltungsapparat müsse reformiert werden, um ihn mit internationalen, mehr noch als mit palästinensischen Standards in Einklang zu bringen. Als Reaktion auf die Intensität des internationalen Druckes wurden immer mehr Stimmen in palästinensischen politischen Kreisen laut, die die Einführung solcher Reformen forderten. Diese Forderungen verstummten erst, als die Position des Premierministers geschaffen und mit Mahmoud Abbas (Abu Mazen), zu Beginn des Sommers 2003 besetzt wurde.

Abbas' kritische und ablehnende Einstellung zur Intifada, seine geringe Popularität sowie die mangelnde Unterstützung innerhalb der Fatah-Bewegung sowie seine Unfähigkeit, innenpolitische palästinensische Bedürfnisse mit internationalem Druck in Einklang zu bringen, standen im Gegensatz zur festen Haltung Arafats. Was ebenfalls zur Stärkung von Arafats Position beitrug, ist sein Erfolg, das Gleichgewicht zwischen komplexen, facettenreichen internen und externen Erfordernissen aufrechtzuerhalten, insbesondere in Krisenzeiten. Mit Sicherheit verliefen die anhaltenden Bemühungen, eine neue palästinensische Regierung zu bilden, parallel zur Belagerung Arafats durch israelische Panzer.

Das Muster ist unmissverständlich klar: Wann immer Arafats Popularität steigt, werden rasch interne Krisen geschaffen. In diesem Zusammenhang ist die Frage angebracht, ob diese Parallelität zwischen äußerem Druck – wie die Zerstörung von Sicherheitszentralen und die Belagerung durch Panzer – und internem Druck – der Zwang zur Bildung von Regierungen und die Schaffung von Krisen – zufällig ist, insbesondere hinsichtlich des Zeitpunkts und der wachsenden Intensität?

Die Vereinigung externer und interner Druckmittel gegen Arafat spiegelt einen Zustand der Konfusion bei seinen Gegnern wider, vor allem bei Sharon, der öffentlich sein Bedauern ausdrückte, dass nicht auf Arafat gezielt wurde, als dieser während der israelischen Invasion im Libanon im Jahr 1982 in Beirut unter Belagerung stand. Sharon begriff, dass trotz der vollen Unterstützung der Amerikaner er derjenige ist, der sich eigentlich unter einer Belagerung befindet, und nicht Arafat – trotz seines Vertrauens auf bestimmte externe und interne palästinensische Mittel, um Arafat politisch, physisch, psychologisch und/oder diplomatisch anzugreifen.

Das Genfer Abkommen vertieft den Eindruck, dass Arafat das Haupthindernis für den Frieden ist: Würde er es unterstützen, wäre er innenpolitisch festgelegt. Unterstützt er es nicht, könnte sein Ansehen in der Welt bröckeln. In der Tat ist das Abkommen die wirksamste Maßnahme, um ihn in die Ecke zu drängen. Er und jeder andere in Palästina fühlte die Brisanz einer derartigen Maßnahme.

Schlussfolgerung

In dieser kritischen Phase von Sharons politischem Überleben angesichts der Al-Aqsa-Intifada und des Widerstands bleibt er der Nutznießer eines Abkommens, das in erster Linie seinen Interessen dient – wie der Architekt des Abkommens, Yossi Beilin, während seines Aufenthalts in Washington zur Vermarktung des Abkommens nach der Unterzeichnung in Genf erklärte.

Darüber hinaus lässt sich sagen, dass Abkommen nicht das Produkt von Tagträumen oder Wunschen sind und sein können. Ebenso ist festzustellen, dass das Schicksal von Menschen nicht das Ergebnis bloßen Experimentierens sein sollte. Das Genfer Abkommen löst eine neue Ära aus, nicht nur zwischen Palästinensern und Israelis, sondern vor allem unter den Palästinensern selbst. Das Genfer Abkommen schürt den Konflikt für die folgenden Jahre und führt die Palästinenser in einen Zustand, der noch viel schlechter ist als vor Beginn ihres heutigen nationalen Widerstandes durch die PLO. Jede friedliche Regelung für den anhaltenden palästinensisch-israelischen Konflikt kann nur eine geringe Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie nicht grundlegend die palästinensischen nationalen Rechte in Übereinstimmung mit internationalen Resolutionen behandelt und anerkennt.

Abbildung: Verlauf des im Bau befindlichen Sicherheitszaunes



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 2. 2004.

Die Europäische Union und der Nahostkonflikt

Die Bedeutung der Europäischen Union (EU) als internationaler Akteur im Nahen Osten ist seit den neunziger Jahren kontinuierlich gewachsen. Diese Entwicklung ist zum einen auf die stetige Ausweitung der außenpolitischen Kompetenzen der EU zurückzuführen, zum anderen auf temporäre Rückzüge der USA aus den Vermittlungsmaßnahmen im Nahostkonflikt. Zu Beginn des Nahost-Friedensprozesses in Madrid 1991 war die EU nur in geringem Maße im Rahmen der „Multilateral Tracks“ beteiligt. Gut zehn Jahre später steht die EU im 2002 gegründeten „Nahostquartett“ als ein gleichwertiger diplomatischer Akteur neben den USA, Russland und der UNO.

Immer wieder wird der EU vorgeworfen, ihr politisches Gewicht entspreche nicht ihrer ökonomischen Macht. Dieses Ungleichgewicht gilt auch für den Nahostkonflikt. Die EU war zwar von Anfang an der größte Geldgeber im Friedensprozess, jedoch nicht entsprechend politisch präsent. Dies hat sich in den letzten Jahren in dem Maße geändert, in dem der EU mehr außenpolitische Kompetenzen von den Mitgliedstaaten eingeräumt wurden. Neben der Unterstützung für den Friedensprozess, die Palästinensische Autonomiebehörde und eine selbstständige Infrastruktur in den besetzten Gebieten wurde auch im Rahmen des Barcelona-Prozesses seit 1995 einiges unternommen, um das politische Klima in der Region zu verbessern. Der Vorwurf der indirekten Finanzierung terroristischer Aktivitäten der Palästinensischen Autonomiebehörde durch EU-Gelder hat diese erst in den Anfängen begriffene gemeinsame europäische Nahostpolitik sogleich wieder ins Kreuzfeuer der Kritik geraten lassen.

Angesichts der Osterweiterung, der Konzepte der „Nachbarschaftspolitik – Wider Europe“, von Außenminister Joschka Fischers Vorschlägen für eine neue Nahostinitiative und der „Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der Mittelmeerregion und dem Nahen Osten“ stellt sich die Frage nach dem Platz des Nahen Ostens in der europäischen Zukunftsplanung. Wenn bisher die internen, institutionellen Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine kohärente Außenpolitik sehr erschweren, so droht angesichts der Osterweiterung ein weiterer schwerer Rückschlag für die GASP. Andererseits könnten die im Konvent diskutierten Vorschläge

zur Reform der außenpolitischen Institutionen der EU, insbesondere die Ernennung eines europäischen Außenministers, eine Stärkung der europäischen Position bewirken.

Aufbauend auf der historischen Entwicklung der europäischen Nahostpolitik, soll hier ein Überblick über die Rolle der EU im Nahostkonflikt vom Beginn der neunziger Jahre bis heute gegeben werden. Sowohl im europäischen Integrationsprozess als auch im Nahostkonflikt markiert das Jahr 1993 eine einschneidende Zäsur: den Beginn der GASP mit dem Vertrag von Maastricht und den Beginn einer neuen Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten mit den Abkommen von Oslo. Trotz interner institutioneller und politischer Schwierigkeiten der EU ist die europäische Rolle stetig gewachsen. Eine Europäisierung der Nahostpolitik findet statt.

Etappen europäischer Nahostpolitik

Europa trägt eine historische Verantwortung für den Nahostkonflikt: Der europäische Kolonialismus, die Weltkriege und ihre Folgen für die regionale Mächtekonstellation, der Holocaust, die Staatsgründung Israels und die europäische Beteiligung an der Austragung des Kalten Krieges haben den Nahen Osten nachhaltig geprägt. Europa hat gar keine andere Wahl, als sich an den Aufräumarbeiten dieses historischen Scherbenhaufens zu beteiligen. Europa hat auch eine politische Verantwortung, in dem Sinne, als es sich für die Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte einsetzen muss sowie für die Integration der zehn Millionen in Europa lebenden Menschen nordafrikanischen und nahöstlichen Ursprungs. Nicht zuletzt trägt die EU, als stärkster wirtschaftlicher Akteur im Mittelmeerraum, auch eine ökonomische Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Ökonomien der Region. Der Nahe Osten ist für die EU strategisch und militärisch von großer Bedeutung. Die angestrebte „Sicherheit und Stabilität“ in den Nachbarregionen, also auch im Nahen Osten, sollen die Sicherheit der EU gewährleisten.

Europäische Nahostpolitik steht in engem Zusammenhang zur europäischen Integration: Je weiter

diese voranschritt, umso mehr außenpolitische Kompetenzen wurden an die EG/EU abgegeben. Die Entwicklungen im Nahostkonflikt haben die EG/EU immer wieder dazu gezwungen, Stellung zu beziehen, ihre gemeinsame Außenpolitik zu konkretisieren und auszubauen. Zu Beginn der Europäischen Gemeinschaft stand die ökonomische Integration im Vordergrund. Die Römischen Verträge von 1958 sahen keine außenpolitische Zusammenarbeit vor. Der erste Versuch, die außenpolitischen Aktivitäten der damals neun EG-Mitgliedstaaten zu koordinieren, war die 1969 ins Leben gerufene Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Diese bestand vorrangig aus einer zwischenstaatlichen, losen Zusammenarbeit und Abstimmung der nationalen Außenpolitiken. Die EPZ musste sich bereits die gleiche Kritik gefallen lassen wie die GASP heute, als deren Vorläufer sie gilt: Sie sei eine Politik der Deklarationen, nur reaktiv, tatenlos, selektiv und wirkungslos in bestimmten Krisensituationen. Aber es wurden auch positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht, insbesondere im Bereich des KSZE-Prozesses und im Nahostkonflikt, den beiden inhaltlichen Schwerpunkten der EPZ.

Zunächst waren die Positionen sehr unterschiedlich. Frankreich stand nach dem Sechstagekrieg Israel sehr kritisch gegenüber, Deutschland und Großbritannien reagierten eher proisraelisch.¹ Nach und nach fand eine Annäherung der europäischen Positionen statt. Ziel der EPZ war es, eine möglichst neutrale Politik zu betreiben, weder Israel noch die Palästinenser zu sehr zu stärken. Als ein Erfolg der EPZ gilt die 1980 vom Europäischen Rat verabschiedete Erklärung von Venedig, die zum ersten Mal das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und die PLO als ihren offiziellen Vertreter anerkannte. Die Erklärung kann als erster Schritt hin zu einer Europäisierung der Außenpolitik gewertet werden, denn ab diesem Zeitpunkt wurde versucht, die Politik gegenüber dem Nahen Osten besser abzustimmen. Die Ölkrise 1973 hatte zur Gründung des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) geführt – ein regionaler Dialog zwischen den neun EG-Mitgliedstaaten und den 21 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, der vor allem aus einem politischen Meinungsaustausch und wirtschaftlicher Kooperation bestand. Weder die USA noch Israel waren von dieser Initiative der Europäer begeistert. Während die arabischen Staaten sich eine europäische Unterstützung im Nahostkonflikt als Gegengewicht zur amerikanischen Politik erhofften, dachten die Europäer an eine verbesserte wirtschaftliche Zusammenarbeit.

¹ Vgl. David Allen/Alfred Pijpers (Hrsg.), *European Foreign Policy-Making and the Arab-Israeli Conflict*, The Hague – Boston – Lancaster 1984.

Die unterschiedlichen Erwartungen sowie die ineffiziente Umsetzung des Dialogs führten dazu, dass der EAD relativ schnell unbedeutend wurde. Offiziell endete er jedoch erst 1989 mit dem Beginn der „Neuen Mittelmeerpolitik“.

Eine weitere wichtige Etappe für die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik war 1987 das Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte, die zum ersten Mal die außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den nun zwölf EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vertraglich festlegte. Dies war die institutionelle Voraussetzung für die in Maastricht beschlossene GASP. Erst mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages über die politische Union kann man von einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik sprechen. Seit diesem Zeitpunkt sind die außenpolitischen Kompetenzen der EU durch die Verträge von Amsterdam und Nizza kontinuierlich ausgebaut worden und werden voraussichtlich in der Ernennung eines europäischen Außenministers gipfeln, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen.

Die EU und der Nahostkonflikt seit 1993

Die Grundposition der Europäischen Union im Nahostkonflikt ist die Befürwortung einer Zwei-Staaten-Lösung. Übergeordnete Ziele sind das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel sowie die Selbstbestimmung der Palästinenser: ein demokratischer palästinensischer Staat auf der Basis der Grenzen von 1967, mit der Möglichkeit leichter Grenzveränderungen, Jerusalem als einer gemeinsamen Hauptstadt und eine gerechte und akzeptable Lösung des Flüchtlingsproblems. Die EU verurteilt die terroristischen Angriffe auf israelische Zivilisten und fordert von der Palästinensischen Autonomiebehörde, alles zu unternehmen, um derartige Anschläge zu verhindern. Gleichzeitig verlangt die EU von Israel, die militärischen Kräfte abzuziehen, die gezielte Tötung von mutmaßlichen Aktivisten zu stoppen, die den Palästinensern auferlegten Restriktionen aufzuheben und die Siedlungsaktivitäten einzufrieren.

Europäische Nahostpolitik findet auf verschiedenen Ebenen statt. Die zentrale Ebene ist die GASP, eine weitere der Barcelona-Prozess. Nicht zuletzt wirkt die EU über Direkthilfen an palästinensische Flüchtlinge, über ihre Außenwirtschaftspolitik, über humanitäre Hilfe und internationale Diplomatie auf den Nahostkonflikt ein. Die GASP ist eine intensive und ausgeklügelte Form intergouvernementaler Zusammenarbeit. In ihrem

Tabelle 1: EU-Unterstützung für die Palästinenser 2000–2003*

Nach Haushaltstitel	Mittelbindungen (in Millionen €)			
	2000	2001	2002	2003
MEDA	119,60	0,00	104,50	92,75
Friedensprozess	20,40	43,05	87,75	47,00
Hilfe für Flüchtlingsorganisation UNRWA	40,24	57,25	55,00	57,75
Humanitäre Hilfe (ECHO-02)	18,20	26,26	35,00	38,00
Lebensmittelhilfe/Lebensmittelsicherheit (AIDCO.F.5)	16,06	17,10	35,00	20,28
Co-Finanzierung mit NGOs (AIDCO.F.2)	2,45	1,31	1,56	0,00
Dezentrale Kooperation (AIDCO.F.2)	0,22	0,31	0,00	0,00
Direkthilfe für die Bevölkerung/medizinische Hilfe (AIDCO.F.4)	0,80	0,00	0,00	0,00
Menschenrechte und Demokratie (AIDCO.F.3)	1,70	0,30	2,50	0,00
GASP (RELEX.A.2)	6,19	3,81	0,00	0,00
Schnelle Reaktionsmechanismen (RELEX.A.4)			5,00	0,00
TOTAL	225,86	149,39	326,31	255,78

* Bilaterale Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten und Darlehen der EIB nicht berücksichtigt.

Quelle: Europäische Kommission: EU Assistance to the Palestinians. Stand 10. 11. 2003.

Rahmen findet ein ständiger Informationsaustausch zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten über Fragen der Internationalen Politik und eine Angleichung der nationalen Standpunkte statt. Die wichtigsten Instrumente der GASP sind die „Gemeinsamen Strategien“², die „Gemeinsamen Standpunkte“, die „Gemeinsamen Aktionen“, Erklärungen zu aktuellen Krisen, die kollektive Stimmabgabe bei internationalen Organisationen und Konferenzen, diplomatische Demarchen gegenüber Regierungsvertretern von Drittstaaten, die Ernennung von Sonderbeauftragten, Wahlbeobachtung, der politische Dialog sowie der Einsatz von militärischen und zivilen Krisenreaktionskräften. Diese neuen außenpolitischen Instrumente wurden im Nahostkonflikt sehr bald eingesetzt, und ab Mitte der neunziger Jahre wurden die ersten Fortschritte der GASP sichtbar. Neben zahlreichen Erklärungen und Gemeinsamen Standpunkten zur Situation im Nahen Osten wurden auch verschiedene Gemeinsame Aktionen und eine Gemeinsame Strategie beschlossen. Eine Gemeinsame Aktion³ beinhaltete die Beobachtung und die technische Hilfe bei den Wahlen zum palästinensischen Legislativrat und des Präsidenten der Autonomiebehörde 1996. Ein weiteres konkretes Ergebnis war die Ernennung des Sonderbeauftragten für den Nahost-Friedensprozess Miguel Angel Moratinos im November

1996,⁴ zu einem Zeitpunkt, an dem sich die arabisch-israelischen Verhandlungen in einem totalen Stillstand befanden. Aufgabe des Sonderbeauftragten ist es, enge Kontakte mit Israel, Palästinensern, aber auch mit Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten herzustellen sowie die wirtschaftliche Rolle der EU durch eine politische Komponente zu ergänzen. Moratinos unterhielt Kontakte zu allen Konfliktparteien, wurde hinter der offiziellen Verhandlungsebene aktiv, brachte Vorschläge ein und stärkte auf diesem Weg das politische Profil der EU im Friedensprozess. Als aufgrund mehrerer Attentatswellen der Hamas der Friedensprozess zunehmend in die Kritik geriet, reagierte die EU mit einer „Gemeinsamen Aktion“, die Niels Eriksson zum verantwortlichen Berater für das „Hilfsprogramm zur Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten, die von den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten ausgehen, ernannte.“⁵ Im Einzelnen bedeutete dies vor allem eine Unterstützung zur Ausbildung und Ausrüstung der palästinensischen Polizei. Dieses Hilfsprogramm funktionierte vergleichsweise gut und parallel zu den Programmen der CIA. Im Jahr 1999 wurden nur zwei Israelis

2 Gemeinsame Strategien existieren seit dem Vertrag von Amsterdam 1997/99. Bisher wurden Gemeinsame Strategien zu Russland, zur Ukraine und zum Mittelmeerraum/Naher Osten verabschiedet. Eine Gemeinsame Strategie ist ein Maßstab für die verstärkte Koordination zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, da sie einstimmig beschlossen wird.

3 Vgl. Gemeinsame Aktion 95/403/GASP, Abl. L 238 vom 6. 10. 1995.

4 Vgl. Gemeinsame Aktion 96/676/GASP, Abl. L 315 vom 4. 12. 1996. Nach dem Ablauf seines Mandats wurde der belgische Diplomat Marc Otte zum Sonderbeauftragten benannt. Gemeinsame Aktion 2002/965/CFSP, Abl. L 184, 23. 7. 2003. Sein Mandat wurde präzisiert und beruht auf den Zielen der EU-Politik im Nahost-Friedensprozess, d. h. einer Zwei-Staaten-Lösung mit sicheren und anerkannten Grenzen sowie auf der Basis der UN-Resolutionen 242, 338, 1397 und 1402 und den Prinzipien der Madrider Friedenskonferenz von 1991.

5 Gemeinsame Aktion 97/289/GASP, Abl. L 120 vom 12. 5. 1997.

Tabelle 2: EU-Unterstützung für die Palästinenser 1994–2001*

EU-Unterstützung für Westbank/Gazastreifen 1994–2001	in Mio. €
EU-Mitgliedstaaten	1.398
EU-Kommission	782
Europäische Investitionsbank (Darlehen)	256
Subtotal	**2.440
EU-Unterstützung für UNRWA (General Fund and Food Aid) 1994–2001	
EU-Mitgliedstaaten	620
EU-Kommission	408
Subtotal	1.030
TOTAL	3.470

* Einschließlich Förderungen durch die Europäische Kommission, die 15 EU-Mitgliedstaaten, Beiträge zu UNRWA und Darlehen der Europäischen Investitionsbank.

** entspricht 50 % der internationalen Hilfe.

Quelle: <http://www.delwbg.cec.eu.int/en/partnership/02/aid.htm>, 26. 4. 2004.

Opfer terroristischer Anschläge, das war die niedrigste Zahl seit 1967. Allerdings war auch von vornherein klar, dass ein solches Programm hilflos sein würde, wenn die Gesamtsituation zwischen Palästinensern und Israelis wieder eskalieren würde.⁶

Als der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana im Juni 1999 zum Hohen Vertreter für die GASP ernannt wurde, war dies ein Meilenstein für die europäische Diplomatie. Diese erhielt nun endlich mehr Kontinuität und eine verstärkte Präsenz auf internationaler Ebene. So nahm Solana etwa am Gipfel von Sharm-el-Sheikh im Oktober 2000 teil und war Mitglied der Mitchell-Kommission. Solana gilt für die einen bereits als eine Art „europäischer Außenminister“, für andere ist er nur ein Zuarbeiter für die jeweilige EU-Präsidenschaft. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde neben dem Amt des Hohen Vertreters für die GASP auch mit der Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und der Entwicklung von gemeinsamen verteidigungspolitischen Strukturen versucht, der EU mehr außenpolitische Kompetenzen, effizientere Entscheidungsstrukturen und die Mittel für eine bessere Außendarstellung zu geben. Die Probleme der Außendarstellung sind Ausdruck der inneren Uneinigkeit der Europäer darüber, wie eine gemeinsame Außenpolitik auszusehen habe. Immer wieder kommt es zu außenpolitischen Alleingängen eines EU-Mitgliedstaates, ohne vorherige Konsultation der europäischen Partner. Hier findet teils eine Ergänzung statt, aber auch Konkurrenz. Aus der Perspektive der EU-Mitgliedstaaten wird je nach politischem Kontext die europäische Karte gespielt oder die nationale, etwa wenn der französische Staatspräsident eine Nahostreise unternimmt oder der deutsche Außenminister in den palästinensischen

Gebieten eine Waffenruhe aushandelt. Dann geschieht dies oft in europäischem Namen, jedoch ohne vorherige Konsultation der entsprechenden europäischen Verantwortlichen und meist mit Blick auf die jeweils nationale Stimmungslage. Auch die Kritik, dass die EU-Nahostpolitik eine Politik der Deklarationen sei, ist sicherlich berechtigt. Tatsächlich besteht der Löwenanteil der europäischen Außenpolitik in Bezug auf den Nahostkonflikt aus „Gemeinsamen Erklärungen und Standpunkten“. Hinzu kommt, dass die EU nicht über militärische Handlungsmöglichkeiten und nicht über das politische Gewicht verfügt, diese Erklärungen und Standpunkte durchzusetzen.

Die europäische Rolle im Nahost-Friedensprozess war jedoch insofern bedeutend, als die EU seit September 1993 den Friedensprozess und die im Aufbau befindliche Palästinensische Autonomiebehörde massiv finanziell unterstützt hat. Die EU ist bis heute der wichtigste Geldgeber bei nicht-militärischer Hilfe für den Friedensprozess. Seit 1998 hat die EU im Durchschnitt jährlich 179 Mio. Euro zur direkten Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde, der Flüchtlinge und regionaler Friedensprozess-Projekte zur Verfügung gestellt.⁷ Die zweckgebundene Unterstützung kommt vor allem dem Aufbau der Infrastruktur, von Institutionen und der Förderung des Privatsektors zugute, d. h. medizinischer Versorgung, dem Wohnungs- und Schulwesen, dem Aufbau und Erhalt öffentlicher Institutionen wie der Palestinian Broadcasting Corporation (PBC), der Polizei oder dem Legislativrat. In der ersten Phase des Friedensprozesses trat die EU also vor allem

7 Hinzu kommt die indirekte Unterstützung des Friedensprozesses (bilaterale und regionale Hilfe) von ca. 630 Mio. Euro an die vier Nachbarländer Israels (Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten). Insgesamt unterstützt die EU den Friedensprozess also mit durchschnittlich 810 Mio. Euro pro Jahr (Subventionen und Darlehen). Die Gesamtsumme der Hilfe für die Palästinenser in der Zeit von 1994 bis 1998 betrug 2 Mrd. Euro (EU und EU-Mitgliedstaaten) (www.europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/index.htm).

6 Vgl. Alain Dieckhoff, The European Union and the Israeli-Palestinian conflict, in: Christian-Peter Hanelt/Felix Neugart/Matthias Peitz (Hrsg.), Europe's Emerging Foreign Policy and the Middle Eastern Challenge, München-Gütersloh 2002, S. 147–160.

als Geldgeber auf, setzte durch die gezielte Förderung und Anerkennung der Autonomiebehörde jedoch auch ein politisches Zeichen. An den offiziellen Friedensverhandlungen nahm die EU nicht teil. Allerdings war sie dazu institutionell gesehen auch noch nicht ausgerüstet.

Eine weitere wichtige Etappe der GASP in Bezug auf den Nahostkonflikt war die Berliner Erklärung von 1999. Die EU betonte hier explizit das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung einschließlich der Option auf einen eigenen Staat und die Bereitschaft der EU diesen Staat anzuerkennen. Die EU hatte sich in dieser Zeit vielfach am diplomatischen Krisenmanagement beteiligt und zur Entschärfung des Konflikts beigetragen. Generell zeugen die in dieser Zeit verabschiedeten gemeinsamen EU-Positionen oder -Erklärungen zum Nahen Osten von einer zunehmenden Abstimmung und Europäisierung der Positionen. Man bemüht sich, die bilateralen Beziehungen zu den am Konflikt beteiligten Akteuren in den Hintergrund treten zu lassen.

Mit der auf dem Europäischen Rat von Feira im Juni 2000 verabschiedeten „Gemeinsamen Strategie für die Mittelmeerregion“ sollte vorrangig ein neuer Impuls für den stagnierenden Barcelona-Prozess gegeben werden, doch das Besondere ist, dass sie erst gilt, wenn eine „umfassende Friedensregelung“ erreicht ist. Damit sollte verhindert werden, dass der EU-Rat selbstständige Beschlüsse in Bezug auf den Nahostkonflikt fällt. Insbesondere Deutschland wollte es vermeiden, dass Mehrheitsbeschlüsse in Bezug auf Israel und seine Nachbarn zu weit gehen, bevor der Konflikt beigelegt ist. Damit ist der praktische Nutzen der Gemeinsamen Strategie zunächst gering, abgesehen von einer regelmäßigeren Kontrolle der Implementierung des Barcelona-Prozesses. Die Tatsache jedoch, dass seit 1999 nur drei Gemeinsame Strategien verabschiedet wurden und eine davon dem Mittelmeerraum/Nahen Osten gewidmet ist, verdeutlicht die außenpolitische Priorität, die dieser Region eingeräumt wird.

Der erfolglose Gipfel von Camp David im Juli 2000 und der Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada im September 2000 stürzten den Friedensprozess in eine tiefe Krise, von der er sich bis heute nicht erholt hat. Die israelische Armee geht immer härter gegen palästinensische Demonstranten sowie die Autonomiebehörde vor, und islamistische Aktivisten greifen zu immer gewaltsameren Mitteln. An den Gesprächen von Taba zwischen Barak und Arafat im Januar 2001 nahm Moratinos als einziger Zeuge einer dritten Partei teil und führte Protokoll über die Diskussionen. Es gab immerhin eine Annäherung der Positionen in vie-

len Schlüsselfragen, und ein mögliches Endstatusabkommen⁸ wurde entworfen, auch wenn die Gespräche sonst erfolglos blieben und abgebrochen wurden. Nach dem Regierungswechsel 2001 boykottierte die israelische Regierung immer öfter die palästinensischen Gesprächspartner und suchte Arafat zu isolieren.

Die Attentate vom 11. September 2001 haben zu einer weiteren Stufe der Gewalt und Gegengewalt geführt. So nutzte die Regierung Sharon den „Kampf gegen den Terrorismus“, um ihr härteres Vorgehen in den besetzten Gebieten zu legitimieren. Im Zuge der „Operation Schutzschild“ ab Januar 2002 wurden auch von der EU mitfinanzierte Projekte wie der palästinensische Flughafen und andere Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Schulen und die Fernsehstation gezielt von der israelischen Armee zerbombt und zerstört. Die EU verurteilte dies scharf, hatte aber letztendlich wenig Möglichkeiten zu reagieren; eine Suspendierung des Assoziierungsabkommens mit Israel wurde debattiert, aber verworfen. Im Gegenzug wurde der Vorwurf laut, dass EU-Gelder von Arafat und der Palästinensischen Autonomiebehörde benutzt worden seien, um terroristische Aktivitäten gegenüber Israel zu finanzieren.⁹ Diese Form von Pervertierung des europäischen Fördersystems konnte jedoch bis heute nicht bewiesen werden.¹⁰ Die EU-Kommission zog die Konsequenz, die Kontrolle über die Verwendung der EU-Gelder zu verschärfen. Auch der Vorwurf gegen die EU, wonach sie palästinensische Schulbücher mit antisemitischen Inhalten finanziere, stellte sich letztendlich als unwahr heraus. Die EU hat sich von diesen Vorwürfen distanziert.¹¹ In den neuen Schulbüchern konnten keine entsprechenden Formulierungen nachgewiesen werden. Allerdings sorgten an einigen Stellen der neuen Bücher schlechte Übersetzungen für Missverständnisse, und es fanden sich antisemitische Passagen in alten jordanischen und ägyptischen Schulbüchern,

8 Vgl. Felix Neugart, Konflikt im Nahen Osten. Welche Rolle für Europa? Impulspapier, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, München 2002: CAP, Ludwig-Maximilians-Universität München.

9 Vgl. Thomas Kleine-Brockhoff/Bruno Schirra, Arafat bombt, Europa zahlt, in: Die Zeit, Nr. 24 vom 6. 6. 2002, S. 13–16.

10 Vgl. Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten, SWP-Studie, S. 28, und Materialsammlung, Berlin, Juli 2003. Auch der Abschlussbericht eines Ausschusses des Europaparlaments konnte diesen Vorwurf nicht belegen; vgl. dazu: Kontroverse um EU-Gelder für Palästina, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. 4. 2004, S. 3.

11 Vgl. Generalsekretariat des Rats der Europäischen Union, Erklärung zu ‚Palestinian Schoolbooks‘ vom 15. 5. 2002 (www.ue.eu.int); EU-Kommission, EU funding to the Palestinian Authority: Commissioner Patten responds to a letter from Mr. Laschet, Brüssel, 21. 1. 2003 (www.europa.eu.int/comm/external_relations/mepp/eufundspa.htm).

die bis heute in den besetzten Gebieten verwendet werden. Insgesamt fördert die EU ökonomische, politische und institutionelle Reformen in der Region Mittelmeer/Naher Osten mit einer Milliarde Euro pro Jahr.¹²

Als das „Nahostquartett“ im April 2002 in Madrid gegründet wurde, war dies ein Versuch, einen neuen Ansatz der Vermittlung zu schaffen. Die wichtigsten internationalen Akteure haben sich hier institutionalisiert: USA, EU, Russland und die UNO. Ziel des Quartetts war es, eine Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde zu bewirken, die zukünftige Rolle Arafats zu klären und eine Harmonisierung der Ansätze der vier Quartett-Mitglieder anzustreben. Für die EU nahmen an der Gründungssitzung der Hohe Vertreter für die GASP, Javier Solana, und der EU-Ratspräsident und dänische Außenminister Per Stig Møller teil. Zu den neuen Grundsätzen der amerikanischen Nahostpolitik zählte die Gründung eines Palästinenserstaates nach demokratischen Reformen, allerdings ohne Arafat. Die EU war zunächst gegen die Ablösung Arafats, in dem sie trotz Kritik weiterhin den einzig möglichen palästinensischen Verhandlungspartner sah, akzeptierte diese dann aber und suchte nach einer diplomatischen Lösung. Der zufolge sollte Arafat eine rein repräsentative Position erhalten, etwa als Staatspräsident, während die Verhandlungen über die Staatsgründung von Ministerpräsident Abbas übernommen werden sollten. Der im Mai 2003 vorgeschlagene Dreistufenplan sah insbesondere einen israelischen Teilabzug und die Räumung einiger Siedlungen vor. Durch räumliche Trennung der Bevölkerungen wollte man mehr Schutz vor terroristischen Anschlägen erreichen. In drei Etappen sollte die Zwei-Staaten-Lösung und die demokratische Reform der palästinensischen Institutionen erzielt werden, um bereits 2005 im Endstatus zu sein. Trotz der Bemühungen des „Nahostquartetts“ konnte die „Road Map“ bis heute nicht einmal in Ansätzen umgesetzt werden.

Barcelona-Prozess und Nahostkonflikt

Eine der Besonderheiten des Barcelona-Prozesses ist es, dass Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde und die am Konflikt beteiligten arabischen Staaten als gleichberechtigte Partner daran teilnehmen. Der seit 1995 existierende Barcelona-

12 Hinzu kommen 2,5 Mrd. Euro in Form von Darlehen durch die Europäische Investitionsbank. Rede von Außenkommissar Chris Patten, Straßburg, 30. 4. 2004 (www.europa.eu.int).

Prozess, bestehend aus drei Körben, ist ein europäisches Globalkonzept für den Mittelmeerraum und als komplementärer Prozess zum Friedensprozess konzipiert; er soll nicht den Nahostkonflikt lösen. Die unvermeidbaren Interaktionen zwischen den beiden Prozessen führen andererseits dazu, dass die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) immer wieder durch den Nahostkonflikt gelähmt wird. Im Rahmen des politischen Korbs wird seit Jahren vergebens an der Unterzeichnung der „Charta für Frieden und Stabilität“ gearbeitet, die eine Verpflichtung zu friedlicher Konfliktbeilegung und die Fortsetzung des politischen Dialogs im Konfliktfall beinhalten würde. Die arabischen Staaten, insbesondere Syrien, machen immer wieder deutlich, dass keine sicherheitspolitische Zusammenarbeit möglich sei, solange ein „strategisches Ungleichgewicht“ herrsche, der Nahostkonflikt nicht gelöst sei und Israel sein Atomwaffenmonopol nicht zur Diskussion stelle. Aus dem gleichen Grund können nur wenige der ursprünglich geplanten „partnerschaftsbildenden“ Maßnahmen zum Einsatz kommen. Die wiederholten Boykotte der Euromed-Außenminister-Konferenzen durch Syrien und Libanon, um die israelische Politik anzuprangern, machen deutlich, dass sich die beiden Prozesse nicht so trennen lassen wie ursprünglich in Brüssel konzipiert. Andererseits kann die EMP zur Entspannung beitragen, etwa wenn am Rande der Euromed-Konferenzen informelle Gespräche zwischen Israel, den Palästinensern und Syrien stattfinden. Regelmäßige Treffen der so genannten „Senior Officials“ zu Fragen des politischen Dialogs und zahlreiche Treffen von Fachministern und Beamten zu allen drei Körben haben dazu geführt, dass eine gewisse Kontinuität entstanden ist und multilaterales Verhalten eingeübt wurde.¹³ Im Rahmen des ökonomischen Korbs sollen nicht nur die bilateralen Assoziierungsabkommen zu einer Freihandelszone im Mittelmeerraum führen, sondern regionale und subregionale Zusammenarbeit, etwa im Energiesektor oder Verkehrswesen, zur Entspannung zwischen den Konfliktparteien beitragen. Im Rahmen des dritten Korbes sollen zivilgesellschaftliche Projekte die Gesellschaften einander näher bringen und Feindbilder abbauen helfen. Die Assoziierungsabkommen konnten mittlerweile, abgesehen von Syrien, mit allen „Mittelmeer-Partnerländern“ abgeschlossen werden. Doch eine euro-mediterrane Freihandelszone wird nur funktionieren, wenn sich die politische Situation entspannt. Die Förderung öko-

13 Vgl. Volker Perthes, Der Mittelmeerraum, der nahöstliche Friedensprozess und die Europäische Union: Die Suche nach einer politischen Rolle, in: Wulfdiether Zippel (Hrsg.), Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden 1999, S. 173–184.

nomischer Kooperation zwischen den Konfliktparteien mag vielleicht politische Wege öffnen, doch darf sich diese Förderung nicht auf Fachkonferenzen und Expertentreffen beschränken, sondern für die palästinensische Bevölkerung müssen konkrete Verbesserungen ihrer Lebenssituation sichtbar werden. Es muss auch deutlich werden, dass die EU nur dann fördert, wenn es eine Absage an den Terror gibt und durch einen Entzug der Förderung ein spürbarer Nachteil entsteht.

Das Androhen ökonomischer Sanktionen ist jedoch problematisch, wie die Debatte um die Suspendierung des Assoziierungsabkommens mit Israel¹⁴ gezeigt hat. Das Prinzip der politischen Konditionalisierung, das den Assoziierungsabkommen zugrunde liegt, wurde bis heute nur in sehr geringem Maße angewandt.¹⁵ Im Zuge der zunehmend aggressiven Politik der Regierung Sharon mit der „Operation Schutzschild“ im Frühjahr 2002 hatten Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine Suspendierung des Assoziierungsabkommens mit Israel gefordert. Das gezielte Töten von radikalen Islamisten und die Inkaufnahme von zivilen Opfern durch die israelische Armee wurden als Verletzung der Menschenrechte kritisiert. Von der drastischen Maßnahme der Suspendierung wurde Abstand genommen, weil die EU unter Zugzwang gegenüber den meisten anderen „Mittelmeer-Partnerländern“ geraten wäre und dies eine Aushebelung der gesamten EMP bedeuten würde. Man zog es vor, den politischen Dialog mit Israel aufrechtzuerhalten, auch weil die Wirkung von Wirtschaftssanktionen generell angezweifelt wird. Die Anwendung des Prinzips der politischen Konditionalität ist auch insofern problematisch, als diese einen Konsens zwischen den ehemals 15, nun 25 EU-Mitgliedstaaten erfordert. Insbesondere Deutschland, Großbritannien und die Niederlande hatten sich gegen die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des europäisch-israelischen Assoziationsrats ausgesprochen.

Die EU und die US-Nahostpolitik

Die USA und die Europäer sind seit Jahrzehnten im Nahen Osten aktiv und darum bemüht, eine

14 Das Assoziierungsabkommen mit Israel ist seit Juni 2000 in Kraft. Es beinhaltet die Freihandelszone zwischen der EU und Israel, wissenschaftliche und technologische Kooperation sowie einen ständigen politischen Dialog. Die Maßnahme der Suspendierung kann in besonderen Notfällen, die vor allem die Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien betreffen, unilateral ergriffen werden.

15 Vgl. Dorothee Schmid, *Interlinkages Within the Euro-Mediterranean Partnership: Linking Economic, Institutional and Political Reform: Conditionality Within the EMP*, Euro-MeSCo Paper Nr. 27, Lissabon, Dezember 2003.

weitere Verschlechterung der Situation aufzuhalten. Während die USA in allen wichtigen Etappen des Friedensprozesses eine zentrale Rolle spielten, war der Part der EG/EU zwar eher bescheiden, aber dennoch wichtig, insbesondere was die Entwicklung von langfristigen Konzepten, die Unterstützung diplomatischer Initiativen und die finanzielle Unterstützung des Friedensprozesses angeht.

Eine gewisse, schrittweise Emanzipation von den USA hat stattgefunden. In Madrid 1991 war die EU mit Ausnahme der regionalen Arbeitsgruppe noch nicht vertreten. Zu den Abkommen von Oslo 1993 hatten europäische Vermittler im Vorfeld mit beigetragen. Die Konferenz von Barcelona 1995 war eine eigenständige europäische Initiative für die Region. An den Gesprächen von Taba und Camp David nahm der Sondergesandte für den Nahen Osten Moratinos teil. Mit der Berliner Erklärung von 1999 festigten die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position, in Abgrenzung zu den USA. Im Rahmen der „Road Map“ steht die EU nun als gleichwertiger diplomatischer Partner und internationaler Akteur neben den USA, Russland und der UNO. Nicht zuletzt wird die Genfer Initiative insbesondere in Europa unterstützt. Punkte, in denen die europäischen und amerikanischen Positionen und Herangehensweisen sich unterscheiden, sind vor allem die Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die EU sowie der Barcelona-Prozess als ein spezifisch europäischer, multilateraler Ansatz, der von den USA mit kritischen Augen betrachtet wird.

Lange Zeit hieß es, die Vermittlungsrolle könne ausschließlich von den USA übernommen werden und die EU solle sich darauf beschränken, die Umsetzung der ausgehandelten Abkommen zu garantieren, nach dem Motto: die EU im Dienste der US-Diplomatie. Aber der Misserfolg von Camp David II hat gezeigt, dass auch die US-Regierung nicht alles erreichen kann. Die Palästinenser hatten den Eindruck, mit einer israelisch-amerikanischen Delegation zu verhandeln. In diesem Sinne könnte es von Nutzen sein, die EU als einen neutraleren Vermittler hinzuzuziehen. Ziel sollte es jedoch nicht sein, gegeneinander zu arbeiten. Zu Anfang ihrer Regierungszeit hatte die Bush-Administration für ein „low profile“ im Nahostkonflikt optiert. In dieser Zeit unternahm die europäischen Vertreter eine rege Reisediplomatie in die Region. Seit der Gründung des „Nahostquartetts“ wird nun wieder verstärkt zusammengearbeitet. Europäische Außenpolitik im Nahen Osten darf sich nicht gegen die USA definieren.

Divergierende Ansätze der EU-Mitgliedstaaten

Während in der Vergangenheit die Positionen Frankreichs, Deutschlands oder Großbritanniens in den Teilaspekten des Nahostkonflikts wie der Flüchtlingsfrage, der Frage der Grenzen und des Status von Jerusalem teilweise stark divergierten, fand im letzten Jahrzehnt ein Angleichungsprozess der Positionen statt. Inzwischen hat sich die Zwei-Staaten-Lösung als Konsens etabliert. Divergenzen existieren jedoch weiterhin über die Wege, wie man dieses Ziel erreichen könnte und wie man auf akute Krisensituationen reagieren sollte. Die unterschiedliche Akzentsetzung wird auch immer wieder während einzelner diplomatischer Initiativen deutlich, etwa wenn der französische Präsident Jacques Chirac 1996 während einer Reise in den Nahen Osten versuchte, die gaullistische „politique arabe“ wiederzubeleben, und Frankreich als tonangebenden Motor innerhalb der GASP etablieren wollte. Seine proarabische Positionierung und die Forderung nach einer gleichwertigen Rolle der EU neben den USA im Friedensprozess stießen in Israel auf heftige Kritik.¹⁶ So wird sich die deutsche Regierung auch in Zukunft mit Kritik an der israelischen Politik zurückhalten, wie die Reaktionen auf die gezielte Tötung des Hamasführers Scheich Yassin im März 2004 und seines Nachfolgers Abdel Asis Rantisi im April gezeigt haben. Doch die traditionell proisraelische Politik der deutschen Regierungen hat sich seit der rot-grünen Koalition zu einer ausgewogeneren Position fortentwickelt. Die Vermittlungsinitiativen Außenminister Fischers im Nahen Osten, der Sieben-Punkte-Plan oder der Gefangenen austausch im Januar 2004 sind Ausdruck dieses neuen außenpolitischen Verständnisses. Gleichzeitig ist nicht immer offensichtlich, wann in deutschem und wann in europäischem Namen gesprochen und gehandelt wird. Das Gleiche gilt für die Positionierung anderer EU-Mitgliedstaaten zum Nahostkonflikt. Die traditionell proisraelische Haltung Großbritanniens, aber auch der Niederlande, Polens und Spaniens basiert teils auf den alten und neuen transatlantischen Bindungen dieser Staaten, teils auf historischen Hintergründen. Angesichts solch divergierender außenpolitischer Traditionen ist es nicht verwunderlich, dass es der EU immer wieder misslingt, mit einer gemeinsamen außenpolitischen Stimme aufzutreten. So hat sich insbesondere Deutschland bei verschiedenen Abstimmungen zur israelischen Siedlungspolitik in der UN-Gener-

16 Vgl. Michael F. Klinkenberg, Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess, Münster–Hamburg–London 2002.

ralversammlung enthalten. Eine zunehmende Fusion von nationalen und europäischen Politikstrukturen und Interessen lässt sich beobachten, während gleichzeitig Frankreich und Großbritannien eine Renationalisierung ihrer Außenpolitik betreiben. Die unterschiedlichen Vorstellungen über eine gemeinsame Nahostpolitik variieren nicht nur nach den nationalen Perspektiven, sondern auch nach dem politischen Spektrum. Ein neuer Impuls für die europäische Nahostpolitik könnte von der spanischen sozialistischen Regierung ausgehen, da der ehemalige Sonderbeauftragte Moratinos Außenminister geworden ist.

Perspektiven

Das diplomatische innereuropäische Debakel im Kontext des Irakkriegs ist einer der schwersten Rückschläge für die GASP gewesen, hat aber auch eine intensive Debatte über die Zukunft der europäischen Außenpolitik, insbesondere gegenüber der Region Nordafrika und Naher Osten, in Gang gesetzt. Seitdem kursieren Konzepte wie das Europa der zwei Geschwindigkeiten, die deutsch-französische Avantgarde oder die „Alliances à la carte“ wie etwa das Dreiergespann Frankreich, Deutschland, Großbritannien als mögliche Steuerungszentren für die erweiterte EU der 25. Die kleineren, mittleren und neuen EU-Mitgliedstaaten beobachten diese Entwürfe mit großer Skepsis. Auch aus der Perspektive der Brüsseler Institutionen bedeutet dies „einen Rückfall in die Welt der Mächte und Nationalstaaten“¹⁷. Gleichzeitig hat ein neuer Schub an Europäisierung der Außenpolitik, insbesondere gegenüber der arabischen Welt, stattgefunden. Die GASP stellt zunehmend einen Bezugspunkt für die Mitgliedstaaten dar. Die Krise im Nahen Osten hat vor allem auch zu einer Weiterentwicklung des Brüsseler Ansatzes geführt. Zum einen antwortet die Sicherheitsstrategie von Solana auf die neu definierten Bedrohungen. Zum anderen definieren das Konzept „Wider Europe“, die Nachbarschaftspolitik der EU, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nach der Erweiterung und die „Strategische Partnerschaft zwischen der EU und der Mittelmeerregion/Naher Osten“ die spezifischen Beziehungen zur arabischen Welt.¹⁸ Die „Strategische Partnerschaft“ ist das europäische Pendant zum „Greater Middle East“ der USA. Die EU definiert ihre Beziehungen zur ara-

17 Jan Ross, Kerneuropa, ein Wintermärchen, in: Die Zeit, Nr. 8 vom 12. 2. 2004, S. 7.

18 Vgl. EU-Kommission, Rapport intérimaire sur un partenariat stratégique entre l'UE et la région méditerranéenne ainsi que le Moyen-Orient, in: Euromed Report Nr. 73, Brüssel, 24. 3. 2004.

bischen Welt auf der Basis der bereits bestehenden Abkommen und Rahmen der Zusammenarbeit, wie des Barcelona-Prozesses und der Vereinbarungen mit dem Golf-Kooperationsrat und beschließt, die Beziehungen zu allen Staaten der Region zu intensivieren. Der auf der Münchener Sicherheitskonferenz von Außenminister Fischer geäußerte Vorschlag einer neuen Nahostinitiative und auch Vorschläge von anderen EU-Mitgliedstaaten sind hier miteingeflossen. In den europäischen Hauptstädten ist man sich einig, dass die außenpolitische Rolle der EU im Nahen Osten langfristig ausgebaut werden sollte.

Die kontinuierliche Reform der Instrumente der GASP und der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sollen zu mehr politischem Gewicht der EU beitragen. Trotz der beschriebenen Fortschritte ist die EU zum heutigen Zeitpunkt noch immer nicht ausgerüstet, um schnell und effizient auf politische Krisen und Konflikte in der Welt zu reagieren. Ihre Stärke liegt in ihrem multilateralistischen Ansatz. In den Nahostkonflikt sind zahlreiche Parteien, Staaten und nichtstaatliche Akteure verstrickt.

Hier kann die EU ihre Vermittlungskapazitäten und ihr Potenzial im „Institution Building“ noch mehr unter Beweis stellen. Auch verfügt die EU über ökonomische Mittel, die zur Entwicklung der Region beitragen können: positive Anreize, positive Konditionalisierung statt Sanktionen als Motivation für die Konfliktparteien. Aus europäischer Perspektive stehen die Probleme Terrorismus und Siedlungspolitik im Vordergrund. In beiden Fällen kann die EU mehr Druck ausüben. Der Palästinensischen Autonomiebehörde muss noch deutlicher gemacht werden, dass die taktische Anwendung von Gewalt, sei es auf direktem Wege durch die Fatah-Miliz oder auf indirekte Weise durch die Freilassung von Terroristen, nicht akzeptabel ist. Auf Israel muss im Sinne eines Stopps der Siedlungspolitik eingewirkt werden. Die EU verfügt über Möglichkeiten, politischen und ökonomischen Druck auf alle am Konflikt beteiligten Parteien auszuüben. Dies muss in Abstimmung mit den anderen Akteuren, USA, UNO und Russland, geschehen. Im Sinne der Genfer Initiative sollte die europäische Politik auch darauf setzen, bei den schwierigen Problemen anzufangen und keine Provisorien mehr zu dulden.

Elmar Krautkrämer

Dr. phil., geb. 1927; 1952–1971 Gymnasiallehrer, 1971–1993 Professor für Neueste Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg.

Anschrift: Neuhäuserstraße 58, 79199 Kirchzarten.
E-Mail: Wkrautkraemer@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Israel und Nahost, Frankfurt/M. 1980; Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser. Geschichte eines Konflikts, Darmstadt 2003.

Yoav Gelber

Ph. D., geb. 1943; Studium der Jüdischen Geschichte an der Hebräischen Universität von Jerusalem; seit 1987 ord. Professor für Jüdische Geschichte an der Universität von Haifa.

Anschrift: University of Haifa, Herzl Institute, Haifa 31905, Israel.

E-Mail: ygelber@univ.haifa.ac.il

Veröffentlichungen u. a.: Independence Versus Nakbah: The Arab-Israeli War of 1948 (i. E.); Israeli-Jordanian Dialogue, 1948–1953: Cooperation, Conspiracy, or Collusion? (i. E.); zahlreiche weitere Monographien und Artikel zu Fragen des Zionismus, des Nahostkonflikts und der jüdischen Geschichte.

Moty Cristal

M. A., geb. 1967; Studium der Jurisprudenz an der Bar-Ilan-Universität; 1994–2001 Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern; zurzeit Dissertation an der London School of Economics in International Relations.

E-Mail: m.cristal@lse.ac.uk

Veröffentlichungen zu Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts.

David Witzthum

M. A., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, am Europakolleg in Brügge, Belgien, und an der Universität von Oxford, Großbritannien; seit 1994 Chefredakteur und Moderator der Nachrichtensendung „Von Heute auf Morgen“; Lehraufträge an den Universitäten in Tel Aviv und Jerusalem.

Anschrift: Israel Broadcasting Authority – Television, Channel 1, P. O. Box 7139, Jerusalem 91071, Israel.

E-Mail: witzthum@netvision.net.il

Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Zeitungen sowie Vortragstätigkeit im In- und Ausland.

Hisham H. Ahmed

Ph. D., geb. 1963; Studium der Politikwissenschaft an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara; Lehraufträge an den Universitäten von Miami und Nord Dakota; zurzeit Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Birzeit Universität in Palästina.

Anschrift: University of Bir Zeit, Institute of Political Science, P. O. Box 14, Bir Zeit, Westbank/Palästina.

E-Mail: hahmed@birzeit.edu

Veröffentlichungen u. a.: From Religious Salvation to political transformation: the rise of Hamas in Palestinian Society, Jerusalem 1994; Roots of Denial: American Stand on Palestinian Self-Determination from the Balfour declaration to World War Two, in: U.S. Policy on Palestine from Wilson to Clinton, hrsg. von Michael W. Suleiman, Washington 1995.

Isabel Schäfer

Dipl.-Pol., geb. 1967; wiss. Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

Anschrift: Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Ihnestr. 31, 14195 Berlin.

E-Mail: isasch@zedat.fu-berlin.de

Veröffentlichungen zum Barcelona-Prozess, den Beziehungen zwischen Europa und Nordafrika/Naher Osten sowie dem euro-arabischen Kulturdialog.

Nächste Ausgabe

Doris Klein

Pressefreiheit in Südostasien

Jörn Dosch

Das Verhältnis der EU und der USA zur Region Südostasien

Andreas Ufen

Islam und Politik in Südostasien. Neuere Entwicklungen in Malaysia und Indonesien

Rolf Hanisch

Nichtregierungsorganisationen und Demokratisierung in Südostasien

Tina Pfeiffer

Kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern in den Philippinen. Eine Bestandsaufnahme

Elmar Krautkrämer

Der israelisch-palästinensische Konflikt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 3–12

■ Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches, den Verträgen der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg und der Verwirklichung des Zionismus in der jüdischen „Heimstätte“ wurden die Grundlagen für den späteren Nahostkonflikt gelegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1948 der Staat Israel gegründet, der sich sogleich in einem Krieg mit den arabischen Nachbarn behaupten musste. Die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete 1967 und der Kampf der PLO gegen Israel vertieften den Konflikt. Die Oslo-Verträge 1993–1995 sowie weitere Verhandlungen sollten zum Frieden führen. Sie scheiterten aber an einer Verkettung mehrerer Faktoren wie fortdauernde Besiedelung der besetzten Gebiete durch Israel und palästinensische Terroranschläge, die ihren traurigen Höhepunkt in der Al-Aqsa-Intifada fanden. Ob die einseitigen Maßnahmen wie Sharons Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen und der Bau der Mauer, respektive des Sicherheitszaunes zu einem Ende des Konfliktes führen, wird die Zukunft zeigen.

Yoav Gelber

Ist Frieden zwischen Israelis und Palästinensern möglich?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 14–20

■ Der arabisch-jüdische Konflikt ist einzigartig und beispiellos. Zentraler Punkt in dieser Auseinandersetzung ist die arabische Weigerung, sich mit Israel auszusöhnen und dessen Existenzberechtigung anzuerkennen. Der Beitrag setzt sich mit Fragen auseinander, die den Konflikt von Beginn an begleitet haben: Ist der Zionismus eine Art des Kolonialismus? Wie kann das Land geteilt werden? Kam es im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels zu Vertreibungen, oder gab es Flucht infolge des Krieges von 1948? Wie kann eine Koexistenz mit den Nachbarn aussehen? Wie kann die Existenz des jüdischen Staates dauerhaft gesichert werden? Die ungehemmte Sehnsucht nach Normalität und die blinde Nachahmung des westlichen Individualismus kann sich Israel nicht leisten.

Moty Cristal

Das Unvorhersehbare vorhersagen: Der künftige Weg des israelisch-palästinensischen Systems

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 21–28

■ Dieser Beitrag eröffnet einen anderen Blickwinkel auf die Komplexität des israelisch-palästinensischen Systems. Er untersucht die augenblicklichen Faktoren, die das bilaterale System beeinflussen: die heftige Reaktion auf politische und militärische Entwicklungen vor Ort, anstatt sich öffentlich mit dem Rückzugsplan Ariel Sharons aus dem Gaza-Streifen auseinander zu setzen; die durch die USA angestoßene „Greater Middle East Initiative“ – mit dem Ziel, demokratische Institutionen in der arabischen Welt zu stärken; den globalen Kampf gegen den Terrorismus sowie die sich herausbildende Realität vor Ort. Diese Faktoren können das System in eine von drei Richtungen führen und ein stärkeres Engagement der internationalen Staatengemeinschaft erforderlich machen. Trotz enormer Schwierigkeiten ist der Nahostkonflikt lösbar.

David Witzthum

Die israelisch-palästinensische Konfrontation und ihre Widerspiegelung in der öffentlichen Meinung Israels

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 29–37

■ Zwischen Israelis und Palästinensern bestehen heute kaum noch Meinungsverschiedenheiten über die Wahrnehmung der sie umgebenden Realität und die Prinzipien des Konfliktes. In Israel werden heute die Wahlversprechungen von linken und rechten Parteien als hohle Deklaration gelesen, die von der Wirklichkeit widerlegt sind, wie einerseits die Erwartungen durch die Oslo-Abkommen oder andererseits die Versprechungen von Frieden und Sicherheit bei fortgesetztem Siedlungsbau. Der Beitrag gibt einen Überblick über die Stimmungslage und deren Veränderungen in der israelischen Öffentlichkeit. Themen wie Frieden und Sicherheit, das Standvermögen der Israelis angesichts der anhaltenden Gewalt, einseitige Abtrennung, Palästinenserstaat, Trennzaun, Siedlungen, Rückkehrrecht und die Zukunft Jerusalems werden analysiert. Die politische Kultur Israels befindet sich zweifellos in einer ernsten Krise. Die gesellschaftliche Solidarität und eine Haltung des „Opferturns“ sind es, die neben der Auflösung der persönlichen Sicherheit zur Lähmung der israelischen Politik und Staatsführung und damit letztlich zu einer Art De-Politisierung des Konflikts beigetragen haben.

Hisham H. Ahmed

Die Al-Aqsa-Intifada und das Genfer Abkommen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 38–44

■ Der Beitrag beschreibt, wie der Konflikt in Israel und Palästina nach dem Scheitern der Camp-David-Verhandlungen eskaliert ist. Sodann unterzieht der Autor das Genfer Abkommen einer kritischen Würdigung und stellt die Frage, wem es mehr nützt: den Israelis oder den Palästinensern. In einem weiteren Schritt wird die Rolle Yassir Arafats als Symbol der Palästinenser beschrieben. Das Genfer Abkommen vertieft den Eindruck, dass Arafat das Haupthindernis auf dem Weg zum Frieden darstellt. Es dient in erster Linie Ariel Sharon und schürt den Konflikt unter den Palästinensern.

Isabel Schäfer

Die Europäische Union und der Nahostkonflikt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/2004, S. 46–54

■ Die Bedeutung der Europäischen Union als internationaler Akteur im Nahen Osten ist seit den neunziger Jahren kontinuierlich gewachsen. Diese Entwicklung geht einher mit der graduellen Ausweitung der außenpolitischen Kompetenzen der EU. An der Konferenz von Madrid 1991 war die EU kaum beteiligt, im 2003 gegründeten „Nahostquartett“ steht sie als ein gleichwertiger Partner neben den USA, Russland und der UNO. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat die EU den Nahost-Friedensprozess massiv unterstützt und zum Aufbau der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie der Infrastruktur in den besetzten Gebieten beigetragen. Auch durch den Barcelona-Prozess versucht die EU, das politische Klima in der Region zu verbessern.